

Clark, Christopher: Preußen. Aufstieg und Niedergang 1600-1947, München 7. Aufl. 2007 (oder neuere Aufl.), Kap. 8-10 (S. 293-399).

dete er in seinem politischen Testament von 1752, dass es »in einem Staat wie diesem nötig [ist], daß der Fürst seine Geschäfte selber führt, weil er, wenn er klug ist, nur dem Staatsinteresse folgt, was das seine ist, und weil ein Minister immer Nebenabsichten hat in den Angelegenheiten, die seine eigenen Interessen berühren...«<sup>140</sup> Mit anderen Worten, die Interessen des Staates und die des Monarchen waren auf eine Weise identisch, wie das bei niemandem sonst der Fall sein konnte. Der Haken dabei lag in der Vorbehaltsklausel »wenn er klug ist«. Das friderizianische System funktionierte gut mit dem unermüdlichen und weitsichtigen Friedrich am Ruder, der die Probleme, die auf seinen Tisch kamen, mit seinem raschen und überragenden Intellekt, ganz zu schweigen von seinem Mut und seiner Entscheidungsfreude, aingang. Was aber, wenn der König kein genialer Staatsmann war? Was, wenn er sich schwertat, Zwangslagen zu lösen? Was, wenn er zögerlich war und vor Risiken zurückschreckte? Was, anders gefragt, wenn es sich bei ihm um einen durchschnittlichen Menschen handelte? Wie würde dieses System mit einem solchen Monarchen an der Spitze unter Druck funktionieren? Friedrich, das sollten wir nicht vergessen, war der letzte in einer außergewöhnlich langen Reihe außergewöhnlich begabter Herrscher aus dem Hohenzollernsgeschlecht, Herrscher, wie sie die Geschichte nicht gerade jeden Tag hervorbringt. Ohne die Disziplin und Konzentriertheit einer starken Persönlichkeit im Zentrum lief das friderizianische System Gefahr, über dem Kampf der Minister und Kabinettssekretäre um die Herrschaft über ihre überlappenden Zuständigkeiten in einander bekriegende Fraktionen zu zersplittern.

## KAPITEL 8

### *✗ Sapere aude!*

#### *Konversation*

Die Aufklärung in Preußen hatte sehr viel mit gepflegter Konversation zu tun. Angestrebt war ein kritischer, respektvoller und offener Dialog zwischen freien und autonomen Gesprächspartnern. Konversation war wichtig, weil nur so das eigene Urteilsvermögen geschärft und verfeinert werden konnte. In einem berühmten Aufsatz über das Wesen der Aufklärung schrieb der Königsberger Philosoph Immanuel Kant:

»Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschließung und des Muthes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Sapere aude! Habe Muth, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung.«<sup>1</sup>

Aus dem Zusammenhang gerissen erweckt die Textstelle den Eindruck, Aufklärung sei ein einsames Unterfangen, das in dem Bemühen des individuellen Bewusstseins bestehe, den Sinn der Welt zu erfassen. Doch im selben Aufsatz stellt Kant auch fest, dass diesem Prozess der Selbstbefreiung mit Hilfe der Vernunft eine unaufhaltsame gesellschaftliche Dynamik innewohnt:

»Daß aber ein Publikum sich selbst aufkläre, ist eher möglich; ja es ist, wenn man ihm nur Freiheit läßt, beinahe unausbleiblich. Denn da werden sich immer einige Selbstdenkende [...] finden, welche, nachdem sie das Joch der Unmündigkeit selbst abgeworfen haben, den Geist einer vernünftigen Schätzung des eigenen Werts und des Berufs jedes Menschen selbst zu denken um sich verbreiten werden.«<sup>2</sup>

Bei der Durchdringung der Gesellschaft mit diesem Geist kritischer und selbstsicherer Unabhängigkeit kam der Konversation eine unverzichtbare Rolle zu. Sie wurde in Vereinen und Gesellschaften gepflegt,

die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in Preußen und in den deutschen Kleinstaaten aus dem Boden schossen. Die Statuten der »deutschen Gesellschaften«, eines länderübergreifenden Projekts, zu dessen Netz auch eine 1741 in Königsberg gegründete Gesellschaft zählte, legten ausdrücklich die formalen Rahmenbedingungen für eine fruchtbare Unterhaltung unter den Mitgliedern fest. Während der Diskussion nach einer Lesung oder einem Vortrag sollten sich die Mitglieder willkürlicher oder unüberlegter Bemerkungen enthalten. Kritische Kommentare sollten sich strukturiert mit dem Stil, der Methode und dem Inhalt der Lesung auseinandersetzen. Sie sollten, wie Kant sagte, »die behutsame Sprache der Vernunft« sprechen. Ausschweifungen und Unterbrechungen waren strikt untersagt. Allen Mitgliedern wurde das Recht zugestanden, ihre Meinung zu äußern, doch sie mussten abwarten, bis sie an die Reihe kamen, und sie mussten sich so knapp wie möglich fassen. Satirische oder spöttische Bemerkungen und zweideutige Wortspiele reien wurden nicht geduldet.<sup>3</sup>

Unter den Freimaurern, deren Bewegung bis Ende des 18. Jahrhunderts auf 250 bis 300 deutsche Logen mit etwa 18.000 Mitgliedern angewachsen war, wurde ebenfalls großer Wert auf höfliche Umgangsformen gelegt. Auch hier galt die Regel, unpassende Worte, frivole oder vulgäre Bemerkungen und die Erörterung von Themen (wie Religion) zu vermeiden, welche die Brüder entzweien könnten.<sup>4</sup> Aus heutiger Sicht mag das Ganze abschreckend spröde erscheinen, doch solche Regeln und Normen hatten durchaus einen ernsten Hintergrund. Sie sollten gewährleisten, dass in der Diskussion nicht die Einzelperson im Mittelpunkt stand, sondern das Thema, dass persönliche Beziehungen und lokale Politik außen vor blieben. Die Kunst des höflichen, öffentlichen Disputs musste noch erlernt werden, und diese Statuten bildeten den Rahmen für eine neuartige Kommunikationsmethode.

Höflichkeit war auch deshalb wichtig, weil sie half, Standesunterschiede zu überbrücken, die sonst womöglich die Diskussion gehemmt hätten. Das Freimaurerwesen war keineswegs, wie manche meinen, eine Organisation der aufstrebenden deutschen Mittelschicht.<sup>5</sup> Sie übte große Anziehungskraft auf eine Oberschicht aus, der ungefähr zu gleichen Teilen Adlige und gebildete oder vermögende Bürger angehörten. Einige deutsche Logen öffneten sich zu Beginn zwar ausschließlich einer der beiden Gruppen, doch in den meisten verschmolzen wenig später beide miteinander, und in diesen gemischten Gesellschaften war die Beachtung

transparenter und egalitärer Regeln unerlässlich, wenn Statusunterschiede nicht schon von vornherein jede Debatte behindern sollten.

Die Konversation – die treibende Kraft der preußischen Aufklärung – fand auch in der Presse statt. Zu den kennzeichnenden Merkmalen der Periodika jener Zeit zählte der diskursive, dialogähnliche Charakter. Viele Beiträge, die etwa in der *Berlinischen Monatsschrift* abgedruckt wurden, dem angesehensten Organ der späten deutschen Aufklärung, waren in Wirklichkeit Briefe an den Herausgeber. Ferner wurden den Lesern Rezensionen der neuesten Publikationen präsentiert, und in manchen Fällen auch ausführliche Antworten der Autoren. Gelegentlich fragte die Zeitschrift nach der Meinung zu einem bestimmten Thema – ein Beispiel hierfür war die berühmte Diskussion um die Frage »Was ist Aufklärung?«, die eine Anfrage des Theologen Johann Friedrich Zöllner auf den Seiten der *Berlinischen Monatsschrift* vom Dezember 1783 angestoßen hatte.<sup>6</sup> Die Zeitschrift hatte keinen festen Mitarbeiterstab, und die Mehrzahl der Beiträge wurden nicht einmal direkt von ihr in Auftrag gegeben. Wie die Herausgeber, Friedrich Gedike und Johann Erich Bieser, in der »Vorrede« zur ersten Ausgabe ausdrücklich betonten, waren sie darauf angewiesen, dass interessierte Leser die Zeitschrift mit unaufgeforderten Beiträgen »bereichern«.<sup>7</sup> Somit war die *Berlinische Monatsschrift* vor allem ein gedrucktes Forum, das nach ähnlichem Muster funktionierte wie das Netzwerk aus Vereinen und Gesellschaften in den Städten. Sie war nicht als Lektüre für ein im Wesentlichen passives Publikum gedacht. Die Zeitschrift sollte der Öffentlichkeit die Möglichkeit bieten, über sich selbst und die wichtigen Fragen der Zeit nachzudenken.

Die Resonanz der *Berlinischen Monatsschrift* und vergleichbarer Zeitschriften wurde erheblich durch das Aufkommen von so genannten Lesegesellschaften in ganz Norddeutschland gesteigert.<sup>8</sup> Sie hatten es sich zur Aufgabe gemacht, Geld für Abonnements und Bücher zu sammeln, um sie dann ihren Mitgliedern zur Verfügung zu stellen, denn öffentliche Bibliotheken waren zu jener Zeit noch völlig unbekannt. Einige Zirkel und Kreise waren vergleichsweise informelle Zusammenkünfte ohne feste Anlaufstelle. Man traf sich in den Häusern der wohlhabenderen Mitglieder. Andere Lesegesellschaften spezialisierten sich auf die Verbreitung bestimmter Zeitschriften. In manchen Städten boten Buchhändler ihren Kunden sogar eine Art Bibliotheksdienst an. Sie durften Neuerscheinungen für bestimmte Zeit mitnehmen und mussten dafür

nicht den vollen Kaufpreis zahlen. Aktivitäten dieser Art nahmen in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts erstaunlich schnell zu. Im Jahr 1780 waren in den deutschen Staaten nur rund 50 derartige Lesezirkel oder -vereine bekannt, aber schon im folgenden Jahrzehnt stieg ihre Zahl auf etwa 200. Mittlerweile traf man sich zunehmend in angemieteten oder gekauften Räumlichkeiten, die einen ansprechenden Rahmen für Diskussionen und Debatten boten. Aufgrund der Statuten war gewährleistet, dass jedes Mitglied gleichberechtigt an der Sitzung teilnehmen konnte und dass die unverzichtbare Höflichkeit und gegenseitiger Respekt gewahrt wurden. Gesellschafts- und Glücksspiele waren verboten. Insgesamt hatten die deutschen Lesegesellschaften zwischen 15.000 und 20.000 Mitglieder.

Buchhandlungen waren ein weiterer wichtiger Treffpunkt für die aufgeklärte Gesellschaft. Der größte Raum von Johann Jakob Kinters Buchhandlung in Königsberg, 1764 gegründet, war ein hübsch eingerichteter, heller Saal, der als »Börse für die Gelehrtenwelt der Stadt« diente. Es war ein *Café littéraire*, in dem Männer und Frauen, Alt und Jung, Professoren und Studenten in Katalogen blättern, Zeitungen lesen und Bücher kaufen, bestellen oder leihen konnten. (Da Kant bei seinem Tod im Jahr 1804 nur 450 eigene Bücher besaß, hat auch er vermutlich, wie andere Intellektuelle in der Stadt, viele Bücher von Kanter geliehen.) Hier wurde von den Stammkunden ebenfalls erwartet, dass sie einen respektvollen und zivilisierten Umgangston pflegten. Kanter verkaufte nicht nur Bücher, er gab auch einen umfassenden Katalog der Publikationen heraus (der 1771 bereits 488 Seiten umfasste), eine zweiwöchentlich erscheinende Zeitung und mehrere politische Traktate – darunter einen Aufsatz des jungen Königsberger Philosophen Johann Georg Hamann, der Friedrich den Großen scharf angriff.<sup>9</sup>

Neben den Lesegesellschaften, Logen und patriotisch-gemeinnützigen Gesellschaften existierten noch zahlreiche literarische und philosophische Vereinigungen sowie Gruppen von Gelehrten, die sich auf Naturwissenschaft, Medizin oder Sprachen spezialisiert hatten. Ferner gab es informellere Zirkel, wie die Gruppe um den Lehrer an der Berliner Kadettenanstalt, Karl Wilhelm Ramler. Zu seinem Freundeskreis zählten der Verleger Friedrich Nicolai, der Dramatiker Gotthold Ephraim Lessing, der patriotische Dichter Johann Wilhelm Ludwig Gleim, der Bibelforscher Moses Mendelssohn, der Jurist Johann Georg Sulzer und viele andere bekannte Persönlichkeiten der Aufklärung in Berlin. Ramler ge-

hörte mindestens einer der vielen Freimaurerlogen in Berlin an und war Mitglied mehrerer Clubs; er versuchte sich auch als Dichter – brachte allerdings nur drittklassige Verse zustande. Die Zeitgenossen schätzten an ihm vor allem seine treue Freundschaft und die unbekümmerte, liebenswürdige Art. Nach seinem Tod im April 1798 erinnerte ein Nachruf daran, dass Ramler, der bis zu seinem Tod ledig blieb, »bloss seiner Kunst und seinen Freunden [lebte], die er herzlich liebte, ohne mit seiner Liebe im mindesten zu prunken. Er hatte ihrer nicht wenige unter allen Ständen, besonders unter den Gelehrten und Geschäftsmännern«<sup>10</sup>.

Eine ähnliche Persönlichkeit war der patriotische Aktivist Johann Wilhelm Ludwig Gleim. Auch er blieb unverheiratet, hatte literarische Ambitionen und unterstützte einen Kreis aufstrebender junger Schriftsteller und Dichter in Halberstadt. In seiner finanziell gesicherten Stellung als Domsekretär konnte er sich das leisten. Wie Ramler pflegte auch Gleim einen ausgiebigen Briefwechsel mit vielen Größen der zeitgenössischen preußischen Literatur.

Der Diskurs in der Gesellschaft wurde nicht allein durch Vereinsstatuten und Abonnements gefördert; seine Intensität und Universalität ist zu einem großen Teil Männern wie Ramler und Gleim zu verdanken, deren Lebenswerk die selbstlose Pflege eines großen Freundeskreises war. Schriftsteller, Dichter, Verleger, Club-, Gesellschafts- und Logenmitglieder, Leser und Abonnenten – sie alle waren die »Praktiker der Zivilgesellschaft«, deren Beschäftigung mit den großen Fragen der Zeit, literarischen ebenso wie wissenschaftlichen und politischen, dazu beitrug, in den preußischen Landen eine lebendige und vielfältige Öffentlichkeit zu schaffen.<sup>11</sup>

Es wäre ein Fehler, sich diese aufkeimende Öffentlichkeit als träge, passive Masse apolitischer Großbürger oder als gärende Kraft der Opposition und latenten Rebellion vorzustellen. Der wohl erstaunlichste Aspekt der gesellschaftlichen Netzwerke, die die Aufklärung in Preußen förderten, war ihre Nähe zu dem Staat – man könnte fast sagen, dass sie zum Teil mit dem Staat identisch waren. Dies lag zum Teil an der intellektuellen Tradition, aus der heraus sich die preußische Aufklärung entwickelte. Die Verbindungen zum Kameralismus, zu der »Wissenschaft« der Staatsverwaltung, die unter der Herrschaft Friedrichs III./I. an preußischen Universitäten eingeführt und unter Friedrich Wilhelm I. ausgebaut worden war, wurden nur nach und nach gekappt. Hinzu kam die gesellschaftliche Stellung der preußischen Intelligenz. Während in der

zeitgenössischen französischen Literatur finanziell unabhängige »freie« Schriftsteller eine führende Rolle spielten, kam in Preußen der Gruppe der Staatsdiener die Vorreiterrolle zu. Eine Studie der *Berlinischen Monatsschrift* ergab, dass von allen Mitwirkenden der Zeitschrift im Laufe ihrer 13-jährigen Existenz (1783–1796) 15 Prozent Adelige waren, 27 Prozent Professoren und Schullehrer, 20 Prozent hohe Beamte, 17 Prozent Geistliche und 3,3 Prozent Offiziere. Mit anderen Worten, über die Hälfte der Beiträger waren beim Staat beschäftigt.<sup>12</sup>

Ein besonders anschauliches Beispiel für die Konvergenz zwischen Staat und Teilen der Zivilgesellschaft war die so genannte Berliner Mittwochsgesellschaft, eine »Gesellschaft von Freunden der Aufklärung«, die sich regelmäßig von 1783 bis 1797 traf (derselbe Zeitraum, in dem die *Berlinische Monatsschrift* existierte). Zu den Mitgliedern dieser Gruppe, anfangs zwölf, dann 24 Teilnehmer, zählten hohe Staatsbeamte wie der Staatsminister Carl August Graf von Struensee und die Justizbeamten Carl Gottlieb Svarez und Ernst Klein. Ferner gehörten der Vereinigung Johann Erich Biester an, der Herausgeber der *Berlinischen Monatsschrift* und zugleich Sekretär der Mittwochsgesellschaft, sowie der Verleger und Patriot Friedrich Nicolai. Dessen alter Freund Moses Mendelssohn, der mittlerweile angesehene jüdische Gelehrte und Philosoph, war Ehrenmitglied. Die Treffen fanden im Haus eines Mitglieds statt. Die Diskussionen drehten sich zwar gelegentlich auch um populärwissenschaftliche Themen, doch meist erörterten die Anwesenden zeitgenössische politische Themen. Dabei kam es oft zu hitzigen Debatten, doch alle Teilnehmer waren bemüht, die Formen einer zivilisierten Konversation zu wahren, insbesondere gegenseitigen Respekt, Unparteilichkeit und das Bestreben, die eigene Meinung und leere Verallgemeinerungen zugunsten einer streng sachlichen Interpretation hintanzustellen. Zur Vorbereitung eines Treffens machte eine Abhandlung zu einem Thema der Staatsverwaltung die Runde, sei es aus dem Finanzressort oder aus der Justiz. Diese diente dann als Basis der Diskussion. Kommentare konnten auch schriftlich eingereicht werden. In der Gesellschaft diskutierte Aufsätze erschienen gelegentlich später in der *Berlinischen Monatsschrift*.

Eine treffendere Veranschaulichung des grundlegend diskursiven Charakters der aufgeklärten, literarischen Kultur lässt sich kaum vorstellen. Die Mittwochsgesellschaft konnte man kaum als »öffentliche« Institution bezeichnen, weil die Treffen streng geheim stattfanden – eine unerläss-

liche Maßnahme, weil mehrere Mitglieder als Minister dienten. Nichtsdestotrotz macht sie deutlich, welche Synergieeffekte zwischen informellen Netzwerken der Zivilgesellschaft und dem Staat in den letzten Jahren der Herrschaft Friedrichs II. möglich waren.

Den fortschrittlichen Gelehrten, Schriftstellern und Denkern fiel es leicht, den Staat als Partner bei der Aufklärung anzusehen, weil der Souverän selbst ein bekannter Fürsprecher ihrer Wertvorstellungen war. Wenn Immanuel Kant das »Zeitalter der Aufklärung« mit dem »Jahrhundert Friederichs« gleichsetzte, so war das keineswegs anbiedernd gemeint.<sup>13</sup> Von den europäischen Monarchen des 18. Jahrhunderts personifizierte Friedrich am ehesten die Wertvorstellungen und Weltanschauung der Aufklärung. Er war 1738 noch als Kronprinz in eine Freimaurerloge eingetreten. In religiösen Fragen war er, wie gesagt, ein Skeptiker und Befürworter der religiösen Toleranz. Als er im Juni 1740 gefragt wurde, ob ein katholischer Untertan in der Stadt Frankfurt an der Oder Anspruch auf die Bürgerrechte habe, antwortete er: »Alle Religionen seindt Gleich und guht, wan nuhr die Leute, so sie profesieren, Ehrlige leute seindt, und wen Türken und Heiden kämen und wollten das Land pöpliren, so wollen wir [für] sie Moscheen und Kirchen bauen.«<sup>14</sup> Friedrich versammelte führende Vertreter der französischen Aufklärung um sich. Insbesondere Voltaire, mit dem Friedrich einen langen, wenn auch gelegentlich zänkischen Briefwechsel pflegte, war über Jahre die literarische Leitfigur der Aufklärung, und seine enge Beziehung zu dem preußischen König war auf dem ganzen Kontinent bekannt. Friedrichs eigene Schriften waren im geistreichen, aber nüchternen und distanzierten Ton der zeitgenössischen französischen Denker verfasst.

Hinzu kamen die ersten Maßnahmen als Monarch. So ordnete er gleich nach seiner Thronbesteigung an, *Die Berlinischen Nachrichten* nicht länger der Zensur zu unterstellen und den rationalistischen Philosophen Christian Wolff, der in den 1720ern von den Pietisten von der Universität Halle vertrieben worden war, unverzüglich zurückzurufen.<sup>15</sup> Weit mehr Erstaunen allerdings erregte seine Entscheidung, gegen den Rat des führenden preußischen Juristen der Zeit, Samuel von Cocceji, in seinem Territorium bei Gerichtsverfahren auf die Folter zu verzichten. In der europäischen Justiz war es damals noch allgemein üblich, unter der Folter Geständnisse von den Verdächtigen zu erpressen. Noch im Jahr 1745 verteidigte Zedlers *Großes vollständiges Universallexicon aller*

*Folter*  
*verbüll*

*Besuch*  
*! 5*

*Todesstrafe*  
*wenige*  
*Grausamkeit*  
*Rid*

*Wissenschaften und Künste*, eine der kanonischen Enzyklopädien der deutschen Aufklärung, den Einsatz der Folter zu Ermittlungszwecken, und die Praxis wurde selbst in der *Theresiana* beibehalten, dem großen Strafgesetzbuch Österreichs, das 1768 veröffentlicht wurde.<sup>16</sup>

*Folter*  
*verbüll*

*Rechtssysteme*  
*ancien régime*  
*Beweisführung*  
*aus dem Boden gestampft werden*  
*fälle abdeckte*  
*zwar eine Fülle von Beweisen vorlag*  
*aber kein Geständnis*

Friedrich II. hingegen verfügte am 3. Juni 1740, nur drei Tage nach dem Tod seines Vaters, dass keine Folter mehr angewandt werden dürfe, ausgenommen war eine kleine Palette besonders schwerer Fälle, zu denen Majestätsverbrechen und Landesverrat sowie Massenmord zählten, wo eine strenge Befragung erforderlich war, um die Identität von Komplizen in Erfahrung zu bringen. In einem weiteren Edikt von 1754 weite Friedrich diese Verfügung zu einem generellen Verbot aus, und zwar mit der Begründung, dass Folter nicht nur »grausam«, sondern auch ein unzuverlässiges Mittel sei, die Wahrheit herauszufinden, weil immer die Gefahr bestehe, dass Verdächtige sich selbst belasteten, um weiteren Folterungen zu entgehen.<sup>17</sup> Nach diesem radikalen Einschnitt beschwerten sich viele Richter und Justizbeamte, dass es nunmehr kein Mittel gebe, von widerspenstigen Übeltätern ein Geständnis zu erpressen – in sämtlichen Rechtssystemen des *ancien régime* galt dies noch als die Krone der Beweisführung. Nun musste eine neue Doktrin für die Beweisführung aus dem Boden gestampft werden, die Fälle abdeckte, in denen zwar eine Fülle von Beweisen vorlag, aber kein Geständnis.

*Todesstrafe*  
*wenige*  
*Grausamkeit*  
*Rid*

Friedrich verringerte darüber hinaus die Zahl der Verbrechen, auf welche die Todesstrafe stand, und nahm eine kleine, aber wesentliche Änderung bei der Strafe durch das Rad vor. Bei dieser grausamen Praxis wurden dem Übeltäter auf dem Schafott mit einem Wagenrad die Knochen im Leib gebrochen. Hierin zeigte sich die für die Frühe Neuzeit typische Auffassung, öffentliche Hinrichtungen kämen einem halbreliгиösen Ritual gleich, das die Geißelung des Missetäters zur Vorbereitung seines oder ihres Lebens nach dem Tode in den Mittelpunkt rückte. Friedrich gab Befehl, dass der oder die Verurteilte bei solchen Hinrichtungen künftig erdrosselt werden sollte, ohne dass die Menge es sah, bevor er oder sie auf das Rad geflochten wurde. Auf diese Weise wollte Friedrich die abschreckende Wirkung der Strafe erhalten, den Betroffenen aber unnötige Qualen ersparen.<sup>18</sup> Auch hier ging, wie im Fall der Folter, eine rationale Abwägung des Nutzens mit einer aufgeklärten Abscheu vor sämtlichen Akten der Grausamkeit einher (denn wenn man die religiöse Dimension der Qualen für den Verurteilten beiseiteläßt, dann bleibt nur die Grausamkeit). Diese Errungenschaften dürfen nicht

*Konversation*  
*Edelmann*  
*Anhänger*  
*Spinoza*  
*England*

gering geschätzt werden: Im Jahr 1766 war es in Frankreich etwa noch möglich, einem Jugendlichen, den man der Blasphemie und der Schändung eines Schreins am Wegesrand schuldig gesprochen hatte, den rechten Arm abzuhacken und die Zunge auszureißen, bevor man ihn auf dem Scheiterhaufen verbrannte.<sup>19</sup>

*Edelmann*  
*Anhänger*  
*Spinoza*  
*England*

Friedrich gewährte sogar Johann Christian Edelmann in Berlin Zuflucht, jenem radikalen Anhänger Spinozas, der mehrerer Traktate veröffentlicht hatte, in denen er unter anderem behauptete, dass nur ein Deismus, der von jeglicher Götzenanbetung gesäubert sei, die Menschheit versöhnen und vereinen könne, dass das Sakrament, ja, die ganze Institution der Ehe überflüssig sei, dass sexuelle Freizügigkeit legitim und dass Christus ein Mensch wie jeder andere gewesen sei. Edelmann war von lutherischen und calvinistischen Kreisen aus einigen der toleranztesten deutschen Staaten vertrieben worden. Während eines kurzen Aufenthalts in Berlin im Jahr 1747 hatten der städtische calvinistische und lutherische Klerus Edelmann als gefährlich und sectiererisch angegriffen. Dieser handelte sich sogar eine Rüge Friedrichs ein, weil er grundsätzlich gegen die Form des Absolutismus war und sich öffentlich abschätzig über Voltaires Lobrede äußerte, mit der jener die Thronbesteigung des Königs gefeiert hatte. Dennoch wurde es ihm gestattet, sich in Berlin niederzulassen – selbst als seine Werke in allen deutschen Ländern vehement verurteilt wurden –, und zwar unter der Bedingung, dass er aufhörte, Schriften zu veröffentlichen. Im Mai 1750 wurden in Frankfurt am Main unter Aufsicht der kaiserlichen Bücherkommission seine Bücher verbrannt, während Edelmann sich (unter falschem Namen zum Schutz vor christlichen Fanatikern) in Berlin die Zeit vertrieb. Der gesamte Magistrat und die Stadtverwaltung wohnten bei, und 70 Wachen mussten die Menschenmenge zurückhalten, während fast 1000 Exemplare von Edelmanns Büchern auf einen Stapel lodernder Birkenstämme geworfen wurden. Der Gegensatz zwischen dem Reich und Berlin konnte kaum drastischer zu Tage treten. Friedrich hatte keine Einwände gegen Edelmanns religiösen Skeptizismus, Deismus oder moralische Freigeisterei. Die Hauptstadt Preußens enthielt, wie er in einem charakteristisch hintergrundigen Bonmot einmal bemerkte, bereits eine große Zahl an Narren und könnte ohne Weiteres einen mehr aufnehmen.<sup>20</sup>

*Von mir*  
*Friedrich*  
*geliebt*  
*als Abenteuer*

Folglich war Friedrich – anders als sein französischer Widerpart Ludwig XV. – ein durchaus geeigneter Partner bei dem Projekt der Aufklärung in den preußischen Landen. Ja, für viele Mitglieder der literari-

*Hauptstadt Preußens: Berlin? (vielleicht Herren → Untertanen)*

schen und politischen Elite verlieh gerade der *persönliche* Aufruf des Monarchen zur Aufklärung der Beziehung zwischen Zivilgesellschaft und Staat in Preußen eine einzigartige Bedeutung. Im siebten Kapitel wurde deutlich, in welchem Maße das persönliche Ansehen des Königs während und nach dem Siebenjährigen Krieg in Preußen die politische Debatte beeinflusste. Damals argumentierten patriotische Publizisten, dass die Liebe des Königs bloße Untertanen in aktive Teilnehmer am öffentlichen Leben des Vaterlandes verwandeln könne.

In seinem bahnbrechenden Aufsatz von 1784 argumentierte Immanuel Kant, dass das Zusammentreffen von Autorität und Aufklärung in derselben souveränen Person grundlegend das Verhältnis zwischen politischen und bürgerlichen Freiheiten verändert habe. Wo nämlich ein aufgeklärter Monarch herrsche, da stelle seine Macht eher einen Vorteil als eine Gefahr für die mit der Zivilgesellschaft verbundenen Interessen dar. Das Ergebnis sei, laut Kant, ein Paradoxon: Unter einem wahrhaft aufgeklärten Souverän könne durch eine maßvolle Einschränkung der politischen Freiheit in der Tat dem Volk Raum verschafft werden, »sich nach allem seinen Vermögen auszubreiten«. Der berühmte Satz, den Kant Friedrich in den Mund legte, »Räsonniert soviel ihr wollt, und worüber ihr wollt; nur gehorcht!«, wurde nicht als Wahlspruch eines Despoten aufgefasst. Vielmehr sah man darin das Potenzial zur Selbstveränderung in einer aufgeklärten Monarchie. In einem solchen Gemeinwesen, so glaubte man, gewährleisten öffentliche Diskussionen und öffentliche Kritik – mit einem Wort, die Konversation zwischen Zivilgesellschaft und Staat –, dass die Wertvorstellungen und Zielsetzungen des Staates letzten Endes harmonisch mit denen des Volkes verschmelzen, sodass der Untertan die Pflicht zum Gehorsam nicht länger als eine Bürde empfindet.

»Wenn denn die Natur unter dieser harten Hülle den Keim, für den sie am zärtlichsten sorgt, nämlich den Hang und Beruf zum freien Denken, ausgewickelt hat; so wirkt dieser allmählig zurück auf die Sinnesart des Volks (wodurch dieses der Freiheit zu handeln nach und nach fähiger wird) und endlich sogar auf die Grundsätze der Regierung [...]«<sup>21</sup>

Diese Vision einer tugendhaften, politischen Durchdringung, nach der die Ideen der aufgeklärten Denker erst einmal den Nährboden der Zivilgesellschaft aufbessern, ehe die Regierungsorgane sie übernehmen, war keineswegs völlig realitätsfern. Die Regierungstätigkeit in Preußen stützte sich im Allgemeinen viel stärker auf Konsultationen, als gemeinhin angenommen wird. So gut wie alle größeren Gesetzesinitiativen

Konsultation?

waren das Ergebnis ausgiebiger Verhandlungen und Diskussionen mit lokalen Interessengruppen. In manchen Fällen geschah dies über die Vermittlung der Stände, wie in den langwierigen Beratungen über Beschränkungen des Verkaufs von adeligem Grundbesitz, oder über Stadt- oder Kreisbeamte, die sich wiederum mit einer breiten Palette Einheimischer berieten. Manchmal auch über informelle Netzwerke aus Experten wie Juristen oder Unternehmern. Das alles kann man gewiss nicht sonderlich »aufgeklärt« nennen, aber es war ein wesentlicher und oft unterschätzter Bestandteil des fürs Regieren so notwendigen Sammelns von Meinungen und Informationen. Im späteren 18. Jahrhundert bildete sich dann ein Netzwerk aufgeklärter Aktivisten heraus, die sich zu Fürsprechern der öffentlichen Interessen, sowie zu Partnern und Kritikern der souveränen Macht erklärten.<sup>22</sup> Die Regierung akzeptierte diesen Anspruch weitgehend. Als Friedrich II. zu Beginn der 1780er Jahre eine radikale Gesetzesreform in die Wege leitete, an deren Ende 1794, acht Jahre nach seinem Tod, ein neuer und umfassender Gesetzeskodex für die preußischen Länder entstehen sollte, beschloss er 1784, erste Entwürfe des neuen Kodex von der öffentlichen Meinung beurteilen zu lassen. Anfangs betraf dies nur einen relativ engen Kreis führender Juristen und Verfassungsrechtler sowie einige »praktische Weltweise«. Doch das Netz wurde später über die Ausschreibung eines öffentlichen Aufsatzwettbewerbs stark ausgeweitet – eine Methode, die die Regierung von der älteren Generation patriotisch-gemeinnütziger Gesellschaften entlehnt hatte.<sup>23</sup> Dieser bemerkenswerte Schritt enthüllte ein verblüffendes Vertrauen in die Vorzüge des intellektuellen Wettbewerbs und demonstrierte die stillschweigende Anerkennung des Königs, dass die öffentliche Meinung mittlerweile, wie ein hoher Beamter sinngemäß sagte, ein mächtiges Tribunal sei, das jeden Akt der Regierung beurteile.<sup>24</sup>

In Preußen mag zwar keine Pressefreiheit geherrscht haben – in dem Sinn eines allgemeinen Rechts, öffentlich seine Meinung zu äußern –, doch die Zensur war so mild, dass eine lebendige und kontroverse politische Debatte, in Wort und Schrift, durchaus möglich war. Der schottische Reiseschriftsteller John Moore, der im Jahr 1775 Berlin besuchte, notierte später seine Eindrücke von der Hauptstadt Preußens:

»Nichts erstaunte mich mehr, als ich zum ersten Mal nach Berlin kam, als die Freiheit, mit der viele Menschen über Maßnahmen der Regierung sprachen, und über das Verhalten des Königs. Ich habe gehört, wie politische Themen und andere, die ich für noch viel heikler gehalten hätte,

↳ Freiheit der Menschen in Berlin (Politik / Wahlen)

hier mit ebenso wenig Aufheben diskutiert wurden wie in einem Londo-  
ner Kaffeehaus. Dieselbe Freiheit tritt in den Buchläden zutage, wo lite-  
rarische Produkte aller Art offen verkauft werden. Das Pamphlet, das  
unlängst über die Teilung Polens erschienen ist und in dem der König  
sehr scharf angegriffen wird, ist ohne Schwierigkeiten zu bekommen,  
sowie andere Vorträge, die einige der hervorragendsten Persönlichkeiten  
mit der ganzen Bissigkeit der Satire angreifen.<sup>25</sup>

↳ Wieder Sprüche (→hofflich?)

### Preußens jüdische Aufklärung

In den 1770er Jahren war die jüdische Gemeinde von Berlin die reichste und am meisten assimilierte der deutschen Länder. Den Kern bildete eine Elite aus Lieferanten des Militärs, Bankiers, Kaufleuten und Industriellen. Die reichsten Familien residierten in den nobelsten Wohngegenden der Stadt – Berlin war die einzige deutsche Residenzstadt, in der die jüdischen Bewohner nicht in einem Ghetto leben mussten. Im Jahr 1762 erwarb der Bankier Daniel Itzig ein kleines Palais in der Burgstraße, direkt am Ufer der Spree, und baute es zu einem eleganten Stadthaus mit zwei Flügeln aus. Hier trug er »eine auserlesene Sammlung« von Kunstwerken zusammen, darunter *Ganymed* von Rubens, Werke von Terborch, Watteau, Joseph Roos und Antoine Pesne, und »ein großer Prospekt von vielen Personen von Canaletto«<sup>26</sup>. Ganz in der Nähe, an der Ecke Poststraße und Mühlendamm, befand sich der dreistöckige Palast des Hofjuweliers und Münzmeisters Veitel Heine Ephraim. Das von dem Meisterarchitekten Friedrich Wilhelm Diterichs entworfene und nach Art des Rokoko mit Säulen, Pilastern und eleganten Balkonen mit vergoldeten Geländern verzierte Ephraimpalais zählt noch heute zu den Sehenswürdigkeiten der Stadt.

Itzig und Ephraim hatten wie die meisten übrigen Mitglieder der jüdischen Finanzelite ihr Vermögen durch die Zusammenarbeit mit dem preußischen Staat erworben. Beide gehörten zu jenen Geschäftsleuten, denen Friedrich II. die Verwaltung von Preußens Münzvorrat während des Siebenjährigen Krieges anvertraut hatte. Als der Krieg 1756 ausbrach, beschloss der König, seine Feldzüge über eine Münzinflation zu finanzieren. Preußen hatte keine nennenswerten eigenen Silbervorkommen und musste folglich seinen gesamten Bedarf importieren – ein Geschäft, das traditionell jüdische Agenten erledigt hatten. Indem man den Silber-

anteil in der preußischen Prägung verringerte, war es möglich, eine »Münzabgabe« in Form des ungenutzten Silbers einzustreichen. Friedrich hatte sich von Anfang an viel stärker als seine Vorgänger auf jüdische Finanzverwalter verlassen und beauftragte ein Konsortium aus jüdischen Bankiers und Silberhändlern – darunter Ephraim und Itzig –, die Verantwortung für die Prägung der minderwertigen Münzen zu übernehmen. Der Gewinn, den dieses Unternehmen abwarf – in Höhe von rund 29 Millionen Talern –, trug erheblich dazu bei, die Kriegskosten des Königs zu decken.<sup>27</sup> Am Ende der Feindseligkeiten zählten die jüdischen Münzverwalter, neben einer ganzen Gruppe anderer jüdischer Geschäftsleute, die sich auf den Nachschub von Kriegsbedarf spezialisiert hatten, zu den reichsten Männern Preußens.

Diese Finanzexperten waren zwar die bekanntesten Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Preußen, aber es handelte sich schwerlich um typische Vertreter. Das jüdische Leben in Preußen hätte kaum gegensätzlicher sein können. Eine kleine Minderheit erfreute sich eines großen Vermögens und gesetzlicher Privilegien, doch die große Mehrheit hatte unter den geltenden Beschränkungen zu leiden. Im Jahre 1730 verabschiedete Friedrich Wilhelm I. ein »Generalprivilegium für alle Juden der Monarchie«, das den jüdischen Handel einschränkte, es den Juden untersagte, von Zünften kontrollierte Handwerke auszuüben oder mit Waren in den Städten zu hausieren. Ferner war es ihnen verboten, Häuser zu erwerben. Unter der Herrschaft Friedrichs II. setzte sich der Trend zu immer strengerer staatlicher Reglementierung fort. In dem umfassenden »Revidierten General-Privilegium und Reglement für die Judenschaft« von 1750 wurden die Juden Preußens in sechs unterschiedliche Klassen eingeteilt: An der Spitze stand die winzige Gruppe »generalprivilegierter« Juden, hauptsächlich Hof- und Finanzjuden, die Häuser und Grundstücke kaufen durften und unter denselben Voraussetzungen Handel trieben wie ihre christlichen Berufsgenossen. In besonderen Fällen konnte Angehörigen dieser Klasse sogar das erbliche Bürgerrecht gewährt werden. Die »ordentlichen Schutzjuden« der folgenden Klasse hingegen durften den Wohnsitz nicht frei wählen und konnten ihren Status nur einem ihrer Kinder vermachen. Zu den »außerordentlichen Schutzjuden« zählten bestimmte Berufsgruppen – Optiker, Graveure, Maler, Ärzte –, die als so nützlich galten, dass gewisse Erleichterungen beim Wohnsitz gerechtfertigt schienen. Der vierten Kategorie gehörten die »publiques« Juden an, Gemeindeangestellte wie Rabbiner,

Kantoren und Schächter, mit ihr waren keine erblichen Rechte verbunden. Die fünfte Kategorie umfasste »tolerierte Juden«, welche die Schutzherrschaft eines Juden der oberen drei Kategorien genossen, sowie die nicht erbberechtigten Kinder von Juden der zweiten und dritten Kategorie. Zur sechsten Kategorie, der geringsten, zählten private Angestellte jüdischer Unternehmen und Bedienstete im Haushalt; ohne Arbeitsvertrag erhielten Juden dieser Kategorie auch keine Aufenthaltsgenehmigung.

Was die Juden betraf, blieb von der berühmten Aufklärung des Königs nur ein zynischer Sinn fürs Zweckmäßige übrig. Friedrich war entschlossen, mit ihrer Hilfe die Staatseinnahmen zu steigern, und war zu diesem Zweck bereit, den allernützlichsten jüdischen Untertanen weitreichende Freiheiten zu gewähren. Ja, er drängte Juden geradezu in Sektoren der Wirtschaft, wo unternehmerisches Geschick am dringendsten benötigt wurde: in den Handel mit Gold- und Silberbarren, die Eisengießereien, den grenzüberschreitenden Handel in Randzonen und diverse andere Industriezweige. Er erhob darüber hinaus Sondersteuern und Abgaben von jüdischen Untertanen und zwang sie, minderwertige Statuetten von den Königlichen Porzellanmanufakturen zu erwerben – diese Gegenstände, die in den 1770ern widerwillig akzeptiert wurden, wurden zu den gepriesenen Familienerbstücken späterer Generationen.

Hinter den auf den ersten Blick utilitaristischen Regierungsmaßnahmen verbargen sich soziale Spannungen und virulente Vorurteile. Die Forderung nach staatlicher Regulierung ging zum Teil von den christlichen, ständisch organisierten Eliten der preußischen Städte aus, von denen die Zentral- und Provinzverwaltungen mit endlosen Beschwerden und Petitionen gegen die kommerziellen Aktivitäten der Juden überhäuft wurden.<sup>28</sup> Die Juden in Preußen sahen sich, wie in allen deutschen Ländern, dem Kreuzfeuer zwischen Staat und lokalen Behörden ausgesetzt. Wenn der Staat versuchte, neue jüdische Bewohner anzusiedeln oder ihre Unternehmen zu schützen, dann stieß er auf den konzentrierten Widerstand der städtischen Gilde und Ladenbesitzer, die jüdische Konkurrenten fürchteten und sich gegen wirtschaftliche Innovationen der Neuankömmlinge wehrten. Wie überall war es auch hier Aufgabe der Behörden, gewissenhaft zwischen der Volksmeinung und dem höheren Staatsinteresse zu unterscheiden.

Das soll keinesfalls heißen, dass der König frei von Vorurteilen gewesen wäre – im Gegenteil: Friedrich II. stand den Juden fast ebenso feind-

F. stand ~~Suden~~ Kirchlich gegen

94. S. 6

selig gegenüber wie sein Vater, der sie als »Heuschrecken« bezeichnet hatte.<sup>29</sup> In seinem ersten politischen Testament aus dem Jahr 1752 verunglimppte er sie als die allergefährlichste Sekte, erklärte, dass sie dem christlichen Handel schaden würden, und plädierte dafür, dass der Staat keinesfalls ihre Dienste nutzen solle (ein Prinzip, das er selbst nicht einhielt). Diese Ansichten wurden, trotz der engen und produktiven Zusammenarbeit der Kriegsjahre, im zweiten Testament von 1768 wiederholt.<sup>30</sup> Die diskriminierenden Bestimmungen bezüglich der Juden trugen oft auch einen symbolischen Makel. So mussten Juden einen »Leibzoll« entrichten, der sonst nur auf Vieh erhoben wurde, und sie durften die Hauptstadt nur durch ein bestimmtes Tor betreten und verlassen. Im Gegensatz zu anderen Minderheiten in Preußen unterstanden jüdische Gemeinden einer Gesamthaftung für kriminelle Vergehen ihrer Mitglieder. So waren laut einer Kabinettsorder von 1747 die Gemeindeältesten mitverantwortlich für jeden Diebstahl, an dem eines der Gemeindemitglieder beteiligt gewesen war; dasselbe galt für Verluste infolge von Konkursverfahren und Geldstrafen, die für die Annahme oder das Verstecken von Diebesgut verhängt wurden.<sup>31</sup>

So sehr die vermögenden jüdischen Unternehmer auch die historischen Quellen dominieren, die große Mehrzahl der Juden lebte sehr bescheiden. Der Handel im großen Stil, wie ihn Ephraim und Itzig praktizierten, war die Domäne einer winzigen Elite. Der jüdische Hausierer, der von Tür zu Tür ging, war weit häufiger anzutreffen. Juden ohne Schutzbefehl, der es ihnen ermöglichte, in einem Laden Handel zu treiben, blieb nichts anderes übrig, als umherzuziehen und mit Gebrauchtwaren zu handeln. Der Anteil der preußischen Juden in dieser Lage stieg stetig an, weil viele einst wohlhabende Händler wegen einer Reihe von Handelsbeschränkungen zu Beginn und Mitte des 18. Jahrhunderts in Randbereiche der Wirtschaft abgedrängt wurden.<sup>32</sup> Ihre Zahl schwoll noch an durch die illegale Einwanderung von Juden aus Polen, die zum großen Teil eine elende Existenz ohne feste Beschäftigung führten. Versuche, die Grenze im Osten für diese »Wirtschaftsflüchtlinge« zu schließen, zeigten offenbar keine nennenswerte Wirkung. Die wiederholten Verordnungen gegen »Betteljuden« (1780, 1785, 1788 und 1791) lassen darauf schließen, dass diese Einwanderung, die sich nach den polnischen Teilungen zweifellos noch verstärkt hatte, gegen Ende des Jahrhunderts in keiner Weise eingedämmt war.<sup>33</sup> Die pietistischen Missionare, die seit den 1730er Jahren im Auftrag des Institutum Judaicum in Halle arbeite-

Dicker,

Wissen 3.  
fehlensw.,  
deshalb die

Viele  
armer

durch  
Einwande  
aus Poli  
zogen

ten, trafen häufig Scharen von »armen, reisenden Juden«, die außerstande waren, den Wegezoll zu bezahlen, und sich vor der Stadtmauer versammelten. Sie handelten mit kleinen, tragbaren Waren wie Gebetsbüchern oder Kalendern.<sup>34</sup>

*Südliche  
Aufkl  
beamin  
fecht  
Waff  
verdienst*

Um die Mitte des 18. Jahrhunderts vollzog sich unter den preußischen Juden ein kultureller Wandel, der letzten Endes das Judentum verändern sollte. Die jüdische Aufklärung oder Haskala (von dem hebräischen Wort *le-haskil*, »mit Hilfe des Verstandes aufklären, klären«) fasste zuerst in Berlin Fuß. Zu den ersten und typischsten Vertretern zählt der Philosoph Moses Mendelssohn, der von 1743 bis zu seinem Tod im Jahre 1786 in der Stadt lebte und arbeitete. Mendelssohn stammte aus einer einfachen Familie in der sächsischen Stadt Dessau. Sein Vater brachte als Schulklopfer oder Klepper die Familie nur mühsam durch. Er hatte die Aufgabe, kleine Kinder in der Tora zu unterrichten und morgens von Haus zu Haus zu laufen, um die Gemeinde zum Gebet zu wecken. Mit sechs Jahren fing Moses an, bei Rabbi David Fränkel zu studieren, einem ausgezeichneten Gelehrten des Talmud und der zugehörigen Kommentare. Als Fränkel 1743 nach Berlin zog und die Stelle des Oberrabbiners antrat, folgte ihm sein 14-jähriger Schüler. Der mittellose Mendelssohn wäre am Rosenthal-Tor abgewiesen worden, wenn sein Mentor nicht einen Platz im Haushalt eines Berliner »Schutzjuden« für ihn gefunden hätte.

*Schrift  
aft  
3*

Dies war der Anfang einer brillanten Karriere. Mit einer Reihe von Veröffentlichungen verschaffte Mendelssohn sich rasch hohes Ansehen als Kommentator zu Themen, die er Plato, Spinoza, Locke, Leibniz, Shaftesbury, Pope und Wolff entnommen hatte. Mendelssohn schrieb ein elegantes, lebendiges Deutsch, publizierte aber auch weiterhin regelmäßig auf Hebräisch. Er gründete 1755 die erste hebräische Zeitschrift *Kohelet Musar* (Der Moralist). Nach dem Vorbild der *moral weekly* Anfang des 18. Jahrhunderts in England hatte *Kohelet Musar* den Zweck, aufgeklärte Ideen unter den gebildeten Juden zu verbreiten. Im Jahr 1784 beteiligte sich Mendelssohn auf den Seiten der *Berlinischen Monatsschrift* an der Diskussion um die Bedeutung der »Aufklärung«. Er argumentierte, Aufklärung bezeichne nicht einen Zustand, sondern einen Reifeprozess, in dem Individuen allmählich lernen, die Probleme, die sich ihnen stellen, mit der eigenen »Vernunft« zu lösen.

*Publikat  
in Berl  
Monatsschr*

Das war eine völlig neuartige und unverwechselbare Stimme. Hier war ein jüdischer Gelehrter, der sich zwar weiterhin zu seiner jüdischen Tra-

*erreichte gemischtes Publikum*

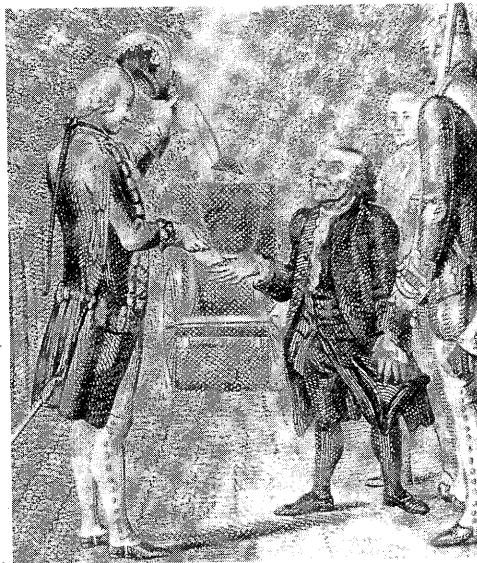
dition bekannte, aber ein gemischtes Publikum aus Juden und Christen erreichte, indem er in einer einnehmenden, undogmatischen Sprache über Vernunft, Gefühl und Schönheit schrieb. Indem Mendelssohn *Kohelet Musar* auf Hebräisch publizierte, führte er die heilige Sprache der Synagoge in den freien Raum einer aufgeklärten, öffentlichen Sphäre ein. Manche jüdische Leser verspürten ein fast schon schwindelerregendes Gefühl der Entrückung und Befreiung. Junge Juden aus ganz Preußen und darüber hinaus trafen sich in seinem Haus, wo engagiert über Themen der Aufklärung diskutiert wurde. Hier nahm eine spezifisch jüdische Aufklärung allmählich Gestalt an. Die großen Vertreter der frühen Berliner Haskala – Naphtali Herz Wessely, Herz Homberg, Solomon Maimon, Isaak Euchel und andere – wurden allesamt in diesem aufregenden Milieu geprägt. Im Jahr 1778 gründete Mendelssohns Schüler David Friedländer, Sohn eines Königsberger Bankiers, gemeinsam mit Isaak Daniel Itzig (Sohn Daniel Itzigs) eine Jüdische Freischule in Berlin – Mendelssohn beteiligte sich an der Gestaltung des Lehrplans. Anfang der 1780er Jahre hatte Mendelssohn bereits ein rein preußisches literarisches Netzwerk aufgebaut; eine Liste von 515 Abonnenten seiner deutschen Übersetzung des Pentateuch (1781–1783) enthält Namen aus dem ganzen Königreich, mit Schwerpunkten in Breslau, Königsberg und Berlin.<sup>35</sup>

*wie  
Zweck  
Wolke  
Cler  
Weise  
Familie*

Auch auf aufgeklärte, christliche Leser übte Mendelssohn eine außerdurchschnittliche Faszination aus: ein moderner, jüdischer Gelehrter, ein »deutscher Sokrates«, ein Mann, der symbolhaft für den Nährboden und das Potenzial der Aufklärung stand. Mehr als irgendein anderer verkörperte er den Typus des weisen Juden, der in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts so häufig in der deutschen Literatur auftauchte.<sup>36</sup> Gottbold Ephraim Lessing, ein enger Freund und Mitstreiter, schuf seinem Freund mit *Nathan der Weise* (1779) ein literarisches Denkmal. Mendelssohn wurde zu einer kulturellen Ikone, zu einer Art Versicherung gegen die Finsternis der Intoleranz und der Voreingenommenheit. Sein Haus war eine beliebte Anlaufstelle für Berlinbesucher.<sup>37</sup>

*Bestraf  
Mendels  
Sohn*

Es gibt unzählige zeitgenössische Porträts von Mendelssohn, doch das wohl denkwürdigste – ein Stich nach einer Zeichnung von Daniel Chodowiecki – zeigt ihn, wie er 1771 am Berliner Tor der Stadt Potsdam seine Papiere zur Kontrolle überreicht. Mendelssohn steht im Mittelpunkt der Szene: eine kleine, gedrungene Gestalt in einem bescheidenen, schwarzen Anzug, flankiert von zwei hoch gewachsenen preußischen Wachen,



22. Moses Mendelssohn wird am Berliner Tor zu Potsdam examiniert. Kupferstich von Johann Michael Siegfried Löwe, nach Daniel Chodowiecki, Physiognomischer Almanach, Berlin 1792.

von denen einer voller Ehrerbietung den Hut hebt. Die Stimmung des Bildes ist noch heute schwer zu deuten: Ist der Ausdruck auf Mendelssohns hagerem, nach oben gewandten Gesicht ein ironischer Kommentar zu dieser Routinebegegnung zwischen einem preußischen Offizier und dem berühmtesten Juden Preußens?

Die Haskala, die von Mendelssohn und seinem Kreis ausging, kam keineswegs wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Ihre Wurzeln lagen in einem langwierigen, allgemeinen gesellschaftlichen Wandel. Die ersten jüdischen Aufklärer verdankten viel ihrer Elterngeneration, die angefangen hatte, sich für moderne Sprache, Philosophie und Wissenschaft zu interessieren. Der interventionistische Staat Preußen hatte mit seinen Zwangsmassnahmen (unwillentlich) die Autorität des traditionellen Rabbinats untergraben und Raum für eine intellektuelle Gegenelite geschaffen. Noch wichtiger war das assimilierte Milieu der großen Berliner Familien. Unter der Schirmherrschaft der kaufmännischen Elite erhielten die *maskilim* (Verfechter der Haskala), von denen viele verarmte Wandergelehrte waren, Arbeit als Hauslehrer und somit Gelegenheit, ihre neuen Theorien an den jungen Schützlingen zu erproben. Mendelssohn hätte ohne die finanzielle Sicherheit, die ihm seine Beziehung zu dem reichen Seidenfabrikanten Isaak Bernhard bot, niemals ein so großer Denker und Schriftsteller werden können. Er arbeitete für Bernhard

*Weltanschauung der kleinen Juden!*

zunächst als Hauslehrer, später als Buchhalter und zuletzt als Geschäftspartner. Die Häuser der reichen Bankiers – insbesondere Daniel Itzigs – waren Treffpunkte und Quellen für die junge Generation von Gelehrten. Hier erhielt auch Mendelssohn kurz nach seiner Ankunft in der Stadt die erste Lektion in Philosophie.

Die Haskala war auch Teil eines denkwürdigen Moments in der Geschichte der Beziehung zwischen Juden und Deutschen. Mitte der fünfziger Jahre schrieb Mendelssohn in einem Brief an Lessing von der sich vertiefenden Freundschaft zu dem Berliner Verleger Friedrich Nicolai:

»Ich besuche Hrn. Nikolai [sic] sehr oft in seinem Garten. (Ich liebe ihn wirklich, theurester Freund! und ich glaube, dass unsere Freundschaft noch dabey gewinnen muss, weil ich in ihm ihren wahren Freund liebe.) Wir lesen Gedichte, Herr Nicolai liest mir seine eigenen Ausarbeitungen vor, ich sitze auf meinem kritischen Richterstuhl, bewundre, lache, billige, tadle, bis der Abend herein bricht.«<sup>38</sup>

Mendelssohns Treffen mit Nicolai waren völlig spontan und hatten doch einen tiefen Symbolgehalt. Hier trafen sich ein Jude und ein Christ in einem Garten, auf gleicher Stufe, und genossen die Gesellschaft des anderen und vergaßen ganz die Zeit – seit wann war ein solches Treffen überhaupt denkbar? Ende der fünfziger Jahre besuchte Mendelssohn regelmäßig das »Gelehrte Kaffeehaus«, eine Gesellschaft, die sich der Verbreitung aufklärerischen Gedankenguts verschrieben hatte und deren insgesamt rund 100 Mitglieder Aufsätze zu zeitkritischen Themen präsentierten und diskutierten.

Diese zwischenzeitliche Sphäre eines aufgeklärten, konfessionsübergreifenden gesellschaftlichen Umgangs weitete sich in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts kontinuierlich aus. Ihren Höhepunkt erreichte sie in den literarischen Salons, die Ende der achtziger und neunziger Jahre von der Berliner kulturellen Elite aufgesucht wurden. Es handelte sich um unregelmäßige Zusammenkünfte, auf denen sich Personen jeden Standes und jeder Konfession zum Gespräch und zum Meinungsaustausch trafen. Männer und Frauen, Juden und Christen, Adlige und Gemeine, Professoren, Dichter, Wissenschaftler und Kaufleute kamen in privaten Häusern zusammen, um über Kunst, Politik, Literatur und Wissenschaft zu diskutieren, aber auch um Freundschaften und Liebesaffären zu pflegen. Jüdische Frauen waren maßgeblich an der Schaffung dieses neuen Milieus beteiligt, weil sie, als Angehörige einer gesellschaftlichen Randgruppe, in gewisser Weise zu allen Gesellschafts-

*Süden als  
Grenze*

*Bes. - Reh  
Löhr -  
Süde  
veränderte  
Sic*

*Wt Salons  
Persone  
Sedes  
Stadt  
Lebens*

*Zid. Frauen Gastgeberinnen der en gesetzten Glaubensabsturz*

schichten den gleichen Abstand hatten. Ihre Häuser boten den idealen Raum für die Aufhebung der üblichen gesellschaftlichen Schranken. Frauen aus den reicherer jüdischen Familien verfügten zudem über die beträchtlichen Mittel, um die hungrigen und durstigen Berliner Intellektuellen zu verköstigen – ein paar *salonnieres* gerieten wegen ihrer offenen Gastfreundschaft an den Rand des Ruins.

*Herz Levin*  
*Gäste von Henriette von Kleist*  
*Levin*  
*Aufnahmen*  
*Dr.*

Die beiden berühmtesten Gastgeberinnen Berlins waren Henriette Herz, die Tochter des ersten jüdischen Arztes, der sich in Berlin niedergelassen hatte, und Rahel Levin (Varnhagen), deren Vater ein reicher Juwelenhändler war. Beide Frauen stammten aus der assimilierten Berliner Elite – sie scheutn sich nicht, sich ohne Kopfbedeckung in aller Öffentlichkeit zu zeigen. Rahel war berüchtigt dafür, dass sie am Samstagmorgen mit Ausflügen im offenen Wagen die Sabbatruhe brach. Henriettes Salon, der in den 1790er Jahren seinen Höhepunkt erreichte, war eine Zeit lang der Mittelpunkt des kulturellen Lebens in Berlin. Zu den Gästen zählten der berühmte Theologe Friedrich Schleiermacher, Alexander und Wilhelm von Humboldt und der Dramatiker Heinrich von Kleist. Rahel Levin war anfangs regelmäßig Gast von Henriettes Salon, gründete später jedoch ihren eigenen literarischen Kreis. Levins Salon führte literarische und akademische Größen mit Mitgliedern der alten preußischen Eliten zusammen. Rahel pflegte unzählige Freundschaften zu Adeligen, die sie während ihrer Aufenthalte in böhmischen Kurorten kennen gelernt hatte. Angehörige alter Junkerfamilien wie den Schlabendorffs oder Finckensteins und sogar Angehörige der Königsfamilie saßen mit Wissenschaftlern, Schriftstellern, Kritikern und literarischen Hoffnungsträgern an einem Tisch. Friedrich Schlegel, Jean Paul und Johann Gottlieb Fichte zählten zu den intellektuellen Bühntheiten, die Rahel Levin ihre Aufwartung machten. Von Stammgästen wurde erwartet, dass sie sich gegenseitig mit dem familiären Du anredeten, unabhängig vom gesellschaftlichen Status.<sup>39</sup>

Unter welchen Bedingungen fand diese fruchtbare Annäherung statt? Selbst unter den gebildetsten christlichen Zeitgenossen hielt sich immer noch hartnäckig das Vorurteil, dass eine Akkulturation der Juden letzten Endes zu einer Konversion führen müsse. Der Zürcher Theologe Johann Caspar Lavater, der mit der aufgeklärten Elite verkehrte und 1763/64 häufig Mendelssohns Haus aufgesucht hatte, überraschte seinen ehemaligen Gastgeber 1769 mit einem offenen Brief, in dem er forderte, dass Mendelssohn entweder zum christlichen Glauben konvertieren

*Toleranz  
Werbung  
Jan*

oder das Festhalten am jüdischen Glauben rechtfertigen müsse. Lavaters impertinente Herausforderung und Mendelssohns höfliche Ablehnung waren eine literarische Sensation. Diese Episode gemahnte an die Grenzen der Toleranz, selbst in der gelehrten Republik.

Der aufgeklärte, preußische Staatsdiener Christian Wilhelm von Dohm ist ein weiteres Musterbeispiel. Dohm war ein enger Freund Mendelssohns und häufiger Guest im Hause von Marcus Herz (dem Mann Henriettes). Er zählte ferner zu den ersten bedeutenden Fürsprechern für eine gesetzliche Gleichstellung der Juden. Im Jahr 1781 veröffentlichte er einen bahnbrechenden Aufsatz mit dem Titel *Über die bürgerliche Verbesserung der Juden*, in dem er christliche Vorurteile scharf attackierte und für die Abschaffung der traditionellen, gesetzlichen Benachteiligungen plädierte. Die Juden, schrieb er, hätten »von der Natur gleiche Fähigkeit erhalten, glücklichere, bessere Menschen, nützlichere Glieder der Gesellschaft zu werden«; lediglich »die unseres Zeitalters so unwürdige Drückung« habe sie »verderbt« Folglich sei es der »Menschlichkeit und Gerechtigkeit, so wie der aufgeklärten Politik gemäß, diese Drückung zu verbannen und den Zustand der Juden zu ihrem eigenen und des Staates Wohl zu verbessern«<sup>40</sup>. Doch selbst Dohm ging davon aus, dass der Prozess der Emancipation zu einer weitgehenden Auslöschung der jüdischen Identität führen müsse oder gar zur Konversion. Sobald der Druck der gesetzlichen Diskriminierung aufgehoben sei, so Dohm, werde man die Juden von den »sophistischen Folgerungen [ihrer] Rabbiner« abwerben und ihre »ungeselligen Religionssinnungen verschuchen« können. Stattdessen werde man sie mit Patriotismus und Liebe zum Staat erfüllen.<sup>41</sup>

Aber was ist, wenn die Juden ihren Part dieses einseitigen Handels nicht erfüllten? Wenn sie trotz einer äußerlichen Akkulturation in gewisser Hinsicht jüdisch und andersartig blieben? Die Skepsis in diesem Punkt hielt sich hartnäckig und stand dem Projekt der gesellschaftlichen Assimilation der Juden im Wege. Im Jahr 1803 veröffentlichte der Berliner Justizcommissarius und Redakteur Karl Wilhelm Grattenauer ein beißendes Pamphlet, in dem er direkt die Juden in den Salons angriff. Der Text mit dem Titel *Wider die Juden* richtete sich in erster Linie gegen junge jüdische Frauen:

»Sie lesen viele Bücher, sprechen mehrere Sprachen, spielen manche Instrumente, zeichnen in verschiedenen Manieren, malen in allen Farben, tanzen in allen Formen und besitzen alles einzelne, besitzen aber

nicht die Kunst, alle die Einzelheiten als Ganzes zu einer schönen Weiblichkeit zu verbinden.«<sup>42</sup>

Das war ein gezielter Angriff gegen den Kern jener Kreise, die mehr als irgendjemand sonst dazu beigetragen hatten, Kanäle der Kommunikation zwischen den jüdischen und christlichen Eliten zu öffnen. *Wider die Juden* wurde in Berlin und in ganz Preußen viel gelesen und diskutiert. Der konservative Publizist Friedrich Gentz erinnerte sich, dass er es trotz anfänglicher Bedenken »mit außerordentlichem Wohlgefallen« gelesen habe.<sup>43</sup>

*Vorlesung*  
*Mitteilung*  
*ausgeschlossen*

Zu den bösartigsten Früchten dieser neuerlichen Kritik an der jüdischen Akkulturation zählte die satirische Farce *Unser Verkehr des Breslauer Arztes Karl Borromäus Sessa*. Das 1813 geschriebene Stück erregte in Breslau wenig Interesse, war jedoch in Berlin sofort ein Erfolg, wo am 2. September 1815 im Königlichen Opernhaus die Premiere stattfand. Das Publikum wurde eingeladen, herzlich über eine groteske Galerie jüdischer Klischees zu lachen. Abraham, der Repräsentant der älteren Generation der Juden aus dem *Shtetl*, ist ein Gebrauchtwarenhändler, der ein ins Lächerliche gezogenes Jiddisch spricht. Doch sein Sohn Jakob strebt nach Höherem: Er will tanzen, Französisch sprechen, bringt sich selbst Ästhetik bei und schreibt Theaterkritiken. Allerdings fällt es ihm schwer, den jiddischen Akzent abzulegen (»Ich will werfen den Jueden in mir bei Seit, ich bin doch aufgeklärt – ich hab doch gor nischt Juedisches an mer!«). Am stärksten assimiliert ist die Figur der affektierten und redegewandten Lydia – eine unmissverständliche Karikatur der scharfzüngigen Salondamen der Ära Herz-Levin –, die es trotz all ihrer Bemühungen nicht schafft, ihr jüdisches Wesen zu verbergen.<sup>44</sup> Sessas Parodie war ein direkter Angriff auf die Vorstellung, dass eine Akkulturation ausreichen werde oder könne, um die soziale und politische Kluft zwischen Juden und ihren christlichen Landsleuten zu schließen.

Unterdessen hatten die Haskala und der verstärkte Kontakt zu dem christlichen Umfeld allmählich tief greifende Veränderungen innerhalb des preußischen Judentums bewirkt. Man kann einen eindeutigen Bruch zwischen der ersten Generation der Aufklärer, personifiziert von Mendelssohn, die sich gewandt auf Hebräisch auszudrücken wussten und tief in der jüdischen Tradition verwurzelt blieben, und den späteren, radikaleren Reformern der revolutionären Ära ausmachen, die auf Deutsch schrieben und letztlich danach trachteten, den Kokon der Einhaltung der Zeremonialgesetze ganz zu sprengen. Die Reise weg von der

*Praxis 1.2 Opernhaus jüdische Aufklärer*

jüdischen Tradition führte zu verschiedenen Zielen: Manche versuchten, das Judentum auf der Grundlage einer Naturreligion neu zu erschaffen; andere – wie Mendelssohns schwärmerischer Schüler David Friedländer – hofften, einen rational begründeten jüdischen Glauben mit einem Christentum zu verschmelzen, das von dem Element der Dreieinigkeit gesäubert war; und für eine große Zahl, darunter viele gut situierte jüdische Frauen aus den Salons und vier der sechs Kinder Moses Mendelssohns, endete ihr Weg mit der radikalsten Assimilation überhaupt: mit dem Übertritt zum Christentum.<sup>45</sup>

*übertritt schwärmerisch*  
*Säuberung*  
*weltliche Bildung*

Die Berliner Haskala hatte nicht die Auflösung des traditionellen Judentums zur Folge – das pragmatische, flexible Gemeinschaftswesen der Aschkenasim im Westen erwies sich als viel zu widerstandsfähig –, doch sie bewirkte eine dauerhafte Veränderung. Vor allem ermöglichte sie das Aufkommen einer säkularen jüdischen Intelligenz, die neben der alten Elite der Rabbiner und Talmudgelehrten aufblühen konnte. Damit wurde die Grundlage für eine kritische jüdische öffentliche Sphäre geschaffen, die imstande war, sich unvoreingenommen mit der eigenen Tradition auseinanderzusetzen. Religion wurde zu einer privaten Angelegenheit, blieb auf die Synagoge beschränkt, zugleich wurde der Alltag – wenn auch nur schrittweise – von den religiösen Zeremonien befreit. Anfangs waren von diesem Phänomen nur die städtischen Eliten und ihre gesellschaftlichen Satelliten betroffen, doch nach und nach durchdrangen die von der Haskala ausgelösten Schockwellen das Gerüst des traditionellen Judentums, erweiterten den intellektuellen Horizont des Rabbinats und ermunterten die Gläubigen, eine weltliche Bildung (in erster Linie Medizin) an deutschen Universitäten anzustreben. Sie fügte sich in die Reformbewegung ein, welche im 19. Jahrhundert die Liturgie in den Synagogen und die religiösen Vorschriften modernisierte. Aber sie initiierte auch einen weitreichenden Wandel innerhalb der Welt des traditionellen rabbinischen Judentums. Der Haskala war es zum großen Teil zu verdanken, dass die Strömungen im Judentum des 19. Jahrhunderts – seien es Reformer, Konservative oder Orthodoxe – die geistlichen und intellektuellen Ziele neuer Generationen erfassten und zugleich nährten. Diese anspruchsvolle Aufgabe hatten Mendelssohn und seine Nachfolger ihren jüdischen Landsleuten hinterlassen.

## Gegenaufklärung?

»Mit einem Worte, alles ist ins Kleine zusammengeschrumpft«, schrieb Honoré Graf Mirabeau anlässlich des Todes Friedrichs des Großen im Jahre 1786, »wie alles sich ins Große entfaltet hatte.«<sup>46</sup>

Gewiss traten beim Wechsel von Friedrich II. zu seinem Nachfolger und Neffen<sup>47</sup> Friedrich Wilhelm II. die üblichen Gegensätze innerhalb der Hohenzollern zu Tage. Der Onkel war ein Menschenfeind, lebte zurückgezogen und zeigte nicht das geringste Interesse an Frauen. Der Neffe war freundlich, gesellig und geradezu sorglos im Umgang mit dem anderen Geschlecht. Seine erste Ehe mit Elisabeth von Braunschweig-Wolfenbüttel (eine Tochter) wurde nach beiderseitigen Seitensprüngen aufgelöst; aus der zweiten Ehe mit Friederike Luise von Hessen-Darmstadt gingen sieben Kinder hervor (das zweite Kind, Wilhelmine, starb allerdings bereits im ersten Lebensjahr); weitere sieben Nachfahren stammten aus der lebenslangen Beziehung zu der Mätresse Wilhelmine Enke (1794 als Gräfin von Lichtenau in den Adelsstand erhoben) und aus zwei Ehen »zur linken Hand«.

Der Onkel war den Werten der späten Aufklärung treu geblieben und hatte einen rigorosen, skeptischen Rationalismus verfochten, der in den 1780er Jahren altmodisch erschien. Der Neffe war ein Mann seiner Zeit, der sich für Spiritismus, Hellseherei, Astrologie und dergleichen interessierte, die seinen Vorgänger abgestoßen hätten.

Der Onkel hatte seine persönliche Verbundenheit mit den Idealen der Aufklärung zum Ausdruck gebracht, indem er sich schon als Kronprinz den Freimaurern angeschlossen hatte. Der Neffe trat im Gegensatz dazu den Rosenkreuzern bei, einem esoterischen und geheimen Ableger des Freimaurerwesens, der sich mit mystischen und okkulten Praktiken befasste.

Friedrich dem Großen war es mit einer strengen Haushaltsdisziplin in allen Regierungsgeschäften gelungen, einen Staatsschatz in Höhe von 51 Millionen Talern zu hinterlassen; diese gewaltige Summe wurde von seinem Nachfolger innerhalb von nur elf Jahren verschleudert.<sup>48</sup>

Und schließlich bestanden eklatante Unterschiede im Führungsstil. Während der Onkel fortwährend die Zentralregierung kontrolliert und überwacht, ja, seinen Willen Sekretären ebenso wie Ministern aufgezwungen hatte, war der Neffe ein impulsiver, labiler Charakter, der leicht von seinen Ratgebern gelenkt werden konnte.

In gewisser Weise war Preußen damit zur Norm in europäischen Dynastien zurückgekehrt. Friedrich Wilhelm war nicht außergewöhnlich dumm, und er war gewiss ein Mensch mit tiefen und weitreichenden kulturellen Interessen – seine Bedeutung als Mäzen der Künste und Architektur steht außer Zweifel.<sup>49</sup> Aber er war außerstande, dem preußischen Regierungssystem ein starkes Befehlszentrum zu verleihen. Als Folge dieser Schwächung des königlichen Einflusses auf die Politik erlebte das »Vorzimmer der Macht« eine Art Wiedergeburt – jener Raum, in dem Berater, Minister und so genannte Freunde des Königs um den Einfluss auf den Monarchen rangen.

Einer der einflussreichsten Ratgeber in der Innenpolitik war Johann Christoph Wöllner, ein intelligenter und ehrgeiziger Bürgerlicher von einfacher Herkunft, der sich zum Pastor und später, über eine außerdentlich vorteilhafte Heirat mit der einzigen Tochter seines verstorbenen Dienstherrn, zum Herrn über ein Gut hochgearbeitet hatte. Er hatte eine höhere Stellung im inneren Kreis der Rosenkreuzer in Berlin inne und lernte Friedrich Wilhelm noch als Kronprinz kennen. Friedrich der Große war über diese Beziehung wenig erbaut, für ihn war der Emporkömmling ein »Heuchler« und »Intrigant«. Doch nach der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms II. 1786 war Wöllners großer Tag gekommen. Der neue Herrscher ernannte ihn zum Geheimen Finanz-, Kriegs- und Domänenrat sowie zum Oberhofbau-Intendanten. Aber seine große Stunde schlug 1788, als ihm anstelle von Freiherr von Zedlitz, einem der angesehensten und fortschrittlichsten Mitglieder der friderizianischen Verwaltung, das gesamte geistliche Departement für die Kirchen- und Schulsachen übertragen wurde. Auf diesem Posten verfolgte Wöllner rigoros eine autoritäre Kulturpolitik, deren Ziel es war, die angeblich zersetzenden Auswirkungen des Skeptizismus auf Schule, Kirche und Universität einzudämmen. Kern dieser Kampagne um eine Restabilisierung der ideologischen Substanz des öffentlichen Lebens im Königreich war das berüchtigte Religionssedikt vom 9. Juli 1788 – ein Gesetz, das die zersetzende Auswirkung der rationalistischen Spekulation auf die Integrität der christlichen Lehre stoppen und umkehren sollte.

Es war kein Zufall, dass Wöllners scharfe Kritik sich ausdrücklich gegen Spekulationen auf dem Gebiet der Religion richtete. Gerade in dieser Sphäre (und vor allem in der protestantischen Religion) hatte die Debatte um die Auswirkungen des philosophischen Rationalismus nämlich erheblich dazu beigetragen, herkömmliche Überzeugungen

zu erschüttern. Der Einfluss der Aufklärung auf den preußischen Klerus war insbesondere noch durch die Praxis Friedrichs II. verstärkt worden, bevorzugt rationalistische Kandidaten in Kirchenämter zu berufen. Die Präambel des Edikts stellte ganz unverblümt fest, dass die »Aufklärung« – das Wort steht fett gedruckt in einer Zeile für sich – zu weit gegangen sei. Die Integrität und der Zusammenhalt der christlichen Kirche seien in Gefahr. Der Glaube werde auf dem Altar der Modeerscheinung geopfert.

Das Edikt führte neue Zensurmechanismen ein, die eine einheitliche Glaubenslehre in allen Texten gewährleisten sollten, die an Schulen und Universitäten verwendet wurden. Die disziplinarischen Vollmachten der lutherischen und calvinistischen Konsistorien – die obersten Verwaltungsorgane der Kirchenbehörden – wurden gestärkt. Kontrollverfahren wurden eingeführt, um zu gewährleisten, dass sich Kandidaten, die in Kirchenämter berufen wurden, auch wirklich zu den Glaubensartikeln ihrer jeweiligen Konfession bekannten. Weitere Maßnahmen folgten: Im Dezember 1788 wurde ein Zensuredikt veröffentlicht, um den Strom an Pamphleten und Artikeln einzudämmen, welche die neuen Maßnahmen kritisierten. Eine Immediat-Examinationskommission wurde gegründet, um Rationalisten aus der Kirche und den Lehranstalten zu vertreiben. Zu den Geistlichen, die einer Prüfung unterzogen wurden, zählte auch der Priester Johannes Heinrich Schulz von Gelsdorf. Er war beeindruckt dafür, dass er predigte, Jesus sei ein Mensch wie jeder andere gewesen, er sei nie auferstanden, die Lehre von der allgemeinen Auferweckung sei Unfug und es gebe überhaupt keine Hölle.<sup>50</sup> Ein anderer Gelehrter, der die Aufmerksamkeit der Behörden auf sich zog, war Immanuel Kant persönlich: Im Herbst 1794 wurde ihm ein strenger Verweis erteilt. In der betreffenden königlichen Order hieß es etwa, seine unter dem Titel *Die Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft* erschienene Schrift missbrauche die Philosophie zur Entstellung und Herabwürdigung des Christentums.<sup>51</sup>

Wöllners Edikt ist häufig als ein reaktionärer Schlag gegen die preußische Aufklärung gewertet worden.<sup>52</sup> Seine zeitgenössischen Kritiker haben es zweifellos als solchen angesehen. Doch in vieler Hinsicht war Wöllners Religionspolitik tief in der Tradition der preußischen Aufklärung verwurzelt. Wöllner war selbst Freimaurer gewesen, bevor er sich den Rosenkreuzern angeschlossen hatte (die ihrerseits ein Ableger der Freimaurerbewegung waren). Er hatte an der rationalistischen Univer-

sität Halle studiert und war Autor mehrerer aufgeklärter Traktate, die nachdrücklich eine Verbesserung der Landwirtschaft, eine Landreform und die Abschaffung der Leibeigenschaft forderten.<sup>53</sup> Das Hauptziel des Edikts war keineswegs – wie die polemischsten zeitgenössischen Kritiker behaupteten – die Einführung einer neuen religiösen »Orthodoxie«, sondern die Konsolidierung der bestehenden konfessionellen Strukturen und damit die Erhaltung des pluralistischen Kompromisses, der 1648 im Westfälischen Frieden gefunden worden war. So gesehen stand das Edikt im Einklang mit Preußens Tradition des friedlichen Nebeneinanders mehrerer Konfessionen. Zum Beispiel untersagte es nicht nur die öffentliche Verbreitung heterodoxer, rationalistischer Ansichten, sondern auch die Bekehrungsversuche durch die katholische Kirche unter Mitgliedern der beiden protestantischen Konfessionen. Es dehnte sogar (in Artikel 2) den landesherrlichen Schutz auf die verschiedenen »in Unsern Staaten bisher öffentlich geduldeten Secten« aus, namentlich die Juden, Herrenhuter, Mennoniten und die Böhmischa Brüdergemeinde.<sup>54</sup>

Das Edikt war auch wegen seiner im Wesentlichen zweckdienlichen Sichtweise der Religion bemerkenswert. Ihm lag die – typisch aufklärerische – Überzeugung zugrunde, dass der Religion eine wichtige Rolle bei der Festigung der öffentlichen Ordnung zukomme. Es ging weniger darum, theologische Überlegungen generell zu unterdrücken, als um die Tatsache, dass die »arme Volksmenge« von dem gewohnten Glauben an die biblische, geistliche und – in der Konsequenz – königliche Autorität abgebracht wurde.<sup>55</sup> Es erschien umso dringlicher, stabilisierende Maßnahmen zu ergreifen, als durch die Annektierung großer polnischer Landstriche (siehe zehntes Kapitel) die Zahl der katholischen Untertanen in Preußen drastisch angestiegen und damit das konfessionelle Gleichgewicht im Königreich bedroht war. Auch deshalb unterstützten viele prominente aufgeklärte Theologen bereitwillig das Edikt als politische Maßnahme zur Wahrung des Religionsfriedens.<sup>56</sup>

Folglich hat es wenig Sinn, die Kontroverse, die über das Edikt ausbrach, als einen Konflikt zwischen »Aufklärung« und »politischer Reaktion« zu betrachten, wobei letztere am liebsten die Zeit zurückgedreht hätte. Die Auseinandersetzung verlief eigentlich zwischen unterschiedlichen Strömungen der Aufklärung. Auf der einen Seite standen die aufgeklärten Verteidiger des Edikts, die darin eine rationale Ausübung der Staatsgewalt im Interesse der Religionsfreiheit und der Freiheit des Ein-

zernen sahen, der »in ungestörter Ruhe und Sicherheit« die »einmal angenommene Confession und den Glauben« ausüben sollte.<sup>57</sup> Auf der anderen Seite argumentierten die radikalen Kritiker, das Edikt würde das individuelle Gewissen unterdrücken; der kantsche Jurist Gottfried Hufeland etwa plädierte sogar dafür, dass öffentliche Einrichtungen die rationalen Überzeugungen der Individuen repräsentieren müssten, aus denen sie sich zusammensetzen, selbst wenn dies bedeute, dass es ebenso viele Kirchen wie persönliche Überzeugungen geben müsse.<sup>58</sup> Von einem Blickwinkel aus waren die ererbten konfessionellen Identitäten Parzellen der Religionsfreiheit, die vor dem anarchischen Individualismus der radikalen Kritiker geschützt werden mussten; andere sahen darin ein drückendes Vermächtnis der Vergangenheit, dessen Weiterbestand eine Bürde für das individuelle Gewissen war. In Wahrheit ging es bei der ganzen Diskussion um den Ort rationaler Handlungsweisen. Eignete der Staat sich besser dafür, eine rationale, öffentliche Ordnung zu wahren, die sich auf die Prinzipien des Naturrechts stützte, oder sollte man dies den zunehmend dynamischen, politischen Kräften innerhalb einer aufkommenden Zivilgesellschaft überlassen?

*Quintus*

Der öffentliche Aufruhr, den das Edikt und die Begleitmaßnahmen auslösten, brachte zutage, wie stark die preußische Öffentlichkeit durch den aufgeklärten kritischen Diskurs bereits politisiert worden war. Die veröffentlichten Kommentare waren von einer bislang ungekannten Schärfe, was einen alarmierten König im September 1788 zu der Bemerkung veranlasste, aus der »Presse-Freyheit« sei mittlerweile eine »Presse-Frechheit« geworden.<sup>59</sup> Darüber hinaus kam es zu Spannungen zwischen den behelfsmäßigen Organen, die Wöllner gegründet hatte, um über die Zensur die Einhaltung des Edikts zu überwachen, und den bestehenden Gremien der kirchlichen Selbstverwaltung, die häufig von liberalen Theologen dominiert wurden. Die Disziplinarverfahren gegen den eklatant heterodoxen Priester Schulz brachen zusammen, als die obersten Justiz- und Kirchenbeamten, die in seinem Fall ermitteln sollten, zu der Schlussfolgerung gelangten, dass man es ihm, da er Christ sei (wenn auch nicht Lutheraner), gestatten müsse, im Amt zu bleiben.<sup>60</sup> Wie dieser und viele andere Fälle zeigen, existierte mittlerweile ein Netz aus Beamten an der Spitze der Verwaltung, die die Schule der Berliner Aufklärung durchlaufen hatten und bereit waren, ihre Auffassung von einer aufgeklärten politischen Ordnung gegen die autoritären Verordnungen Wöllners und Friedrich Wilhelms II. zu verteidigen.<sup>61</sup>

Bei einem so massiven Widerstand konnte es nicht ausbleiben, dass Wöllners Bemühungen, die Diskussion zu stoppen und die Verwaltungsstrukturen von rationalistischen Kritikern zu säubern, allenfalls begrenzten Erfolg hatten. Im Frühjahr 1794 reisten die beiden Mitglieder der Immediat-Examinationskommission, Hermann Daniel Hermes und Gottlob Friedrich Hillmer, nach Halle, um die Universität und Hochschule der Stadt zu inspizieren. Die Universität Halle, einst das Zentrum des Pietismus, war inzwischen eine Hochburg der radikalen Theologie, deren Leitungsgremium offiziell gegen die aktuellen Zensurmaßnahmen protestiert hatte. Als Hermes und Hillmer am Abend des 29. Mai in der Stadt ankamen und sich im »Hotel zum Goldenen Löwen« einquartierten, wurden sie von einer Menge maskierter Studenten belagert, die bis in die frühen Morgenstunden vor ihren Fenstern rationalistische Lösungen skandierten. Am folgenden Abend versammelte sich eine noch größere und lautere Menge Studenten und hörte zu, wie einer aus ihren Reihen eine Rede hielt, nach Angaben eines Augenzeugen gespickt mit blasphemischen und unreliгиösen Ausdrücken. Danach bewarf die Menge die Fenster der Prüfer mit Ziegeln und Pflastersteinen.

Hinzu kam, dass die Gremien der Universität sich weigerten, Wöllners politische Linie innerhalb der Fakultäten durchzusetzen – teils, weil sie den Geist des Edikts ablehnten, teils, weil sie die Durchsetzung solcher Maßnahmen von oben als unvereinbar mit der akademischen Freiheit und der Autonomie ihrer Einrichtung ansahen. »Was ist denn unsere Macht?«, rief Hermes während einer Sitzung mit hohen Universitätsvertretern aus. »Noch nicht einen neologischen Prediger haben wir absetzen können. Man ist uns überall zugegen.«<sup>62</sup>

Im Jahr 1795, nach dem vergeblichen Versuch, die neuen Maßnahmen in der wichtigsten Universität Preußens durchzusetzen, zeichnete sich bereits ab, dass das autoritäre Projekt Wöllners weitgehend verpufft war. Gewiss wurde die Zensur allgemein verschärft, vor allem, als mit dem Ausbruch der Französischen Revolution das Ausmaß der Gefahr deutlich wurde, die der herkömmlichen Autorität durch politischen Radikalismus drohte. Ein prominenter Augenzeuge dieser Entwicklungen war der Verleger und Patriot Friedrich Nicolai, der 1792 seine eigene Zeitschrift, die *Allgemeine Deutsche Bibliothek*, nach Altona verlegte (damals eine Nachbarstadt Hamburgs unter dänischer Herrschaft), um der Wachsamkeit der preußischen Zensoren zu entgehen. In einem Brief an Friedrich Wilhelm II. aus dem Jahr 1794 protestierte Nicolai gegen die

*Weiter  
hatte ke  
begrenzt  
erfolg.*

*der, das  
dank  
dank*

*gut  
gleich  
Se  
teil*

*Dokument der Zeit*

aktuellen Maßnahmen und stellte fest, dass die Zahl der unabhängigen Druckerpressen in Berlin als Folge der Politik des Regimes seit 1788 von 181 auf 61 gefallen sei. Geschickt wies er darauf hin, dass die königlichen Steuereinnahmen darunter gelitten hätten.<sup>63</sup> Ob diese Schrumpfung allerdings ausschließlich eine Folge der Zensur war (und nicht etwa der Kräfte des Marktes), ist mehr als zweifelhaft. Allerdings hatte der Unwillen innerhalb der preußischen Intelligenz über die Zensur ganz eindeutig zugenommen. Teils war dies eine Reaktion auf reale Einschränkungen, teils äußerten sich darin aber auch die gesteigerten Erwartungen, die im intellektuellen und politischen Nährboden der 1780er Jahre herangereift waren. »Redefreiheit« wurde Mitte der 1790er Jahre in Preußen bereits viel radikaler definiert als ein Jahrzehnt zuvor; und das warme Licht, in dem das Charisma »Friedrichs des Einzigsten« die Räder des Staatsapparats hatte erscheinen lassen, verblasste nach 1786 zunehmend.

Ungeachtet dieser Verschlechterung der öffentlichen Stimmung darf der repressive Charakter der postfriderizianischen Regierung keineswegs überschätzt werden. Eine aktuelle Untersuchung der Berliner Presse zur Zeit der Französischen Revolution hat ergeben, dass die Untertanen Preußens Zugang zu außerordentlich detaillierten und zuverlässigen Zeitungsartikeln über die zeitgenössischen Ereignisse in Frankreich hatten, nicht nur während der liberalen Revolution von 1789 bis 1792, sondern auch während des Terrors der Jakobiner und danach. Unter den Berichten in der Berliner Presse fanden sich kluge politische Kommentare, die der Sache der Revolutionäre keineswegs ausnahmslos feindselig gegenüberstanden. Die *Haudeutsche und Spenersche Zeitung* zeichnete sich vor allem durch die Sympathie aus, mit der sie die Standpunkte und politischen Maßnahmen der verschiedenen Parteien (auch die Robespierres und der Jakobiner) darlegte und erklärte. Zu keinem Zeitpunkt versuchte die preußische Regierung ernsthaft, die Verbreitung von Informationen über die Ereignisse in Frankreich zu verhindern (selbst nicht während des Prozesses und der Hinrichtung des Königs 1792/93) oder dafür zu sorgen, dass die Königsmörder und ihre Verbündeten in einem besonders negativen Licht erschienen. Die Behörden verhinderten auch nicht die Verwendung zeitgenössischer Berichterstattung zu Bildungszwecken, weder in den Gymnasien noch in Dorf- und Grundschulen. Nirgendwo in den deutschen Landen, außer vielleicht in Hamburg, gab eine Berichterstattung mit einer vergleichbaren Qualität und

*Viele offene Fragen*

Offenheit. Ungeachtet der alles durchdringenden Angst vor der Revolution und der ganzen Belästigung durch die Zensur bleibe es eine Tatssache, schreibt Axel Schumann, »daß unter preußischer Zensur zwischen 1789 und 1806 in der ›Haupt- und Residenzstadt‹ Berlin vier Journale erscheinen konnten, in denen die Französische Revolution als historische Notwendigkeit und Sieg der Vernunft über aristokratische Anmaßung und königliche Misswirtschaft gefeiert wurde«<sup>64</sup>.

### *Staat mit zwei Gesichtern*

Im Sommer 1796 zogen die Berliner in Scharen zu der neuesten theatralischen Sensation, die der berühmte schwäbische Illusionist Johann Karl Enslen inszenierte. Die Vorstellung begann mit einem Trio wunderbar gestalteter Automaten: ein Spanier mit einer Flöte, eine Frau, die Glasorgel spielte, und ein Trompeter, der auch sprechen konnte. Darauf folgte eine »Luftjagd« mit »aerostatischen« Tierfiguren, die mit Gas gefüllt waren, und ein Turnandroid, dessen Bewegungen so lebensecht wirkten, dass man ihn für einen Menschen hätte halten können, wenn das Halsgelenk nicht leise gequiekt hätte. Gegen Ende der Vorstellung ging das Licht aus und ein lauter Donnerschlag kündigte eine Reihe geisterhafter Erscheinungen an, die in einer spektakulären Illusion kulminierten: »Dann zeigte sich in der Ferne ein heller Stern; der Stern erweitert sich, und aus ihm entwickelt sich das sehr ähnliche Bild Friedrichs des Zweyten, in seiner gewöhnlichen Kleidung und Haltung [...]. Der Eindruck, den diese Erscheinung in dem Parterre und in den Logen machte, war auffallend. Das Klatschen und Jauchzen war unaufhörlich. Da Friedrich sich bei seinem Sterne zurück zu ziehen anfing, riefen viele: o bleibe bey uns! Er gieng in seinen Stern zurück, aber auf das laute Ancorarufen musste er noch zweimal zurückkommen.«<sup>65</sup>

Dies war ein Theater der modernen Art, in dem die Wirkung von Illusionen (eine ganz neue Attraktion) durch Dunkelheit noch gesteigert wurde. Eintrittskarten gab es zu unterschiedlichen Preisen für jeden Geldbeutel. Männer und Frauen, einfache Beamte, Handwerker und Bürobedienstete tummelten sich im Publikum, aber es kamen auch Menschen von adeligem Stand, sogar Angehörige der Königsfamilie – wenn auch nur als zahlende Gäste. Und da erschien die Gestalt des aufgerweckten Königs, der einzig zu dem Zweck wiederbelebt wurde, eine

Menge zu befriedigen, die sich nach Unterhaltung sehnte und bereit war, dafür zu bezahlen. Empfanden die Königlichen, die sich die bemerkenswerte Projektion ansahen, womöglich ein leichtes Unbehagen bei dem Auftritt des toten Königs, der von seinem Volk bejubelt wurde, aber zugleich auch nach dessen Pfeife tanzte? Man kann sich kaum eine Szene vorstellen, die besser die Ambivalenz und Modernität von Nostalgie ver-sinnbildlicht.

Im Jahr 1800 war Berlin – in puncto Geistes- und Gesellschaftsleben – die vitalste Stadt des deutschsprachigen Europa. Die Einwohnerzahl näherte sich der 200.000-Marke. Es bestand ein dichtes Netz aus Vereinen und Gesellschaften, von denen 38 namentlich bekannt sind, sowie 16 Freimaurerlogen.<sup>66</sup> Über die Kreise der bekannteren Organisationen hinaus existierte eine Unzahl weiterer, inzwischen vergessener Vereine für die unteren Gesellschaftsschichten. Das Berliner Vereinsleben war nicht nur reichhaltig, es war auch außerordentlich vielschichtig und vielfältig. Der Montagsclub, die Mittwochsgesellschaft und der Donnerstagskreis waren kleine und exklusive Zusammenkünfte, die den Bedürfnissen der Intellektuellen und der aufgeklärten Mitglieder des Großbürgertums entsprachen. Die Stadt hatte auch eine breite Palette an Gesellschaften zu bieten, die sich auf spezielle Interessengebiete konzentrierten: die Gesellschaft naturforschender Freunde zu Berlin beispielsweise oder die Pädagogische Gesellschaft, die sich am ersten Montag in jedem Monat in einer Ratskammer in Werder traf, oder die Gesellschaft zur ökonomischen Befeuierung, die über Möglichkeiten sprach, den Holzverbrauch zu senken. Holz war damals eine seltene und teure Ware. Die Philomatische Gesellschaft mit 35 Mitgliedern sprach Menschen mit wissenschaftlichen Interessen an, darunter den jüdischen Kant-Schüler Lazarus Bendavid, den Bildhauer Johann Gottfried Schadow und den hohen Beamten Ernst Ferdinand Klein. Ferner gab es die Ärztliche Vereinigung – einen Vorläufer der späteren Berufsorganisationen – und die Pharmaceutische Gesellschaft, die ihren Mitgliedern ein Herbarium und eine kleine Bibliothek zur Verfügung stellte. Die Militärische Gesellschaft befasste sich mit der Notwendigkeit einer Militärreform und hatte rund 200 Mitglieder – sie war ein früher Kristallisierungspunkt für die Reformkräfte, deren Fürsprecher nach 1806 auf den Plan treten sollten. Wer sich über die neuesten Entwicklungen in Politik, Wissenschaft und Kultur auf dem Laufenden halten wollte, konnte aus einer

breiten Palette von Lesegesellschaften und anderen kommerziellen Lese-einrichtungen, wie Leihbibliotheken, wählen. Zeitungen und Zeitschriften lagen zudem in Kaffeehäusern aus; und viele Logen unterhielten beachtliche Bibliotheken.

Da die Zahl der Gesellschaften ständig weiter stieg, übernahmen sie immer spezifischere Funktionen. Eine beliebte neuartige Form der organisierten gesellschaftlichen Aktivität im Berlin des 18. Jahrhunderts war das Laientheater. In den siebziger und achtziger Jahren schnellte die Zahl der Theatergesellschaften in die Höhe, die ein sehr breites Publikum ansprachen. Die Gesellschaft Urania (gegründet 1792) war für Mitglieder der aufgeklärten Elite gedacht, doch der Polyhymnia (1800) gehörten Klempner, Instrumentenbauer, Schuster und Bürstenbinder an. Die Theatergesellschaften nahmen auch Frauen auf, allerdings blieb die Auswahl der Stücke, die aufgeführt wurden, in der Regel den Männern vorbehalten. Es war nur eine Frage der Zeit, bis Clubs entstanden, die private Treffpunkte für Mitglieder und ihre Gäste mit einer breiten Palette an Freizeitaktivitäten und Vergnügungen kombinierten. Die so genannten Ressourcen waren Clubs, die Räumlichkeiten anmieteten, in denen die verschiedensten Dienstleistungen angeboten wurden, von Mahlzeiten bis hin zu Billard, Leseräumen, Konzerten, Bällen und Theateraufführungen, in einem Fall sogar ein Feuerwerk. Manche dieser Clubs zählten über 200 Mitglieder, und alle zusammen spiegelten sie die gesellschaftliche Vielfalt der Hauptstadt wider.

Diese dichte und rasch wechselnde Topographie bürgerschaftlicher Organisationen lässt Rückschlüsse darauf zu, welche Kräfte gegen Ende des 18. Jahrhunderts in der preußischen Gesellschaft wirkten. Berlin war ein Zentrum königlicher und staatlicher Autorität, doch es war auch der Schauplatz autonomer gesellschaftlicher Tätigkeit: Bürger debattierten über die hohen Angelegenheiten des Staates, erwarben wissenschaftliches oder esoterisches Wissen und gingen Vergnügungen nach, die weder privat noch wirklich öffentlich waren, genossen kulturelle Veranstaltungen und amüsierten sich in einem gleichartigen Umfeld. Nichts davon war in irgendeiner Hinsicht rebellisch oder revolutionär, und doch zeigt sich darin eine erdrutschartige Verschiebung des Kräftegleichgewichts innerhalb der Gesellschaft. Christen und Juden, Männer und Frauen, Adelige, Bürger und Handwerker verkehrten in diesem geselligen städtischen Milieu miteinander. Diese Welt, entstanden aufgrund der Fertigkeiten, kommunikativen Energien und Geldmittel der

Grünes Menschen

*Große  
Zeit  
für  
Angriff*

*Neue  
Staats  
dienste  
Karl  
von  
vom  
Stein*

*Stein*

*Stein*

Stadtbevölkerung, war eher höflich als höfisch. Sie zu kontrollieren, zu zensieren oder gar zu überwachen, diesen Aufgaben waren die Berliner Polizei- und Zensurbehörden mit ihren bescheidenen Mitteln nicht gewachsen. Allein ihre Existenz stellte eine subtile Gefahr für die Strukturen und Gewohnheiten der traditionellen Autorität dar.

Auch innerhalb der Verwaltung gab es Anzeichen für einen Paradigmenwechsel. Eine neue Generation von Staatsdienfern begann die preußische Regierungspraxis neu auszurichten. Im Jahr 1780 trat ein junger Adeliger aus der Stadt Nassau an der Lahn in den preußischen Staatsdienst ein. Reichsfreiherr Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein stammte aus einer alten Adelsfamilie und war, wie so viele Deutsche seiner Generation, ein Bewunderer Friedrichs II. Als Beamter im General-Kriegs- und Domänendirektorium trug Stein die Verantwortung für die Steigerung der Produktivität des Bergbaus in den westfälischen Gebieten. Die lukrativen Minen der Grafschaft Mark standen damals unter der Kontrolle der Gewerke, ständische, gewerkschaftsähnliche Körperschaften, die den lokalen Arbeitsmarkt kontrollierten. Auf Steins Drängen hin wurde der Einfluss dieser Körperschaften eingeschränkt, um den Weg für ein neuartiges, einheitliches Entlohnungssystem und umfassende staatliche Inspektionen frei zu machen. Gleichzeitig erzielte Stein, der körperschaftliche Organisationen durchaus billigte, solange sie nicht die Effizienz behinderten, jedoch eine Einigung mit den Gewerken, indem er ihnen eine größere Autonomie zugestand, etwa die Ernennung der eigenen Vertreter durch Wahl.<sup>67</sup>

Steins origineller und scharfer Verstand wurden rasch erkannt, und bereits 1788 hatte er zwei hohe Posten innerhalb der Kammerregierung in Kleve und der Grafschaft Mark inne. Er schaffte veraltete Bestimmungen und Privilegien im Steuersystem ab; außerdem hob er die Gildenaufsicht auf dem Lande auf, um die ländliche Manufaktur anzukurbeln und den Schmuggel abzuschaffen. Die internen Zölle, die von Privatpersonen und Körperschaften eingezogen wurden, wurden abgeschafft und durch einen moderaten, staatlich verwalteten Grenzzoll ersetzt.<sup>68</sup> Als Kammerpräsident von Minden-Ravensberg nahm Stein ab 1796 erneut traditionelle Abgaben und Privilegien aufs Korn, die der Vitalität der lokalen Wirtschaft schadeten. Er versuchte (allerdings ohne Erfolg) sogar, das Problem der Leibeigenschaft in den westfälischen Gebieten in Angriff zu nehmen (insbesondere in Minden-Ravensberg, wo noch viele Bauern unfrei waren). Als Angehöriger des alten Reichs-

23. Reichsfreiherr  
Heinrich Friedrich Karl  
vom und zum Stein.



adelsstandes zögerte Stein allerdings, sich kurzerhand über lokale Traditionen hinwegzusetzen, und entschied sich für eine Politik der Verhandlung mit den Landständen. Es sollte ein Entschädigungspaket geschnürt werden, das die Familien des Landadels mit der Einschränkung ihrer Rechte als Gutsherr versöhnen sollte. Die letzteren Initiativen scheiterten am erbitterten Widerstand des Adels, doch sie kündigten einen mutigen neuen Stil in der preußischen Regierung an.<sup>69</sup>

Ein weiterer Staatsdiener mit Reformideen war Karl August von Hardenberg, der im Jahr 1790 in die hohenzollerische Verwaltung eintrat. Genau wie Stein war auch Hardenberg ein »Ausländer« mit einer tiefen Bewunderung für Friedrich II. Der 1750 auf dem Gut seines Großvaters mütterlicherseits in Essenrode geborene Hardenberg stammte aus einer hannoverschen Familie, die gemeinhin als fortschrittlich galt.<sup>70</sup> Als Beamter erwarb sich der junge Hardenberg in seiner Heimat den Ruf eines ausgesprochenen Reformers: Im Jahr 1780 verfasste er eine Denkschrift, in der er die Abschaffung der Leibeigenschaft, Deregulierung der Wirtschaft und Schaffung einer schlankeren Exekutive forderte, die sich auf Fachministerien und klare Befehlsketten und Zuständigkeiten stützte.<sup>71</sup> Nach seinem Wechsel zu den Markgrafschaften von Ansbach-Bayreuth

*Wart,  
Vorhang  
Nicht  
die  
Hand*

*Harden-  
berg  
beg.*

*Reform  
Harden-  
berg*

wurde er 1792 damit beauftragt, die an Preußen gefallenen Fürstentümer einzugliedern und die Verwaltung zu reformieren.<sup>72</sup> Dies war eine außerordentlich komplexe Aufgabe, denn die Gebiete waren durchzogen von Enklaven und Exklaven, zudem überschnitten sich teils Hoheitsgebiete.

*Encl Adel Privilegien*

Hardenberg, nun preußischer Minister, ging das Problem außerordentlich resolut an. Den Reichsadeligen wurden ihre allzu weitreichenden Privilegien und Verfassungsrechte entzogen – ein eklatanter Verstoß gegen die Reichsgesetze. Gebiete wurden getauscht und Besitzstände neu geregelt, um Enklaven zu beseitigen und eine durchgehende Grenzlinie für das preußische Hoheitsgebiet zu schaffen. Das Recht der Untertanen, Prozesse vor die Reichsgerichte zu bringen, wurde abgeschafft. Damit wurde verhindert, dass der Adelsstand in der Provinz seine Beschwerden dem Kaiser vorlegte. Wo seinen Befehlen Widerstand geleistet wurde, schickte Hardenberg kurzerhand Truppen aus und erzwang Gehorsam. Diese Maßnahmen wurden von einem innovativen Umgang mit den Medien begleitet: Hardenberg pflegte Kontakte zu mehreren wichtigen Journalisten in der Region und gewann diskret freundlich gesinnte Schreiber, von denen man sicher sein konnte, dass sie seine Politik in Beiträgen und Leitartikeln unterstützten.<sup>73</sup>

*bekannt schreute mir Medien*

Hardenberg hatte die Amtsübernahme an die Bedingung geknüpft, dass er unmittelbar dem König unterstellt war. Also herrschte er als eine Art Vizekönig in Ansbach und Bayreuth, mit Vollmachten, die seinen Kollegen in der Hauptstadt verwehrt blieben. Das ermöglichte es ihm, weitreichende Reformen durchzusetzen, ohne dass er fürchten musste, dass ein eifersüchtiger Vorgesetzter ihm in die Quere kam. Die neue fränkische Verwaltung, die er einführte, war (anders als die Zentralregierung in Berlin) nach modernen Grundsätzen strukturiert: Es gab vier Fachministerien (Justiz, Inneres, Krieg und Finanzen). Unter Hardenbergs Führung wurden die fränkischen Fürstentümer zu einer Art Versuchslabor in Sachen Verwaltungsreform. Unter den Beamten, die Posten in Ansbach und Bayreuth übernahmen, fanden sich zahlreiche Namen, die später an der Spitze des preußischen Staates auftauchten: Schuckmann, Koch, Kircheisen, Humboldt, Bülow. Um Hardenberg scharfte sich ein engagierter Tross ehrgeiziger, junger Bürokraten aus der Region. Männer aus der »Frankenclique« sollten später hohe Verwaltungsposten besetzen, nicht nur in Preußen, sondern auch in Bayern, dem nach den Napoleonischen Kriegen die beiden Fürstentümer zufielen.<sup>74</sup>



24. Karl August,  
Fürst von Hardenberg.  
Marmorbüste von  
Christian Rauch, 1816.

Selbst das altbewährte Getreideverwaltungssystem Preußens geriet unter zunehmenden Druck. In den ersten vier Jahren der Herrschaft Friedrich Wilhelms II. (1786–1797) wurde eine dramatische Liberalisierung des Getreidehandels eingeführt. Es war ein kurzlebiges Experiment – von 1788 an wurden nach und nach erneut Kontrollen eingeführt, sehr zur Enttäuschung der Liberalen in der Regierung.<sup>75</sup> Nach einer Kette von Hungerrevolten zwischen 1800 und 1805 gelangten einige hohe Beamte jedoch zu dem Schluss, dass die Produktivität steigen und die Verteilung effizienter funktionieren würde, wenn der Staat auf Kontrollen verzichtete und die Getreidemärkte sich selbst überließ. Ein einflussreicher Verfechter dieser Anschauung war der ostpreußische Adelige Friedrich Leopold Freiherr von Schroetter, preußischer Staatsminister für Ost- und Westpreußen und Vizevorsitzender des Generaldirektoriums. Schroetter war ein ehemaliger Schüler und Familienfreund Immanuel Kants und ein dezielter Fürsprecher des agrarischen Liberalismus, der um die Jahrhundertwende unter der ostpreußischen Elite en vogue war. Am 11. Juli 1805 legte er dem König in einer Denkschrift seine Ansichten dar. Wenn schon in Friedenszeiten wegen Mängel und Störungen im Regierungssystem Unruhen möglich waren, weil die Menschen Not litten, argumentierte Schroetter, was war dann zu erwarten, wenn ein Krieg ausbrechen sollte und die staatlichen Kähne für den Getreidetransport von der Armee benötigt würden? Anstelle der bestehenden Vorschriften plädierte Schrötter für eine radikale Deregulierung der Getreidewirtschaft. Niemand, so sein Vorschlag, solle gezwungen sein,

*Liberalismus Sicherheit Agrarökonomie Markt*

*Schroetter*

Getreide gegen seinen Willen oder zu Preisen zu verkaufen, die von der Regierung festgesetzt worden waren; statt den Getreidevorrat vor den Händlern zu schützen, sollte der Staat die Händler und ihr Recht schützen, frei über ihren Besitz zu verfügen. Das Generaldirektorium lehnte Schroetters Vorschläge im August 1805 ab. Aber das war nur ein vorübergehender Rückschlag. Es sollte nicht mehr lange dauern, bis die große Stunde für Schroetters Liberalismus schlug – und die letzte für den Protektionismus des Direktoriums.<sup>76</sup>

*Wieder  
mehr*

*1790 :  
Übergang  
g.*

Somit kann man von einem schleichenden Veränderungsprozess sprechen, der von mehreren Punkten an der Peripherie aus ins Innere Preußens sozusagen »einsickerte«.<sup>77</sup> In den 1790er Jahren, dem Jahrzehnt der Revolution in Europa, schien Preußen zwischen zwei Welten zu schwanken. Durch die zunehmende Verbreitung der kritischen Presse im letzten Drittel des Jahrhunderts sah sich die Regierung mit einem Phänomen konfrontiert, das sie weder unterdrücken noch wirklich akzeptieren konnte. Im Aufblühen des preußisch-monarchischen Patriotismus äußerte sich der ehrgeizige Anspruch der aufstrebenden, städtischen Intelligenz, an den großen Angelegenheiten des Staates teilzuhaben. Allerdings war in Preußens Regierungssystem für diesen Anspruch noch kein Ventil vorgesehen. So hatte die Debatte und kritische Diskussion innerhalb und außerhalb der Verwaltung so gut wie jeden Bereich des politischen Systems in Frage gestellt: von den Machtstrukturen der Agrargesellschaft über die Organisation und Taktik des Militärs bis hin zur staatlichen Lenkung der Wirtschaft.

Kein Text dokumentiert besser den Übergangszustand, in dem sich Preußen Ende des 18. Jahrhunderts befand, als das 1794 in Kraft getretene Allgemeine Landrecht für die preußischen Staaten (ALR). Mit den fast 20.000 Paragraphen, die, so schien es, jede denkbare Transaktion zwischen zwei Preußen grundlegend behandelten, war das Allgemeine Landrecht die größte zivile Errungenschaft der friderizianischen Aufklärung. Der von einem Team hervorragender Juristen nach einem langen Prozess öffentlicher Diskussion und Beratung verfasste Gesetzestext war zur Zeit der Veröffentlichung einzigartig. Erst in den Jahren 1804 und 1811 folgten Frankreich und Österreich mit vergleichbaren, allerdings nicht ganz so umfassenden Kodizes. Das Landrecht war überdies beispielhaft wegen der Klarheit und Eleganz seiner Sprache, die viele Kernpunkte so verständlich und präzise ausdrückte, dass noch im heutigen Zivilrecht Deutschlands rhetorische Wendungen des preußischen Gesetzes zu finden sind.<sup>78</sup>

*Landrecht aus Frankfurt am Main*

Die Faszination des Allgemeinen Landrechts liegt gerade in dem seltsam unschlüssigen Bild, das es von der preußischen Gesellschaft am Ende des 18. Jahrhunderts zeichnet. Wenn man durch die Paragraphen einen Blick auf Preußen wirft, könnte man meinen, man würde ein Fernglas mit unterschiedlichen Brennweiten benutzen.

Auf der einen Seite blitzt hier und da eine egalitäre sozialgesetzliche Ordnung auf. Gleich der erste Paragraph kündigt an: »Das allgemeine Gesetzesbuch enthält die Vorschriften, nach welchen die Rechte und Verbindlichkeiten der Einwohner des Staates [...] zu beurtheilen sind.«<sup>79</sup> Der Leser stolpert sofort über die Wahl des latent egalitären Begriffs »Einwohner« anstelle des traditionelleren »Untertanen«. Dieser Eindruck wird noch verstärkt durch § 22, in dem es heißt: »Die Gesetze des Staats verbinden alle Mitglieder desselben, ohne Unterschied des Standes, Ranges und Geschlechts.«<sup>80</sup> Hier tritt die Vorstellung einer »Mitgliedschaft« an die Stelle des Untertanentums, was die egalitäre Intention noch deutlicher zum Ausdruck bringt. In § 82 der Einleitung erfährt der Leser jedoch, dass »Rechte des Menschen«, nachdem alles andere gleich war, abhängig seien von »seiner Geburt, seinem Stand«. In einem späteren Abschnitt, der sich mit den »Rechten und Pflichten des Adelstandes« befasst, erklärt der Kodex ganz unverblümmt: »Dem Adel, als dem ersten Stand im Staat, liegt nach seiner Bestimmung die Vertheidigung des Staats [...] ob.« Weitere Absätze im selben Abschnitt legen fest, dass Angehörige des adeligen Standes nur von den höchsten Gerichten im Land verurteilt werden dürfen, dass Adelige privilegierten Zugang zu den »Ehrenstellen im Staate« genossen (was eine angemessene Qualifikation voraussetzt) und dass »nur der Adel zum Besitze adlischer Güter berechtigt« sei.<sup>81</sup>

Diese Diskrepanzen erschienen den Zeitgenossen längst nicht so merkwürdig wie dem heutigen Leser. Für Friedrich II., der dieses große Gesetzeswerk in Auftrag gegeben hatte, war die Vorrangstellung des Adels ein Axiom der gesellschaftlichen Ordnung. Er wies seine Juristen an, nicht nur das »Allgemeinwohl« zu berücksichtigen, sondern auch die spezifischen Rechte der Stände – dieses Element wurde nach seinem Tod noch gestärkt.<sup>82</sup> Die daraus resultierende Ambivalenz lässt sich in den Paragraphen erkennen, die sich mit Rechten und Pflichten der bäuerlichen Untertanen auf Adelsgütern befassen. Erstaunlicherweise bezeichnet der Kodex diese Personen als »freye Bürger des Staates« – die Bauern sind sogar die einzige Gruppe, die so bezeichnet werden. Doch die Mehrzahl der Paragraphen zu diesem Thema bestätigt die bestehen-

*Mitgliedschaft  
unterschiedliche Rechte  
für Adel  
ambivalenter*

den Strukturen der ständischen Dominanz und Ungleichheit auf dem Lande. Untertanen müssen die Erlaubnis des Herrn einholen, bevor sie heiraten (allerdings kann diese ohne guten juristischen Grund auch nicht verweigert werden); ihre Kinder müssen im Haushalt mitarbeiten; sie müssen für Fehlverhalten (moderate) Strafen erdulden; sie müssen ihre Dienste leisten, zu denen sie gesetzlich verpflichtet sind, und der gleichen mehr.<sup>83</sup> Die ständischen Strukturen der preußischen Gesellschaft wurden als so grundlegend für die soziale Ordnung angesehen, dass sie das Gesetz prägten, statt umgekehrt von ihm definiert zu werden. Tatsächlich waren sie die »Quellen des Gesetzes«, wie es in einer Überschrift in der Präambel heißt.<sup>84</sup>

*Dynastie zwischen 2 Welten*

Das eigentlich Bemerkenswerte am Allgemeinen Landrecht ist weniger, dass in ihm disparate Sichtweisen enthalten sind, sondern dass sich augenscheinlich keine der beiden auf die jeweils andere zurückführen lässt. Der Gesetzestext blickt auf eine Welt zurück, die bereits der Vergangenheit angehörte, eine Welt, in der jede Schicht ihren Platz in Bezug zum Staat hatte, eine Welt, deren Wurzeln scheinbar im Mittelalter lagen, die aber in Wirklichkeit erst im 18. Jahrhundert entstanden und bereits im Auflösen begriffen war, als die Arbeit an diesem Gesetzeswerk seinem Ende zuging. Doch der Kodex nimmt auch eine Welt vorweg, in der alle Bürger »frei« sind, der Staat souverän ist und Könige und Regierungen an bestimmte Gesetze gebunden sind. Manche Historiker sehen in dem Kodex sogar eine Art Urverfassung, der die Rechtstaatlichkeit garantierte.<sup>85</sup> Der Historiker Heinrich von Treitschke gab diese inneren Spannungen im 19. Jahrhundert treffend wieder, als er feststellte, der Kodex fange »die Janusköpfigkeit« des friderizianischen Staates ein.<sup>86</sup> Diesen Gedanken hatte er von Madame de Staél. Diese war der Ansicht, dass »Preußen mit einem Januskopf verglichen werden konnte, mit einem militärischen und einem philosophischen Gesichte.«<sup>87</sup> Die Metapher von dem zweigesichtigen römischen Gott des Ein- und Ausgangs hielt sich hartnäckig und trieb wilde Metastasen in der ganzen Historiografie über Preußen, bis der Punkt erreicht war (in den 1970ern und 1980ern), an dem es unmöglich schien, überhaupt über Preußen zu schreiben, ohne Janus Tribut zu zollen. Es war so, als würde der geteilte Blick des zweigesichtigen Gottes etwas Grundlegendes in der preußischen Geschichte einfangen – eine Polarität zwischen Tradition und Innovation, welche die historische Bahn des Staates der Hohenzollern definierte.

*Polarität zwischen Tradition und Innovation*

## Freie Handlungsfähigkeit

### KAPITEL 9

#### Hybris und Nemesis: 1789–1806

*Zwischen 2 Welten*

*Napoleons Sieg*

*Die Jahre von der Französischen Revolution 1789 bis zu Napoleons Sieg über Preußen 1806 zählen zu den ereignisreichsten und zugleich unruhigsten Epochen in der Geschichte der preußischen Monarchie. Angesichts einer verwirrenden Fülle von Gefahren und Chancen verfolgte Preußen in der Außenpolitik einen rasch wechselnden Zickzakkurs: Die traditionelle Rivalität mit Österreich, die Konsolidierung der preußischen Vorherrschaft in Norddeutschland und die verlockende Aussicht, in Polen große Gebiete zu annexieren, rückten bei den Entscheidungsträgern in Berlin abwechselnd an die Spitze der Agenda. Ausgeklügelte Doppeldiplomatie, ängstliches Schwanken und Anfälle von Habgier lösten einander ab. Die Überlegenheit Napoleons Bonapartes stellte eine neuartige und existentielle Bedrohung dar. Da er nicht gewillt war, eine Grenze für die französische Expansion auf dem Kontinent zu dulden, und sich überdies rigoros über internationale Verträge und Abkommen hinwegsetzte, stand die preußische Regierung vor einer wahren Zerreißprobe. Im Jahr 1806 beging Preußen, nach etlichen Provokationen, den folgeschweren Fehler, sich Napoleon in einer Schlacht zu stellen, ohne sich zuvor die militärische Unterstützung einer Großmacht zu sichern. Das Ergebnis war eine Katastrophe, welche die Legitimität der traditionellen monarchischen Ordnung in Frage stellte.*

#### *Preußische Außenpolitik in einer Ära der Revolution*

*Die preußische Regierung verfolgte 1789 die Ereignisse in Paris durchaus mit Wohlwollen. Der Gesandte in Frankreich mied die Rebellen keineswegs, sondern knüpfte im Herbst und Winter 1789/90 freundschaftliche Kontakte zu verschiedenen Fraktionen. Die Vorstellung – die späteren Generationen so selbstverständlich war –, dass es bei der Revolution um die grundlegende Wahl zwischen Gehorsam und Rebellion, zwischen der »Vorsehung Gottes« und dem »Willen des Menschen«*

ging, spielte bei der Berliner Interpretation der Ereignisse noch keine Rolle.

Diese nachsichtige Reaktion hatte durchaus ihre Gründe. Vor allen Dingen sah Berlin in der Revolution eher eine günstige Gelegenheit, keine Gefahr. Die Preußen waren in erster Linie daran interessiert, die Stärke und den Einfluss Österreichs in Deutschland zu verringern. In den 1780er Jahren hatten sich die Spannungen zwischen den beiden deutschen Rivalen zunehmend verschärft. 1785 hatte sich Friedrich II. an die Spitze einer Koalition deutscher Fürsten gestellt, die sich gegen die Annexion Bayerns durch den Habsburger Kaiser Joseph II. wehrten. Im Jahr 1788 zog der Kaiser gegen die Türken in den Krieg, und es stand zu befürchten, dass Österreich mit Hilfe großer Gebietsgewinne auf dem Balkan die Oberhand über Preußen bekommen würde. Doch im Sommer und Herbst 1789, während österreichische Truppen die Armeen Sultan Selims III. zurückdrängten, brachen in den Randgebieten der Habsburger Monarchie, nämlich in Belgien, Tirol, Galizien, in der Lombardei und in Ungarn, Aufstände aus. Friedrich Wilhelm II., ein eitler und impulsiver Mensch, der fest entschlossen war, dem Ruf seines illustren Onkels gerecht zu werden, versuchte nach Kräften, aus der misslichen Lage der Österreicher Kapital zu schlagen. Die Belgier wurden ermuntert, sich von der Habsburger Herrschaft loszusagen, und die ungarischen Rebellen wurden gedrängt, sich gegen Wien zu erheben – es war sogar die Rede von einem unabhängigen ungarischen Königreich, das von einem preußischen Prinzen regiert werden sollte.<sup>1</sup>

Vor diesem Hintergrund war die Revolution in Frankreich eine willkommene Nachricht, weil Berlin sich berechtigte Hoffnungen machen konnte, dass eine neue, »revolutionäre«, französische Regierung die französisch-österreichische Allianz beenden würde. Es war bekannt, dass die Allianz – wie auch Königin Marie Antoinette, gewissermaßen deren dynastische Personifizierung – unter den österreichfeindlichen Patrioten der revolutionären Bewegung überraschungswise beliebt war. Deshalb machte Berlin den diversen revolutionären Parteien den Hof, in der Hoffnung, eine antihabsburgische »Partei« in Paris aufzubauen. Die diplomatische Neuausrichtung Frankreichs aus dem Jahr 1756 sollte rückgängig gemacht, Österreich isoliert und den Expansionsplänen Josephs II. ein Ende gesetzt werden. Als im Hochstift Lüttich, einem Landesstreifen mitten in Belgien, eine regelrechte Revolution ausbrach, unterstützten die Preußen auch dort die Rebellen in der Hoffnung, dass sich der

Aufstand auf die benachbarten, von Österreich beherrschten Gebiete ausweitete.

Diese vorsichtige Unterstützung revolutionärer Aufstände hatte aber auch eine ideologische Dimension. Im Jahr 1789 sympathisierte eine ganze Reihe preußischer Politiker, etwa der für die Außenpolitik zuständige Minister Graf Ewald Friedrich von Hertzberg, mit den Zielen der Revolutionäre. Hertzberg war ein Mann der Aufklärung, der die inkompente und despotische Herrschaft der Bourbonen in Frankreich missbilligte. Die preußische Unterstützung für den Aufstand in Lüttich stand, in seinen Augen, völlig im Einklang mit den »liberalen Grundsätzen« des Königreichs. Christian Wilhelm von Dohm, der preußische Gesandte im Hochstift, war ein aufgeklärter Beamter und Intellektueller (von seinem Einsatz für die Emanzipation der Juden ganz zu schweigen). Er war ein Kritiker der Bischofsherrschaft in Lüttich und befürwortete eine progressive, konstitutionelle Lösung des Streites zwischen dem Fürstbischof und den Aufständischen des Dritten Standes.<sup>2</sup>

Vor allem die Drohung einer von Preußen unterstützten Revolution in Ungarn veranlasste Josephs Nachfolger Leopold II., eine Einigung mit Preußen zu suchen.<sup>3</sup> Der kluge und gemäßigte Leopold erkannte sofort, wie irrsinnig es war, neue Eroberungen auf dem osmanisch beherrschten Balkan anzustreben, während hinter seinem Rücken seine Erblande zerfielen. Im März 1790 schickte er einen freundschaftlichen Brief an Berlin und öffnete damit die Tür zu Verhandlungen, die am 27. Juli 1790 mit der Konvention von Reichenbach endeten. Die beiden deutschen Mächte einigten sich – nach hitzigen Diskussionen – darauf, von kriegerischen Handlungen Abstand zu nehmen und die Meinungsverschiedenheiten beizulegen. Die Österreicher verpflichteten sich, den kostspieligen Krieg gegen die Türken zu moderaten Bedingungen zu beenden (d.h. ohne Annexionen), und die Preußen versprachen, keine weiteren Rebellionen gegen die Habsburger zu unterstützen.

Diese so unscheinbar wirkende Konvention war wichtiger, als es den Anschein hatte.<sup>4</sup> Die Ära des erbitterten preußisch-österreichischen Antagonismus, die seit dem Einmarsch in Schlesien im Jahre 1740 die Politik des Heiligen Römischen Reiches geprägt hatte, war damit vorüber – zumindest für eine gewisse Zeit. Die beiden deutschen Mächte konnten ihre Interessen nunmehr gemeinsam, statt auf Kosten des anderen verfolgen. Mit einer Kehrtwende, die an die Tage des Großen Kurfürsten erinnerte, gab Friedrich Wilhelm II. die geheimen Bemühungen auf, ein

*Kriegspolitik gegen F.*

Bündnis mit Paris zu schmieden, und wechselte zu einer Kriegspolitik gegen das revolutionäre Frankreich. Außenminister Hertzberg und seine liberalen Ansichten fielen in Ungnade, 1791 bat er um seine Entlassung. In der neuen Diplomatie kam nunmehr Johann Rudolf von Bischoffwerder, dem treuen Berater und Vertrauten Friedrich Wilhelms II., eine wichtige Rolle zu. Der Fürsprecher eines Krieges gegen die Revolution wurde im Februar und Juni/Juli 1791 nach Wien entsandt. Das daraus hervorgehende Abkommen vom 25. Juli 1791 schuf die Grundlage für ein preußisch-österreichisches Bündnis.

*Pillnitz  
Durch P  
woren  
gegen  
Revolution*

Das erste Ergebnis der preußisch-österreichischen Annäherung war ein bemerkenswertes Beispiel für politische Gesten. Die Deklaration von Pillnitz, die am 27. August 1791 gemeinsam vom österreichischen Kaiser und preußischen König abgegeben wurde, war im Grunde kein Aktionsplan, sondern eher die Erklärung, dass sie beide prinzipiell gegen die Revolution seien. Die Deklaration begann mit der Feststellung, dass die Souveräne Preußens und Österreichs das Schicksal ihres »Bruders«, des Königs von Frankreich, als »ein gemeinsames Interesse für alle Könige Europas« betrachteten. Sie verlangten, dass der französische König so bald wie möglich in den Stand gesetzt werde, »in vollkommener Freiheit die Grundlagen eines monarchischen Regiments zu festigen, die gleichermaßen den Rechten der Souveräne und dem Wohl der französischen Nation entsprechen«. Die Erklärung schloss mit dem Versprechen, dass Österreich und Preußen »sofort« mit »den notwendigen Hilfsmitteln [Truppen]« handeln werden, um »gemeinsam den erstrebten Zweck zu erreichen«<sup>5</sup>. So schwammig die Formulierungen auch gehalten waren, handelte es sich doch um eine unmissverständliche Erklärung konterrevolutionärer Solidarität unter Monarchen. Allerdings enthielten die geheimen Artikel, die der Deklaration beigefügt wurden, dass auch weiterhin Machtpolitik im gewohnten Stil betrieben wurde. In Artikel 2 wurde festgestellt, dass die Vertragsparteien sich das Recht vorbehielten, zu ihrem Nutzen mehrere ihrer gegenwärtigen und künftigen Erwerbungen auszutauschen, stets unter gegenseitiger Konsultation. In Artikel 6 vereinbarten sie, dass der Kaiser bereitwillig seine guten Beziehungen zu Russland und Polen einsetzen werde, um die Städte Thorn und Danzig für Preußen zu erhalten.<sup>6</sup>

Die Deklaration schürte den politischen Extremismus in der französischen Nationalversammlung und stärkte den Einfluss der Girondisten um Jean Jacques Brissot, die den Krieg als ein Mittel betrachteten, um

*f. Kriegs  
euphorie  
Elsass*

die französische Staatskasse aufzufüllen und die Revolution auszuweiten. Ende 1791 und Anfang 1792 steigerte sich die Kriegseuphorie in Paris weiter.<sup>7</sup> Unterdessen einigten sich die Preußen und Österreicher auf ihre Ziele. Nach ihrem Plan – festgehalten in den Bedingungen des am 7. Februar 1792 geschlossenen Bündnisses – sollte am westlichen Rand des Heiligen Römischen Reiches eine Reihe von Gebietstransfers erzwungen werden. Die Verbündeten wollten zunächst das Elsass erobern. Ein Teil davon sollte an Österreich fallen, der andere an den pfälzischen Kurfürsten, der seinerseits Jülich und Berg an Preußen abtreten musste.

Ob und zu welchem Zeitpunkt genau die Verbündeten ernsthaft eine Invasion in Frankreich vorhatten, ist unklar, aber ein militärischer Konflikt wurde am 20. April 1792 unvermeidlich, als die französische Regierung dem österreichischen Kaiser offiziell den Krieg erklärte. Während der Vorbereitungen der Invasion hängten sich die Preußen und Österreicher den ideologischen Mantel der Konterrevolution um. Am 25. Juli gab der preußische Feldherr und Oberbefehlshaber der verbündeten Truppen Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig eine Erklärung ab, die als sein Manifest bekannt wurde. In der flammenden Rede – sie basierte auf einem Entwurf, den rachsüchtige französische Emigranten verfasst hatten – erklärte der Herzog (ein wenig heuchlerisch), dass die beiden verbündeten Höfe »keineswegs sich durch Eroberungen bereichern wollen«. Er beteuerte, alle jene schützen zu wollen, die sich der Autorität des französischen Königs unterstellt, und drohte in Gefangenschaft geratenen revolutionären Garden drakonische Strafen an. Das Manifest endete mit einer Drohung, die die Stimmung in Paris noch mehr aufheizte:

»Ihre Majestäten erklärten ferner auf Ihr kaiserliches und königliches Ehrenwort, dass, wenn das Schloss der Tuilerien [wo der gefangene König und seine Familie untergebracht waren] gestürmt oder sonst verletzt, wenn die mindeste Beleidigung dem Könige, der Königin und der ganzen königlichen Familie zugefügt, nicht unmittelbar für ihre Sicherheit, ihr Leben und ihre Freiheit gesorgt wird, sie eine beispiellose und für alle Zeiten denkwürdige Rache nehmen und die Stadt Paris einer militärischen Exekution und einem gänzlichen Ruine preisgeben, die Verbrecher selbst aber dem verdienten Tode überliefern werden.«<sup>8</sup>

Die preußisch-österreichische Streitmacht wurde bei ihrem langsamem Eindringen in Frankreich im Spätsommer 1792 von einer kleinen Emigrantenarmee unter der Führung des Bruders von Ludwig XVI., des Gra-

*Führer der Girondisten die Kriege wolle*

fen von Artois, begleitet. Es stellte sich jedoch heraus, dass die Emigranten mehr schadeten als nutzten: Unter der französischen Bevölkerung waren sie außerordentlich unbeliebt und als Kampftruppe unbrauchbar. Ihre Hauptfunktion bestand darin, die Glaubwürdigkeit der Invasoren als Konterrevolutionäre zu stärken. Französische Bauern und Städter, von denen Lebensmittel und Vieh requirierte wurden, erhielten Schulscheine auf den Namen Ludwigs XVI. gemeinsam mit hochmütigen Versprechungen, dass der wiedereingesetzte König es ihnen »zurückzahlen« würde, sobald der Krieg vorüber sei.

*Valmy*

Der Feldzug endete in einem Fiasko. Den Preußen und Österreichern war es immer schon schwergefallen, an der westlichen Peripherie des Reiches ihre Streitmächte zu koordinieren; der Feldzug von 1792 gegen Frankreich war keine Ausnahme. Verwirrung und sich widersprechende Prioritäten hatten von Anfang an die Planung der Invasion behindert, der Vormarsch der Verbündeten wurde bei der Schlacht von Valmy am 20. September gestoppt. Die einmarschierenden Truppen sahen sich einem gut befestigten Feind gegenüber, der in einem lang gezogenen Bogen auf einer Anhöhe Stellung bezogen hatte. Beide Seiten eröffneten mit der Artillerie, doch die Franzosen hatten größeren Erfolg und erzielten einen Treffer nach dem anderen, bis rund 1200 Soldaten der Koalition alleine durch Kanonenkugeln gefallen waren, ohne dass ihre Einheiten auch nur einen Meter gegen die feindlichen Stellungen vorgerückt wären. Zum ersten Mal und mit Bravour hielt die Revolutionsarmee ihren Feinden stand. Von dieser unerwarteten Entschlossenheit entmündigt, zogen sich die Koalitionstruppen von ihren exponierten Stellungen zurück und überließen den Franzosen das Schlachtfeld.

*Revolutionstruppen waren schwächer*

Die Preußen blieben nach der »Kanonade von Valmy« formal Mitglied der Koalition und kämpften sogar im Elsass und an der Saar mit einem Erfolg gegen die Franzosen. Doch sie stellten immer nur einen kleinen Bruchteil ihrer Ressourcen für diese Feldzüge bereit, weil ihr Augenmerk in Wirklichkeit anderswo lag. Die Politiker in Berlin wurden durch die Aussichten abgelenkt, die sich plötzlich in Polen eröffneten. Das Wechselspiel von inneren Unruhen und äußerer Einmischung samt Blockade, an dessen Ende die erste Teilung gestanden hatte, hatte sich in den achtziger Jahren fortgesetzt. In den Jahren 1788 bis 1791, als den Russen durch einen kostspieligen Krieg gegen das Osmanische Reich die Hände gebunden waren, hatten König Stanisław August Poniatowski und eine Gruppe polnischer Reformer die Gelegenheit ergriffen, Ände-

rungen im politischen System durchzusetzen. Die neue polnische Verfassung vom 3. Mai 1791 schuf zum ersten Male eine Erbmonarchie und die Konturen einer funktionierenden Zentralregierung. »Unser Land ist gerettet«, verkündeten die Autoren. »Unsere Freiheiten sind gesichert; wir sind eine freie und unabhängige Nation; wir haben die Fesseln der Sklaverei und Missherrschaft abgeschüttelt.<sup>9</sup>

*Polen*

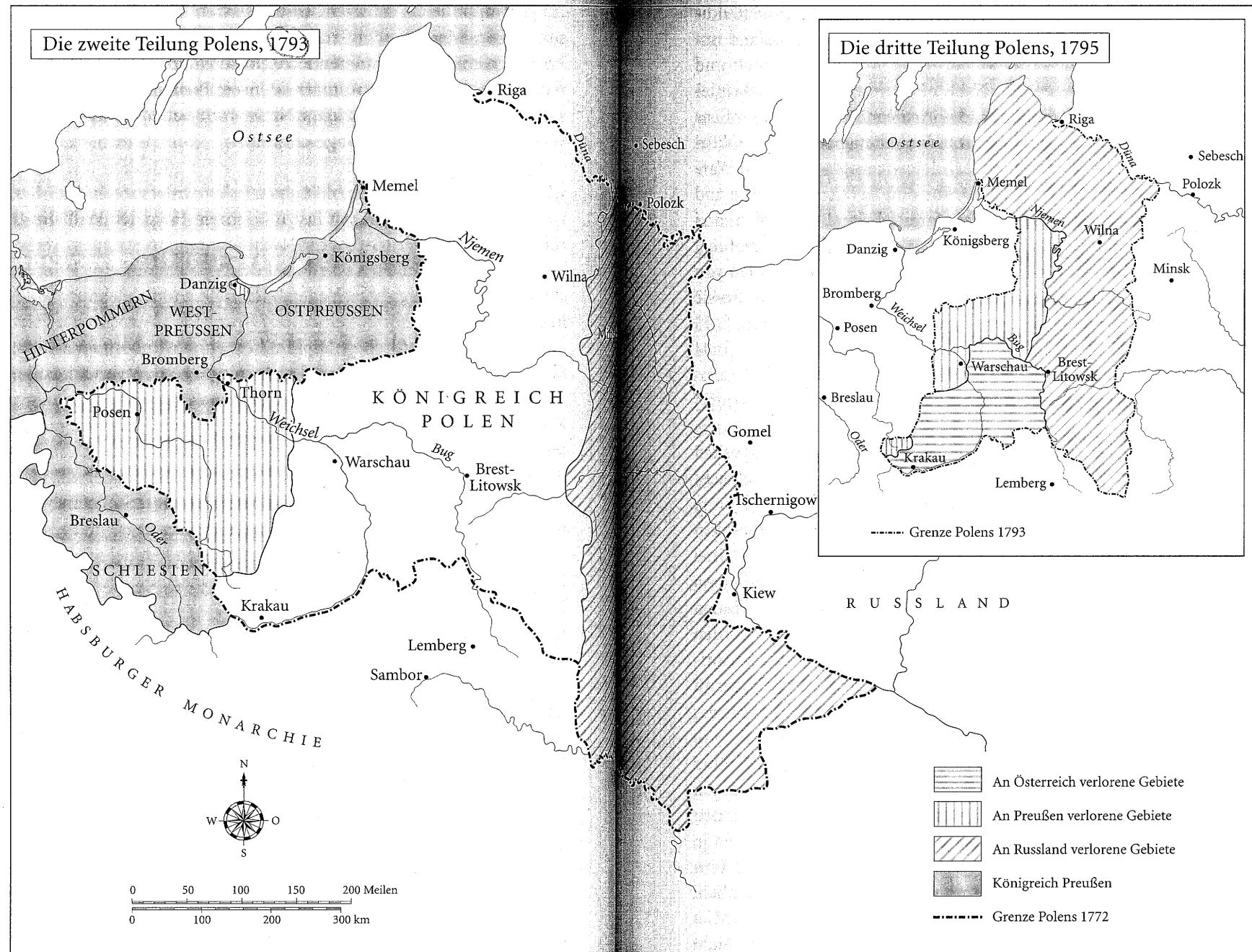
*kleies polen: gefahr für plannen*

Weder die Preußen noch die Russen waren glücklich über diese Entwicklung. Ein starkes, unabhängiges Polen widersprach dem Kern der russischen Außenpolitik seit fast 100 Jahren. Friedrich Wilhelm II. gratulierte offiziell den östlichen Nachbarn zu ihrer neuen Verfassung, doch hinter den Kulissen wurde bei der Aussicht auf eine Wiederauferstehung Polens Alarm geschlagen. »Ich sehe voraus, dass uns Polen früher oder später Westpreußen entreißen wird [... ]«, vertraute Herzberg einem hohen preußischen Diplomaten an. »Wie können wir unseren Staat gegen eine zahlreiche und gut regierte Nation verteidigen?<sup>10</sup> Am 18. Mai 1792 entsandte Katharina II. 100.000 russische Soldaten in das Königreich. Nachdem die Preußen kurz mit dem Gedanken gespielt hatten, den polnischen Widerstand gegen die Invasion zu unterstützen (in der Hoffnung, russische Annexionen zu verhindern oder zumindest zu begrenzen), akzeptierte Berlin stattdessen eine von St. Petersburg angebotene Teilung. Nach den Bestimmungen des Vertrags von St. Petersburg vom 23. Januar 1793 wurde Preußen die für den Handel wichtigen Städte Danzig und Thorn zugeschlagen sowie ein ansehnliches Dreieck, das die Lücke zwischen Schlesien und Ostpreußen verkleinerte und zufällig die reichsten Gebiete des polnischen Staates enthielt. Die Russen verleibten sich ein riesiges Territorium ein, das fast die Hälfte des restlichen polnischen Gebietes umfasste. Die Vereinbarung war eklatant ungleich (Russlands Anteil war viermal so groß wie der Preußens), doch Berlin erhielt mehr, als es ursprünglich gewünscht hatte, und war überdies von jeder Verpflichtung befreit, Österreich im Westen eine Kompensation zuzugehen.<sup>11</sup>

*vertrag mit st. petersburg*

*3. Teilung*

Im März 1794 bereitete der Aufstand des polnischen Patrioten Tadeusz Kościuszko gegen die Teilungsmächte den Boden für eine weitere und letzte Teilung. Obwohl der Aufstand sich in erster Linie gegen Russland richtete, versuchten die Preußen als Erste, daraus Kapital zu schlagen. Sie wollten, indem sie den Aufstand unterdrückten, Anspruch auf weitere polnische Gebiete anmelden, um mit den Russen gleichzuziehen. Da große Truppenteile jedoch noch im Westen standen, war die preußische



Armee ernstlich überfordert. Nach ersten Erfolgen gegen die Aufständischen mussten sie sich zurückziehen und notgedrungen Russland um Hilfe bitten. Nun sahen die Österreicher ihre Chance gekommen und stürzten sich ebenfalls ins Gefecht. Nach einer verzweifelten Rekrutierungskampagne gelang es Kościuszko, den Armeen Russlands, Preußens und Österreichs fast acht Monate lang standzuhalten, doch am 10. Oktober 1794 setzte ein russischer Sieg bei Maciejowice südöstlich von Warschau dem Aufstand ein Ende. Der Weg war nun frei für eine dritte und letzte Teilung Polens. Nach erbitterten Streitigkeiten unter den drei Mächten einigte man sich am 24. Oktober 1795 auf eine Dreiteilung, durch welche Preußen einen weiteren Landstreifen in Zentralpolen von rund 55.000 km<sup>2</sup> erhielt, darunter die alte Hauptstadt Warschau, sowie gut eine Million Einwohner. Der Staat Polen existierte nicht mehr.

↳ Polen war weg!

### Gefahren der Neutralität

Etwas Außergewöhnliches hatte sich ereignet: Im Zuge der Zweiten und Dritten Teilung Polens hatte Friedrich Wilhelm II., die vielleicht schwächste Figur auf dem preußischen Thron in den letzten 150 Jahren, mehr Territorium für sein Königreich hinzugewonnen als irgendein Herrscher seiner Dynastie zuvor. Preußen wuchs um etwa ein Drittel und erstreckte sich nunmehr über eine Fläche von mehr als 300.000 Quadratkilometer; die Bevölkerung war von 5,5 auf rund 8,7 Millionen Einwohner geschnellt. Da die Ziele im Osten mehr als erreicht worden waren, verabschiedete Preußen sich so schnell wie möglich aus der anti-französischen Koalition im Westen und unterschrieb am 5. April 1795 in Basel einen Separatfrieden. Einmal mehr ließ Preußen seine Verbündeten im Stich.

Die Schreiberlinge im Dienste des Kaisers zogen pflichtgemäß über diesen schmählichen Abschied von der gemeinsamen Sache gegen Frankreich her. Viele Historiker haben ähnlich argumentiert und den Separatfrieden sowie die folgende Neutralitätspolitik als niederträchtig, feige und selbstmörderisch diffamiert.<sup>12</sup> Das Problem an solchen Einschätzungen ist, dass sie auf der anachronistischen Annahme beruhen, Preußen habe Ende des 18. Jahrhunderts eine deutsche »nationale« Mission zu erfüllen gehabt, der es 1795 nicht gerecht geworden sei. Sieht man sich jedoch den preußischen Staat und seine Interessen genauer an,

so erscheint der Separatfrieden in der Tat als die beste Option. Preußen war finanziell am Ende, und die innere Verwaltung war vollauf damit beschäftigt, die riesigen neu erworbenen Landstriche zu integrieren. Die Regierung konnte es sich einfach nicht leisten, den Feldzug im Westen weiterzuführen. Am Berliner Hof kristallisierte sich eine »Friedenspartei« heraus, die überzeugende wirtschaftliche Argumente für einen Rückzug aus der Koalition gegen Frankreich vorbrachte.<sup>13</sup>

Die Bedingungen des Friedensvertrags von Basel waren jedenfalls – zumindest auf dem Papier – außerordentlich vorteilhaft für Preußen. Dazu zählte die Vereinbarung, nach der Frankreich und Preußen sich verpflichteten, die Neutralität Norddeutschlands zu achten. Durch die Schaffung einer Neutralitätszone erhielt Berlin die Gelegenheit, seinen Einfluss in dieser Region auszuweiten. Außenminister Christian Graf von Haugwitz schlug rasch Kapital daraus, indem er eine Reihe norddeutscher Territorien (darunter Hannover) überredete, sich der preußischen Neutralität anzuschließen und damit ihre Verpflichtung zu vernachlässigen, das Heilige Römische Reich zu verteidigen.<sup>14</sup> Und schließlich hatte Preußen durch die Neutralität freie Hand im Osten sowie die Gewährleistung, dass sich die französische Aggression hauptsächlich gegen die Österreicher richtete – so gesehen stand diese Linie im Einklang mit der traditionell dualistischen Politik. Anders ausgedrückt, ging es bei der Neutralität keineswegs allein darum, einen Krieg mit Frankreich zu vermeiden. Nachdem der Frieden unterzeichnet und Preußen hinter der norddeutschen »Demarkationslinie« sicher war, konnte der König durchaus mit einer gewissen Zufriedenheit auf das Erreichte zurückblicken.

Das Ergebnis war jedoch weit zerbrechlicher, als es den Anschein hatte. Preußen war nunmehr nämlich isoliert. In den vergangenen sechs Jahren hatte es sich mit so gut wie jeder europäischen Macht verbündet – und sie anschließend im Stich gelassen. Wegen seiner bekannten Vorliebe für Geheimdiplomatie und unüberschaubare Doppelspiele blieb der König eine einsame Figur auf der diplomatischen Bühne. Man misstraute ihm. Schon bald sollte Berlin erfahren, dass die Neutralitätszone ohne Unterstützung einer Großmacht nicht verteidigt werden konnte und damit im Grunde bedeutungslos war. Längerfristige Auswirkungen hingegen hatte das Verschwinden Polens von der europäischen Landkarte. Selbst wenn man einmal davon absieht, welche Freveltat die Teilungsmächte gegenüber Polen begangen hatten, bleibt die Tatsache, dass das unabhängige Polen eine wichtige Rolle als Puffer und Vermittler zwis-

*Zu gross  
Grenze in  
R.*

schen den drei Ostmächten gespielt hatte.<sup>15</sup> Da Polen nicht länger existierte, hatte Preußen, zum ersten Mal in seiner Geschichte, eine lange und nicht zu verteidigende Grenze zu Russland.<sup>16</sup> Von jetzt an war das Schicksal Preußens untrennbar mit dem seines riesigen und immer mächtigeren östlichen Nachbarn verknüpft.

Indem Berlin sich in die norddeutsche Neutralitätszone flüchtete, die 1795 in Basel mit den Franzosen vereinbart worden war, signalisierte es gleichzeitig völlige Gleichgültigkeit mit dem Schicksal des Heiligen Römischen Reiches: Die Demarkationslinie spaltete Deutschland in der Mitte und überließ den Süden Frankreich und der Obhut der Österreicher. Darüber hinaus stand in einer geheimen Vereinbarung, die man dem Friedensvertrag von Basel beigefügt hatte, dass Preußen, falls Frankreich die preußischen Gebiete behalten sollte, die es im Rheinland besetzt hatte, mit Gebieten östlich des Rheins entschädigt werden sollte – ein unheilvoller Vorgeschmack auf die Annektierungswelle, in deren Verlauf sich Deutschland am Ende des Jahrzehnts auflösen sollte. Auch die Österreicher gaben sich keine Mühe mehr, den Anschein zu erwecken, sie würden auf die Empfindlichkeiten der kleineren und kleinsten Staaten Rücksicht nehmen. Die im Krieg gegen Frankreich eingesetzten Truppen verhielten sich in den süddeutschen Staaten eher wie eine Besatzungsarmee als wie ein Bündnispartner. Und die Deutschlandpläne des Freiherrn Franz von Thugut, des intelligenten, aber skrupellosen Ministers, der im März 1793 die Führung der österreichischen Außenpolitik übernommen hatte, drehten sich in erster Linie um eine Wiederbelebung des Anspruchs auf bayerische Gebiete. Im Oktober 1797 einigte Wien sich mit Napoleon Bonaparte darauf, die österreichischen Niederlande an Frankreich abzutreten. Im Gegenzug erhielt Österreich Venedig und Salzburg, eines der führenden kirchlichen Fürstentümer des alten Reiches.<sup>17</sup> Es hatte den Anschein, als würde dem Heiligen Römischen Reich dasselbe Schicksal wie Polen drohen. Hans Christoph Ernst Freiherr von Gagern, der Erste Minister der kleinen Grafschaft Nassau, zog 1797 diese Möglichkeit ausdrücklich in Betracht: »Die deutschen Fürsten fanden sich bisher in dem doppelten Missverhältnis [...], die Vereinigung zwischen Preußen und Österreich zu wünschen, um Frankreich zu widerstehen, und sie wieder zu fürchten, wenn sie an das Beispiel von Polen dachten.«<sup>18</sup>

Das Hauptziel der französischen Politik gegenüber Deutschland war in diesen Jahren die Wiederherstellung Frankreichs in seinen »natür-

*Annek-  
tiert  
verg-  
den vor  
gebiete  
durch  
F.*

lichen Grenzen« – ein reines Scheinkonzept, das von der Nationalversammlung erfunden und auf Ludwig XIV. zurückgeführt wurde. In der Praxis hieß das die Annexion sämtlicher deutscher linksrheinischer Gebiete. Diese Region war ein dichter Flickenteppich aus Reichsfürstentümern, darunter Gebiete, die den preußischen Hohenzollern gehörten, die Kurfürstentümer von Köln, Trier und Mainz, die Kurpfalz, das Herzogtum Pfalz-Zweibrücken, mehrere Reichsstädte und unzählige kleinere Hoheitsgebiete. Die Eingliederung in den französischen Einheitsstaat musste unweigerlich katastrophale Folgen für das Reich haben. Doch die deutschen Lande waren außerstande, den Franzosen die Erwerbungen im Westen streitig zu machen. Die größeren Staaten (Baden, Württemberg und Bayern) waren bereits notgedrungen aus dem Krieg ausgeschieden und trachteten danach, Frankreich goldene Brücken zu bauen. Im Frieden von Campo Formio, der im Oktober 1797 nach Napoleons siegreichem Feldzug in Norditalien gegen die Österreicher unterzeichnet worden war, dehnte Wien die offizielle Anerkennung auf die französischen Eroberungen im deutschen Rheinland aus. Ferner kam man überein, dass durch unmittelbare Verhandlungen zwischen Frankreich und Repräsentanten der Reichsgebiete festgelegt werden sollte, welche Folgen die französischen Annexionen für das Reich insgesamt haben würden. Damit war die Bühne bereitet für die langwierigen Verhandlungen, die in der Neuauftteilung des deutschsprachigen Europas kulminierten. Sie begannen im November 1797 in der malerischen badischen Stadt Rastatt und endeten nach mehreren Unterbrechungen mit dem so genannten Reichsdeputationshauptschluss, der am 27. April 1803 in Regensburg veröffentlicht wurde.

*Verhand-  
lungen*

Der Bericht des Ausschusses kündigte eine geopolitische Revolution an. Die Reichsstädte wurden bis auf sechs abgeschafft; von den unzähligen kirchlichen Fürstentümern, von Köln und Trier bis hin zu den Abteien Corvey, Ellwangen und Gutenzell, blieben nur noch drei übrig. Hauptgewinner waren die größeren und mittleren Fürstentümer. Die Franzosen erwiesen sich – mit der bewährten Politik, deutsche Satellitenstaaten zu schaffen – besonders großzügig gegenüber Baden, Württemberg und Bayern, die aufgrund ihrer geografischen Lage zwischen Frankreich und Österreich nützliche Bündnispartner waren. Baden bekam in Relation zur Größe den stärksten Gebietszuwachs zugesprochen: Es hatte durch französische Annexionen 440 Quadratkilometer verloren, wurde aber mit über 3.237 Quadratkilometer Land entschädigt, das von

den Bistümern Speyer, Straßburg, Konstanz und Basel abgetrennt worden war. Auch Preußen zählte zu den Gewinnern und erhielt die Bistümer Münster, Hildesheim und Paderborn, Erfurt und das Eichsfeld, die Abteien Essen, Werden, Elten, Herford und Quedlinburg sowie die Reichsstädte Nordhausen, Mühlhausen (Thüringen) und Goslar. Preußen hatte etwa 2.642 Quadratkilometer rheinischer Gebiete mit 127.000 Bewohnern verloren, gewann aber fast 13.000 Quadratkilometer an Territorium mit einer Bevölkerung von rund einer halben Million Menschen.

Das Ende des Heiligen Römischen Reiches stand unmittelbar bevor. Nach der Auflösung der kirchlichen Fürstentümer war auch die katholische Mehrheit im Reichstag verloren gegangen und die Katholizität des Reichs gehörte der Vergangenheit an. Seine Daseinsberechtigung als Schutzzone für die politische und konstitutionelle Vielfalt des traditionellen Mitteleuropas war abgelaufen. Die alte Verbindung zwischen der Kaiserkrone und dem Hause Habsburg erschien mittlerweile weitgehend als bedeutungslos, dies erkannte selbst der Nachfolger Leopolds II., Franz II. Entsprechend erklärte Letzterer sich 1804 zum erblichen Kaiser Österreichs, um den Kaisertitel unabhängig vom Römischen Reich zu begründen. Das offizielle Ende des Reiches, das am 6. August 1806 vom Herold des Reiches nach dem üblichen Fanfarenstoß in Wien bekannt gegeben wurde, war nur noch reine Formsache und fand auch erstaunlich wenig Beachtung unter den Zeitgenossen.

Vor dem Ende der Napoleonischen Kriege sollten noch weitere territoriale Umstrukturierungen durchgeführt werden, doch die Grundzüge eines vereinfachten Deutschlands im 19. Jahrhundert waren bereits erkennbar. Durch die neuen Gebiete wurde Preußens Dominanz im Norden gestärkt. Mit der Konsolidierung Badens, Württembergs und Bayerns entstand der Kern eines kompakten Blocks aus Mittelstaaten, die sich in der Nachkriegsära gegen die Hegemonialbestrebungen sowohl Österreichs als auch Preußens zur Wehr setzten. Das Verschwinden der kirchlichen Ländereien hatte auch zur Folge, dass sich Millionen deutscher Katholiken nunmehr in der Diaspora mitten in protestantischen, politischen Einheiten wieder fanden – ein Zustand mit weit reichenden Auswirkungen für das politische und religiöse Leben des modernen Deutschlands. Mitten in den Ruinen der kaiserlichen Vergangenheit nahm die Zukunft Deutschlands allmählich Gestalt an.

Ende des  
Römischen  
Reichs  
stand  
bewusst

Ende

### *Von der Neutralität zur Niederlage*

Krieg

Am 14. Oktober 1806 befand sich der 26-jährige Leutnant Johann von Borcke mit einem Armeekorps von 22.000 Mann unter dem Befehl General Ernst Wilhelm Friedrich von Rüchels westlich der Stadt Jena. Es war noch dunkel, als die Meldung eintraf, dass Napoleons-Soldaten die preußische Hauptstreitmacht auf einem Plateau in der Nähe der Stadt in ein Gefecht verwickelt hätten. Der Kanonendonner aus dem Osten war bereits zu hören. Die Männer froren und waren noch ganz steif von einer Nacht, die sie zusammengekauert auf dem feuchten Boden verbracht hatten. Doch die Stimmung besserte sich, als die aufsteigende Sonne den Nebel vertrieb und allmählich Arme und Schultern erwärmte, »so dass wir Ungemach und Hunger zeitweise vergaßen«, erinnerte sich Borcke. »Schillers Reiterlied ertönte aus tausend Kehlen.« Gegen zehn Uhr zogen Borcke und seine Männer endlich in Richtung Jena. Während sie auf der Straße nach Osten marschierten, kamen ihnen viele Verwundete entgegen. »Alles, was man sah, trug unverkennbar den Stempel der Auflösung und wilder Flucht.« Gegen Mittag galoppierte jedoch ein Adjutant mit einer Meldung des Fürsten Hohenlohe-Ingelfingen heran, dem Oberbefehlshaber der preußischen Armee, die vor Jena gegen die Franzosen kämpfte: »Eilen Sie, General Rüchel, den schon halb errungenen Sieg mit mir zu teilen; ich schlage den Feind auf allen Punkten.« Man gab Befehl, diese Nachricht durch die ganze Kolonne weiterzugeben, und lauter Jubel ertönte aus den Reihen.

Auf dem Weg zum Schlachtfeld durchquerte das Korps den kleinen Ort Kapellendorf. In den Straßen, die mit Kanonen, Karren, Verwundenen und toten Pferden verstopft waren, kamen sie nur langsam vorwärts. Hinter dem Dorf stieß das Korps auf eine Kette niedriger Hügel, von wo aus die Männer zum ersten Mal das Schlachtfeld erblickten. Zu ihrem Entsetzen leisteten nur noch »schwache Linien und Reste« des Hohenlohe'schen Korps dem französischen Ansturm Widerstand. Als Rüchels Männer zum Angriff übergehen wollten, sahen sie sich einem Kugelhagel von französischen Scharfschützen ausgesetzt, die so gut positioniert und so geschickt getarnt waren, dass die Schüsse scheinbar aus dem Nichts kamen. »So beschossen zu werden«, erinnerte sich Borcke später, »ohne den Feind zu sehen, machte auf unsere Soldaten einen übeln Eindruck, denn, unbekannt mit dieser Art des Gefechts, verloren sie zu ihren Gewehren das Vertrauen und fühlten die Überlegenheit des Feindes sofort.«

Napoleon war überlegen.

Schlacht von Zerenz

Von der Heftigkeit des französischen Feuers geschockt, wollten die Befehlshaber ebenso wie die Soldaten keine weitere Zeit verlieren und rückten rasch vor. Der Angriff richtete sich gegen französische Einheiten, die in der Nähe des Ortes Vierzehnheiligen aufgestellt waren. Doch während des preußischen Vormarsches wurde das feindliche Artillerie- und Gewehrfeuer noch stärker. Das Korps hatte dem nur ein paar Regimentsgeschütze entgegenzusetzen, die schon bald ausfielen und aufgegeben werden mussten. Der Befehl »Linke Schulter vor!« wurde durch die Reihen gebrüllt, und die preußischen Reihen schwenkten nach rechts und änderten den Angriffswinkel. Dabei fielen die Bataillone auf dem linken Flügel nach und nach auseinander, und die Franzosen, die immer mehr Kanonen ins Feld führten, rissen immer größere Lücken in die vorrückenden Kolonnen. Borcke und seine Mitoffiziere galoppierten vor und zurück und versuchten, die Reihen wieder zu schließen. Doch sie konnten das Chaos, das auf dem linken Flügel herrschte, nicht ordnen, weil der Befehlshaber, Major von Pannwitz, verwundet war und nicht mehr auf dem Pferd saß. Sein Adjutant Leutnant von Jagow war bereits gefallen. Oberst von Walther fiel als nächster Befehlshaber, gefolgt von General Rüchel und mehreren Stabsoffizieren.

Niederschlag

Ohne den Schießbefehl abzuwarten, fing Borckes Korps an, willkürlich in die Richtung der Franzosen zu feuern. Einige rannten, nachdem sie ihre Munition verschossen hatten, mit aufgesetztem Bajonett auf die feindlichen Stellungen zu, nur um vom Sperrfeuer oder gar vom *friendly fire* niedergemäht zu werden. Entsetzen und Chaos griffen um sich, verstärkt noch durch das Eintreffen der französischen Kavalleristen, die in die wogende Masse der Preußen hineinstießen und mit ihren Säbeln auf jeden Kopf oder Arm hieben, der in ihre Reichweite kam. Borcke merkte, dass er zwangsläufig von den Massen mitgerissen wurde, die entlang der Straße nach Weimar in westlicher Richtung von dem Schlachtfeld flohen. »Nichts als das wertlose Leben«, schrieb Borcke, »hatte ich gerettet, geistig war ich aufs schmerzlichste erschüttert, körperlich in höchstem Grade ermattet und wurde mit Tausenden im grässlichsten Chaos auf der Chaussee nach Weimar fortgerissen.«<sup>19</sup>

F. waren besser organisiert

Die Schlacht von Jena war vorüber. Die Preußen waren von einer ungefähr gleich starken (53.000 Preußen gegen 54.000 Franzosen), aber besser geführten Streitmacht geschlagen worden. Noch schlimmer war jedoch die Nachricht aus Auerstedt, einige Kilometer weiter nördlich, wo am selben Tag eine preußische Armee von rund 50.000 Mann unter

dem Befehl des Herzogs von Braunschweig von einer halb so großen französischen Streitmacht unter Marschall Davout vernichtet geschlagen wurde. In den kommenden zwei Wochen rieben die Franzosen in der Nähe von Halle eine kleinere preußische Streitmacht auf und besetzten die Städte Halberstadt und Berlin. Weitere Siege und Kapitulationen folgten. Die preußische Armee war nicht nur geschlagen worden – sie war völlig zerstört, wie ein Offizier es sagte, der in Jena mitkämpft hatte: »Das mühsam und, wie es schien, unerschütterlich begründete Kriegs-Gebäude ward hier plötzlich bis in seine Grund-Fugen erschüttert.«<sup>20</sup> Es war also genau die Katastrophe eingetreten, die der preußische Neutralitätsvertrag von 1795 eigentlich hätte verhindern sollen. Wie konnte es dazu kommen? Weshalb gaben die Preußen die relative Sicherheit des Neutralitätspaktes auf und führten einen Krieg gegen einen französischen Kaiser, der sich auf der Höhe seiner Macht befand?

F. will  
wolle  
Frieden  
nicht  
an  
Nieder-  
lage  
recht.

Nach 1797 war mit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms III., eines zögerlichen Menschen, die Neutralität, die sein Vorgänger gewählt hatte, weil sie ihm als zweckdienlich erschien, zu einer Art Prinzip geworden. Das hieß, dass Preußen selbst dann daran festhielt, als es – wie 1799 während der Vorbereitungen für die zweite Koalition gegen Frankreich – massiv unter Druck gesetzt wurde, sich einer der Kriegsparteien anzuschließen. Bis zu einem gewissen Grad spiegelte sich darin die Vorlieben des Monarchen wider. Im Gegensatz zu seinem Vater strebte Friedrich Wilhelm III. nicht nach militärischem Ruhm und Ehre. »Alle Welt weiß«, teilte er 1798 seinem Onkel mit, »dass ich den Krieg verabscheue und dass ich nichts Größeres auf Erden kenne als die Bewahrung des Friedens und der Ruhe als einziges System, das sich für das Glück der Menschheit eignet.«<sup>21</sup> Allerdings hielt man auch deshalb an der Neutralitätspolitik fest, weil so viele gute Argumente für sie sprachen. Wie der König recht kasuistisch darlegte, ließ eine neutrale Haltung stets die Möglichkeit offen, später Krieg zu führen, und war folglich die flexibelste Option. Seine Frau Luise von Mecklenburg-Strelitz, eine einflussreiche Person mit vielen Kontakten zu hohen Ministern, warnte, dass Preußen bei einem Krieg an der Seite der Koalitionsmächte von Russland abhängig werden könnte. Diese Argumentation beruhte auf der ganz richtigen Einsicht, dass Preußen von den Großmächten, mit beträchtlichem Abstand, die kleinste war, und deshalb war es auch außerstande dafür zu sorgen, dass seine Interessen durch eine Partnerschaft mit einer der Krieg führenden Parteien gewahrt wurden. Überdies war der Staat

Vorteile  
der Neutralität

immer noch hoch verschuldet; ohne den Schutz der Neutralität war es unmöglich, die Finanzen des Königreiches in Vorbereitung auf einen künftigen Konflikt zu sanieren. Und schließlich war die Neutralität deshalb reizvoll, weil dadurch eine territoriale Ausdehnung in Norddeutschland in Aussicht gestellt wurde. Diese Hoffnung erfüllte sich zum Teil in dem Geheimvertrag, der am 23. Mai 1802 von Preußen und Frankreich unterzeichnet wurde und einen stattlichen Anteil der ehemaligen Reichsstädte und säkularisierten kirchlichen Fürstentümer den Preußen in Aussicht stellte – in Vorwegnahme des endgültigen Reichsdeputationshauptschlusses im folgenden Jahr. Den preußischen Ministern und Kabinettsräten, die den König in politischen Fragen berieten, erschienen die Vorteile der Neutralität so überzeugend, dass sich vor 1805 so gut wie niemand ernsthaft dagegen aussprach.<sup>22</sup>

*problem exponierte Lage*

Das grundlegende Problem für Preußen in den Jahren der Neutralität war schllichtweg die exponierte Lage des Königreiches zwischen Frankreich und Russland, die fortwährend drohten, die Neutralitätszone und Preußens angeblich dominierende Stellung ad absurdum zu führen. Mit diesem geopolitischen Nachteil hatten die Hohenzollern schon seit den Tagen des Großen Kurfürsten zu kämpfen.<sup>23</sup> Doch inzwischen war die Bedrohung akuter geworden, weil Frankreich in Deutschland Gebiete annexiert hatte und die polnische Pufferzone, die Preußen und Russland einst getrennt hatte, verschwunden war.<sup>24</sup> Die vorübergehende Besetzung Hannovers durch Preußen vom März bis Oktober 1801 bietet ein Musterbeispiel. Das mit der britischen Krone durch Personalunion verbundene Hannover war das zweitgrößte Gebiet innerhalb der Neutralitätszone und ein nahe liegendes Ziel für jeden Staat, der Großbritannien unter Druck setzen wollte. Im Winter und Frühjahr 1800/01 fädelte Zar Paul I. eine Annäherung an Frankreich ein, weil er hoffte, die britische Seehoheit in der Ost- und Nordsee zu schwächen. Er drängte Berlin, das Kurfürstentum Hannover zu besetzen, und wollte Großbritannien dadurch zum Einlenken bewegen. Der preußische König zögerte anfangs, willigte jedoch ein, als deutlich wurde, dass Frankreich Hannover besetzen würde, wenn Preußen es nicht tat – ein Akt, der den letzten Rest der Glaubwürdigkeit zunichtegemacht hätte, den Preußen noch als Garantistaat der Neutralitätszone genoss. Die Preußen zogen sich bei der ersten Gelegenheit wieder zurück, doch die Episode illustriert, wie wenig Raum für eigenständige Manöver sie wirklich hatten – selbst innerhalb der Neutralitätszone, die sie im Frieden von Basel herausge-

schunden hatten. Überdies vergiftete die Aktion die Beziehungen zwischen Berlin und London, wo viele glaubten, dass es letzten Endes das Ziel Preußens sei, »sämtliche kurfürstlichen Ländereien des [britischen] Königs zu besitzen«<sup>25</sup>.

Wie hohl Berlins Anspruch auf die Hegemonie innerhalb der Neutralitätszone in Wirklichkeit war, zeigte sich noch stärker bei der Entschädigung der kleineren und mittleren deutschen Staaten für Territorien, die sie an Frankreich verloren hatten. Statt sich an Berlin zu wenden, verhandelten die Staaten gleich direkt mit Paris und umgingen Preußen.<sup>26</sup> Im Juli 1803 demonstrierte Napoleon, dass er sich nicht im Geringsten um die preußischen Empfindlichkeiten scherte, indem er die Besetzung Hannovers durch französische Truppen befahl. Einen weiteren Schlag erlitt das Ansehen Preußens, als im Herbst 1804 französische Truppen in Hamburg eindrangen und den britischen Geschäftsträger in der Stadt, Sir George Rumbold, entführten. Die Entführung löste in Berlin Empörung aus. Rumbold war am Hofe Friedrich Wilhelms akkreditiert und übte seine Pflichten gleichsam unter dem Schutz des preußischen Königs aus. Darüber hinaus verstieß der Handstreich eklatant gegen den Neutralitätspakt und gegen internationales Recht. Friedrich Wilhelm schickte eine scharfe Protestnote an Napoleon, und ein Konflikt mit Frankreich wurde nur deshalb abgewendet, weil Napoleon unerwartet einen Rückzieher machte und Rumbold freiließ.<sup>27</sup>

Ein weiterer Verstoß gegen die Neutralität folgte im Oktober 1805, als französische Soldaten auf ihrem Weg nach Süden zur Schlacht bei Austerlitz gegen die österreichisch-russische Armee durch die hohenzollerischen Enklaven Ansbach und Bayreuth marschierten. Angesichts derartiger Provokationen verblassten die Argumente, die für Preußens Neutralität sprachen, immer mehr. Es ist nicht bekannt, ob Friedrich Wilhelm III. über die beunruhigenden Erfahrungen des Großen Kurfürsten mit der Neutralität nachgedacht hatte oder ob ihn jemand an den Kommentar Leibniz' auf dem Höhepunkt des Nordischen Krieges erinnerte: »Neutralis similis ei, der im mittelsten Stock wohnt, der wird von dem untersten beraubt und von dem obersten urina perfundiret.«<sup>28</sup>

*Haha!*

Allerdings war es äußerst schwierig zu entscheiden, welche Alternative zur Neutralität denn die beste war. Sollte Preußen sich mit Frankreich verbünden oder mit Russland und den Koalitionsmächten? Die Meinungen waren geteilt. Die Auseinandersetzung spielte sich im Vorzimmer der Macht ab, wo Staatsbeamte, Kabinettsräte, Kabinettssekretäre

Konflikt  
mit  
Napoleon

problem:  
Alternat-  
ive zu  
Neutrali-  
tät?

*Einführung  
auf  
Krieg*

und informelle Berater um den Einfluss auf den König wetteiferten. Dieser Wettstreit wurde vom König durchaus gebilligt, der peinlich bedacht war, nicht unter den Einfluss einer Interessengruppe zu geraten, und deshalb weiterhin in wichtigen Fragen Staatsbeamte, Kabinettsminister, Kabinetsräte, seine Frau und etliche Freunde zurate zog. Die Hauptfiguren im Kampf um die Kontrolle über die Außenpolitik waren der pensionierte Außenminister Christian Graf von Haugwitz und Karl August von Hardenberg, der Haugwitz nachgefolgt war, nachdem dieser aus gesundheitlichen Gründen 1804 aus dem Amt geschieden war.

Während der Rumbold-Krise forderte Hardenberg nachdrücklich ein Bündnis mit Russland und einen offenen Bruch mit Frankreich, nicht zuletzt in der Hoffnung, das Debakel der Neutralitätspolitik unter Haugwitz zu seinen Gunsten zu nutzen. Der aus dem Ruhestand zurückgerufene Haugwitz riet dem Monarchen zur Vorsicht und traf gleichzeitig Vorkehrungen, um Hardenberg auszumanövrieren und wieder die Kontrolle über die Außenpolitik zu erlangen. Hardenberg behauptete seinen Standpunkt mit der gewohnten Tatkraft und Rücksichtslosigkeit und achtete darauf, sich beim König einzuschmeicheln, von dem alles abhing.<sup>29</sup> Wie ihre Auseinandersetzung zeigt, wurden Meinungsverschiedenheiten durch Rivalitäten innerhalb der politischen Elite noch verschärft. Hinzu kam, dass die preußische Sicherheitslage in den Jahren 1805/06 so prekär war, dass es keine einfachen Entscheidungen gab. Beide Optionen – Bündnis mit Frankreich und Bündnis mit der Koalition – erschien gleich vernünftig und gleich bedrohlich.

*Während  
der R.  
mit  
Russen*

Aufgrund der internationalen Entwicklung neigte sich die preußische Politik zuerst der einen, dann der anderen Seite zu. Nach dem französischen Neutralitätsbruch in Ansbach und Bayreuth im Oktober 1805 hatte Berlin ein stärkeres Interesse an einem Bündnis mit Russland. Ende November wurde Haugwitz mit einem scharfen Ultimatum zu den Franzosen entsandt. Kaum war er abgereist, da wendete sich das Blatt jedoch wiederum zugunsten Frankreichs. Bei der Ankunft in Napoleons Hauptquartier erfuhr Haugwitz von der vernichtenden Niederlage, die die Truppen des französischen Kaisers soeben den vereinten österreichisch-russischen Truppen bei Austerlitz (2. Dezember 1805) beigebracht hatten. Da Haugwitz spürte, dass ein Ultimatum nicht länger opportun war, bot der preußische Gesandte Napoleon stattdessen ein Bündnis an. Der Vertrag von Schönbrunn (15. Dezember 1805) sowie mehrere anschließende Vereinbarungen, die Frankreich durchsetzte, verpflichtete

Preußen nicht nur zu einem umfassenden Bündnis mit Napoleon, sondern auch zur Annektierung Hannovers und der Schließung der Nordseehäfen für die britische Schifffahrt. Friedrich Wilhelm erkannte, dass dies einen Krieg mit Großbritannien bedeutete, doch er sah dieses Ergebnis als das kleinere Übel an. Es hatte ganz den Anschein, als hätte Haugwitz seinen Rivalen ausgespielt. Im März 1806 erreichte er Hardenbergs Rücktritt. »Frankreich ist mächtig und Napoleon ist der Mann des Jahrhunderts«, schrieb Haugwitz im Sommer desselben Jahres an den preußischen Gesandten Lucchesini. »Mit ihm vereint, was hätte ich da jemals zu fürchten?«<sup>30</sup>

Da Friedrich Wilhelm ängstlich darauf bedacht war, einen Konflikt mit Russland zu vermeiden, und sich zugleich alle Optionen offen halten wollte, setzte er eine Geheimpolitik fort, die eine Annäherung an St. Petersburg zum Ziel hatte. Dies war eine willkommene Aufgabe für Hardenberg, der nunmehr zum Agenten einer feinsinnigen Geheimpolitik wurde: Nachdem er sich im März scheinbar im Groll von der Politik verabschiedet hatte, wurde ihm die Verantwortung für die geheime Beziehung zu Russland übertragen, die ihrerseits Haugwitz' vorgebliche Politik der Kollaboration mit Frankreich ad absurdum führte.<sup>31</sup> Die unlösbar komplexen Probleme, welche die Lage zwischen zwei Fronten mit sich brachte, hatten noch nie derart ausgefallene Verrenkungen in Berlin zur Folge gehabt.

Unterdessen formierte sich in den höchsten Etagen der Bürokratie entschiedener politischer Widerstand. Zu den einflussreichsten Kritikern zählte der launische Freiherr vom und zum Stein, preußischer Finanz- und Wirtschaftsminister. Stein hatte die Neutralität seit 1795 nie gutgeheißen, sondern als einen niederträchtigen Verrat an Deutschland angesehen (wie es von einem rheinischen Adeligen und Patrioten des Heiligen Römischen Reiches nicht anders zu erwarten war). Im Winter 1805/06, als Graf Haugwitz Preußen zu einem Bündnis mit Napoleon und zur Annektierung Hannovers drängte, sah der Britenfreund Stein sich außerstande, den Kurs der Regierung zu unterstützen. Er gelangte zu der Überzeugung, nur durch eine gründliche Strukturreform der höchsten Exekutive werde der Staat in die Lage gesetzt, eine effektivere Außenpolitik zu führen. Stein überschritt radikal die Grenzen seines Zuständigkeitsbereichs, als er am 27. April 1806 eine Denkschrift verfasste, deren Überschrift allein schon einem Manifest gleichkommt: »Darstellung der fehlerhaften Organisation des Kabinetts und der Notwendigkeit der Bildung einer Ministerialkon-

*Krieg  
mit GB*

*Geheim  
politik  
mit R.*

*Harden-  
berg*

*Lage  
zwischen  
Fronten*

*Kritik  
von Stein*

*Stein -  
Schrift*

Kritik  
an  
Stein  
System

ferenz«. Das Dokument fiel vor allem durch die Schärfe der Wortwahl auf: Den Mitgliedern des Kabinetts wurde darin »Arroganz, Dogmatismus, Ignoranz, physische und sittliche Schwäche, Seichtheit, grausame Sinnlichkeit, verräterisches Verhalten, schamlose Lügen, Engstirnigkeit und üble Nachrede« vorgeworfen.<sup>32</sup> Die Lösung der gegenwärtigen, misslichen Lage des Königs, so Stein, liege nicht allein in der Absetzung dieser Taugenichtse, sondern auch in der Einführung klarer Zuständigkeitsbereiche. Bei der gegenwärtigen Regelung hätten die persönlichen Berater des Königs »alle Gewalt, die endliche Entscheidung aller Angelegenheiten [...], aber keine Verantwortlichkeit, da die Person des Königs ihre Handlungen sanktioniert. Den obersten Staatsbeamten bleibt die Verantwortlichkeit der Anträge [...].« Deshalb sei es notwendig, die willkürliche Herrschaft der Kumpane und Günstlinge durch ein System mit einer verantwortlichen Ministerialregierung zu ersetzen.

»Sollte der König die vorgeschlagene Veränderung nicht beschließen, sollte er fortfahren, unter dem Einfluss eines fehlerhaft eingerichteten und verwerflich zusammengesetzten Kabinetts zu regieren, so ist es zu erwarten, dass der Staat entweder sich auflöst oder seine Unabhängigkeit verliert und dass der Monarch die Liebe und Achtung seiner Untertanen nie wieder erhält. [...] Dem redlichen Staatsbeamten wird nichts übrig bleiben, als seine Stelle mit unverdienter Schande bedeckt zu verlassen, ohne helfen zu können, oder an den alsdann sich ereignenden Verworfenheiten Teil zu nehmen.«<sup>33</sup>

Stellvertretende  
Stimmen

Brief  
an König

Wohl kaum ein Dokument veranschaulicht drastischer, wie rebellisch die Stimmung mittlerweile in den obersten Etagen der preußischen Verwaltung geworden war. Zum Glück, vielleicht, für Stein wurde der bemerkenswert offene Brief nie dem König gezeigt. Stein übergab ihn General Rüchel (der in Kürze das unselige Kommando in Jena übernehmen sollte) und bat ihn, das Schreiben dem Monarchen zukommen zu lassen, doch der alte General zögerte. Im Mai legte Stein es Königin Luise vor, die zwar ihren Respekt vor seinen Gefühlen äußerte, die Denkschrift aber für zu ungestüm und leidenschaftlich hielt, um sie ihrem Mann vorzulegen. Die Schrift erreichte dennoch ihren Zweck; sie zirkulierte unter den hohen, andersdenkenden Persönlichkeiten innerhalb der Verwaltung und trug dazu bei, deren Widerstand zu schärfen. Stein wurde zu einem Wortführer der bürokratischen Opposition.

Unterdessen war das außenpolitische Dilemma Preußens noch längst nicht gelöst. »Eure Majestät«, warnte Hardenberg in einer Denkschrift

vom Juni 1806, »befindet sich in der einzigartigen Situation, gleichzeitig mit Russland und Frankreich verbündet zu sein [...]. Dieser Zustand darf nicht andauern.«<sup>34</sup> Im Juli und August wurde bei den übrigen norddeutschen Staaten sondiert, wie sie zur Gründung einer interterritorialen Union ständen; das wichtigste Ergebnis dieser Bemühungen war ein Bündnis mit Sachsen. Doch die Verhandlungen mit Russland kamen nur schleppend voran, teils wegen der ernüchternden Wirkung des noch im Gedächtnis haftenden Desasters bei Austerlitz, teils, weil es einige Zeit dauerte, das in den Monaten der Geheimdiplomatie entstandene Chaos zu ordnen. Somit war man bei der Gründung einer dauerhaften Koalition noch keinen Schritt weitergekommen, als eine weitere Provokation der Franzosen in Berlin gemeldet wurde. Im August 1806 kursierte das Gerücht, für das angeblich handfeste Hinweise vorlagen, Napoleon führe mit Großbritannien Bündnisgespräche und habe London unilateral die Rückgabe Hannovers als Lockmittel angeboten. Das ging zu weit. Nichts hätte die Geringschätzung Napoleons für die norddeutsche Neutralitätszone und die Stellung Preußens darin besser demonstrieren können.

Zu diesem Zeitpunkt stand Friedrich Wilhelm III. unter enormem Druck seitens vieler Mitglieder in seinem eigenen Umkreis, sich für einen Krieg gegen Frankreich zu entscheiden. Am 2. September wurde eine Denkschrift an den König weitergeleitet, die seine bisherige Politik kritisierte und auf einen Krieg drängte. Unter den Unterzeichnenden fanden sich Prinz Louis Ferdinand, der beliebte Militärbefehlshaber und Neffe Friedrichs des Großen, zwei Brüder des Königs, Prinz Heinrich und Prinz Wilhelm, ein Vetter und der Prinz von Oranien. Die Denkschrift, die der Hofhistoriograf Johannes von Müller im Auftrag der Unterzeichnenden abgefasst hatte, traf ins Schwarze. Dem König wurde in der Schrift vorgeworfen, das Heilige Römische Reich im Stich gelassen und seine Untertanen sowie die Glaubwürdigkeit seines Ehrenwortes geopfert zu haben, und das wegen der Politik eines kaum verhohlenen Eigeninteresses, die von der profranzösischen Gruppe unter seinen Ministern verfolgt werde. Nunmehr gefährde er die Ehre seines Königreiches und seines Hauses noch stärker, indem er sich weigere, klar Stellung zu beziehen. Der König betrachtete dieses Dokument als eine wohlberechnete Herausforderung seiner Autorität und reagierte empört und alarmiert. In einer Geste, die an frühere Zeiten erinnerte, als Brüder noch um den Thron stritten, wurden die Prinzen angewiesen, die

Wahl in Abwesenheit

problem  
mit  
koalition

Prinz  
Napoleon

Druck  
auf  
König  
F. Oranien

Denk-  
schrift

Hauptstadt zu verlassen und zu ihren Regimentern zurückzukehren. Wie die Episode zeigt, geriet der Grabenkampf um die Außenpolitik allmählich außer Kontrolle. Eine entschlossene »Kriegspartei« hatte sich herausgebildet, der Mitglieder der Königsfamilie angehörten. Die zentralen Persönlichkeiten waren jedoch die beiden Minister Karl August von Hardenberg und Heinrich Friedrich Karl vom und zum Stein. Sie hatten es sich zum Ziel gesetzt, die Pannen und Kompromisse der Neutralitätspolitik zu beenden. Die implizierte jedoch bereits die Forderung nach einem Entscheidungsprozess, der sich auf eine breitere Basis stützte und den König in irgendeiner Form an das Ergebnis eines kollegialen Beratungsprozesses band.<sup>35</sup>

Auch wenn der König sich über die »Impertinenz« des Memorandums vom 2. September maßlos ärgerte, ließ der Vorwurf des Treuebruchs ihm keine Ruhe. Seine instinktive Vorliebe für behutsames und zögerliches Vorgehen war vergessen, und so kam es, dass die Berliner Entscheidungsträger sich zu übereilten Aktionen hinreißen ließen, obwohl die Vorbereitungen für eine Koalition mit Russland und Österreich noch kaum konkrete Formen angenommen hatten. Am 26. September 1806 schrieb Friedrich Wilhelm III. dem französischen Kaiser einen Brief voller bitterer Anschuldigungen, bestand darauf, dass der Neutralitätspakt eingehalten werde, verlangte die Rückgabe mehrerer preußischer Territorien am Niederrhein und schloss mit den Worten: »Gäbe der Himmel, daß wir uns auf Grundlagen verständigen könnten, die Ihnen Ihren vollen Ruhm lassen, aber den anderen Völkern ihre Ehre gönnen, und die endlich dem Fieber von Angst und Erwartung ein Ende bereiten, in dem niemand auf die Zukunft rechnen noch seine Aufgabe prüfen kann.«<sup>36</sup> Napoleons Antwort, die am 12. Oktober im kaiserlichen Hauptquartier in Gera unterschrieben wurde, troff vor einer geradezu dreisten Mischung aus Arroganz, Aggressivität, Sarkasmus und falscher Sorge.

»Mein Herr Bruder, ich erhielt erst am 7. Oktober den Brief Eurer Majestät vom 26. September. Es tut mir außerordentlich leid, daß man Sie ein solches Pamphlet hat unterzeichnen lassen.

Ich antworte Ihnen nur, um Sie zu versichern, daß ich Ihnen die darin enthaltenen Beleidigungen niemals persönlich zuschreiben werde, weil sie Ihrem Charakter zuwider sind und uns beide zur Unehr gereichen. Ich bedaure und verachte zugleich die Macher eines solchen Werkes. Kurz danach erhielt ich die Note Ihres Ministers vom 1. Oktober, die mich am 8. zu einem Rendezvous aufforderte. Als guter Kavalier habe

ich Wort gehalten und befinde mich nun im Herzen Sachsens. Glauben Sie mir, ich habe so mächtige Streitkräfte, daß alle die Ihrigen den Sieg nicht lange schwankend machen können! Warum aber soviel Blut vergießen? Zu welchem Zweck? Ich spreche zu Eurer Majestät, genau so wie ich zum Kaiser Alexander vor der Schlacht von Austerlitz gesprochen habe. [...] Aber Sire, Eure Majestät wird besiegt werden! Sie werden die Ruhe Ihrer Tage, das Leben Ihrer Untertanen preisgeben, ohne auch nur den kleinsten Grund zu Ihrer Entschuldigung vorbringen zu können! Heute stehen Sie noch unbescholtene da und können mit mir auf eines Ihres Ranges würdige Weise unterhandeln, aber noch ehe ein Monat vergeht, wird Ihre Lage eine andere sein!«<sup>37</sup>

So sprach der »Mann des Jahrhunderts«, der »Weltgeist zu Pferde« (Georg Wilhelm Friedrich Hegel) im Herbst 1806 mit dem König von Preußen. Damit führte kein Weg mehr an dem Waffengang bei Jena und Auerstedt vorbei.

Für Preußen hätte der Zeitpunkt kaum schlechter sein können. Da das von Zar Alexander versprochene Korps noch nicht in Sicht war, existierte die Koalition mit Russland nur auf dem Papier. Preußen stellte sich allein der Macht der französischen Armeen, einmal abgesehen von dem Bündnispartner Sachsen. Ironischerweise hätte ausgerechnet die Gewohnheit des Königs, die die Kriegspartei so sehr beklagte, nämlich Entscheidungen hinauszuzögern, als Einziges Preußen retten können. Die preußischen und sächsischen Feldherren hatten erwartet, Napoleon westlich des Thüringer Waldes eine Schlacht zu liefern, doch er rückte viel schneller vor, als sie angenommen hatten. Am 10. Oktober 1806 kam die preußische Vorhut mit französischen Truppen in Berührung und wurde bei Saalfeld geschlagen. Die Franzosen stießen dann an der Flanke der preußischen Armeen vorbei vor und stellten sich mit dem Rücken zu Berlin und zur Oder auf. Damit schnitten sie den Preußen die Nachschublinien sowie die Rückzugsroute ab. Dieses Manöver war ein Grund dafür, dass der Zusammenbruch der Ordnung auf dem Schlachtfeld nicht aufzuhalten war.

Die relative Schlagkraft der preußischen Armee hatte seit Ende des Siebenjährigen Krieges abgenommen. Das lag nicht zuletzt daran, dass so großer Wert auf immer komplexere Formen des Drills gelegt wurde. Sie waren zwar keineswegs rein kosmetischer Luxus, vielmehr dienten sie einem klaren militärischen Ziel, nämlich der Integration jedes einzelnen Soldaten in eine Kampfmaschine, die sich einem einzigen Willen

fügte und imstande war, auch unter extremer Belastung den Zusammenschnitt zu bewahren. Dieser Ansatz hatte gewiss auch seine Vorteile (unter anderem wurde die abschreckende Wirkung auf ausländische Beobachter durch die Manöver bei der alljährlichen Parade in Berlin gesteigert), aber gegen die flexiblen, überaus beweglichen Truppen, die von Napoleon ins Feld geführt wurden, erwies er sich als ineffektiv. Hinzu kam, dass die preußische Armee auf eine große Zahl ausländischer Soldaten angewiesen war – im Jahr 1786, bei Friedrichs Tod, waren von den 195.000 Mann in preußischen Diensten 110.000 Ausländer. Es gab gute Gründe, sich ausländische Soldaten zu halten: Ihr Tod im Dienst war leichter zu ertragen, und sie verringerten die negative Auswirkung des Wehrdienstes auf die einheimische Wirtschaft. Ihre große Zahl brachte freilich auch Probleme mit sich. In der Regel waren sie nicht so diszipliniert, weniger motiviert und desertierten eher.

Allerdings waren in der Zeit zwischen dem Bayerischen Erbfolgekrieg (1778/79) und dem Feldzug von 1806 wichtige Verbesserungen eingeführt worden.<sup>38</sup> Die mobilen, leichten Einheiten und Jägerkontingente waren ausgeweitet und das Requisitionssystem war vereinfacht und überholt worden. Dies reichte jedoch nicht aus, um die Kluft zu schließen, die sich schon bald zwischen der preußischen Armee und den Streitkräften des revolutionären und napoleonischen Frankreichs auftrat. Zum Teil waren die Preußen schlichtweg zahlenmäßig unterlegen – sobald die französische Republik dazu übergegangen war, unter dem Vorzeichen der *levée en masse*, der allgemeinen Wehrpflicht, die französischen Volksschichten zu mobilisieren, konnte Berlin auf keinen Fall mit ihr Schritt halten. Folglich hätte die preußische Politik um jeden Preis vermeiden müssen, ohne die Hilfe eines starken Bündnispartners gegen Frankreich zu kämpfen.

Seit Beginn der Revolutionskriege hatten die Franzosen zudem Infanterie, Kavallerie und Artillerie in festen Divisionen zusammengefasst, die von einer unabhängigen Logistik unterstützt wurden und imstande waren, autonom gemischte Operationen durchzuführen. Unter Napoleon wurden diese Einheiten zu Armeekorps zusammengestellt, die sich durch eine beispiellose Flexibilität und Schlagkraft auszeichneten. Im Gegensatz dazu hatten die Preußen zu der Zeit, als sie sich den Franzosen in Jena und Auerstedt stellten, gerade erst begonnen, die Möglichkeiten von Divisionen mit kombinierten Waffengattungen auszuloten. Auch beim Einsatz von Scharfschützen hinkten die Preußen weit hinter

den Franzosen her. Auch wenn, wie gesagt, gewisse Anstrengungen unternommen worden waren, dieses Element der Streitkräfte auszubauen, blieb die Gesamtzahl klein, die Waffen waren nicht von bester Qualität und man dachte nicht genügend darüber nach, wie der Einsatz von Schützen in den Einsatz großer Truppenkontingente integriert werden konnte. Leutnant Borcke und seine Mitinfanteristen mussten diesen Nachteil in der taktischen Flexibilität und Schlagkraft teuer bezahlen, als sie auf das todbringende Schlachtfeld bei Jena gelangten.

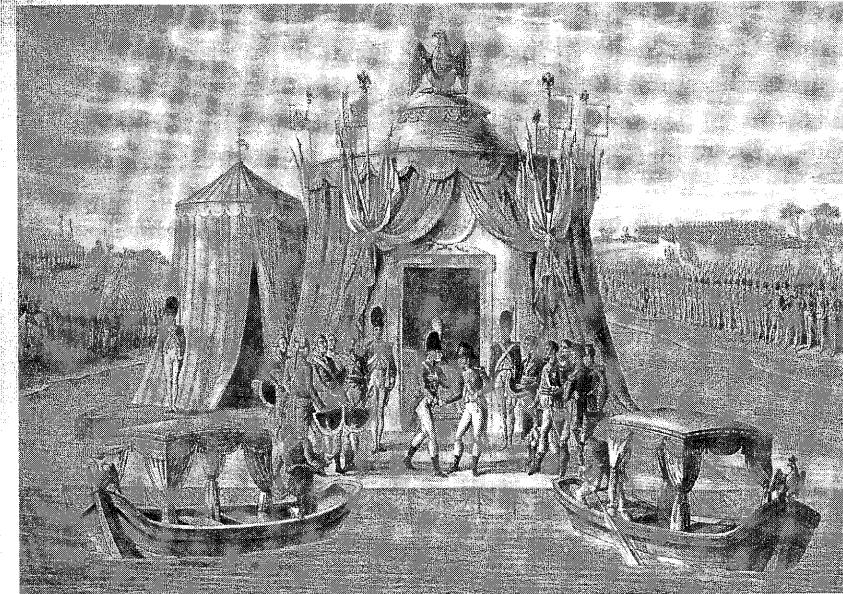
Friedrich Wilhelm III. hatte ursprünglich die Absicht, nach Jena und Auerstedt die Friedensverhandlungen mit Napoleon zu eröffnen, doch seine Initiativen wurden abgewiesen. Berlin wurde am 24. Oktober besetzt, und drei Tage danach zog Bonaparte in die Hauptstadt ein. Bei einem kurzen Aufenthalt in Potsdam stattete er dem Grab Friedrichs des Großen einen berühmten Besuch ab, wo er angeblich ganz in Gedanken versunken vor dem Sarg gestanden hatte. Laut einer Darstellung drehte er sich zu den Generälen um, die bei ihm waren, und bemerkte: »Werte Herren, wenn dieser Mann noch leben würde, dann stünde ich nicht hier.« Teils steckte in diesen Worten nostalgischer Kitsch, teils aber ein echter Tribut an das außergewöhnlich hohe Ansehen, das Friedrich unter den Franzosen genoss, insbesondere unter patriotischen Organisationen, die dazu beigetragen hatten, die französische Außenpolitik neu zu beleben und die das Bündnis mit Österreich von 1756 immer schon als den größten Fehler des *ancien régime* angesehen hatten. Napoleon war schon seit langem ein Bewunderer des preußischen Königs: Er hatte die Feldzugsberichte Friedrichs gewälzt und eine kleine Statue des Königs in seinem privaten Arbeitszimmer aufgestellt. Der junge Alfred de Vigny behauptete mit einem vielsagenden Schmunzeln sogar, er habe beobachtet, dass Napoleon Posen Friedrichs nachgeahmt habe, so habe er etwa demonstrativ Tabak geschnupft, den Hut geschwenkt und »andere ähnliche Gesten« gemacht – ein beredtes Zeugnis für den fortwährenden Nachhall des Kultes. Zu der Zeit, als der französische Kaiser in Potsdam dem toten Friedrich seinen Respekt zollte, war der lebende Nachfolger bis in den östlichsten Winkel des Königreichs geflüchtet und beschwore Parallelen zu den finsternen Tagen der 1630er und 1640er Jahre herauf. Auch der Staatsschatz war in letzter Minute gerettet und nach Osten geschafft worden.<sup>39</sup>

Jetzt war Napoleon bereit, Friedensbedingungen anzubieten, und verlangte, dass Preußen auf sämtliche Gebiete westlich der Elbe verzichtete.

Nach einem Hin und Her unterzeichnete Friedrich Wilhelm III. am 30. Oktober 1806 eine solche Vereinbarung, woraufhin Napoleon jedoch seine Meinung änderte und darauf bestand, dass er nur dann einem Waffenstillstand zustimmen werde, wenn Preußen einwillige, als Operationsbasis für einen französischen Angriff auf Russland zu dienen. Obwohl sich die Mehrheit seiner Minister für diese Option aussprach, stellte sich Friedrich Wilhelm an die Seite der Minderheit, die es vorzog, den Krieg an der Seite Russlands fortzusetzen. Alles hing davon ab, ob die Russen imstande waren, ausreichende Truppen ins Feld zu führen, um den französischen Vormarsch zu stoppen.

Von Oktober 1806 bis Januar 1807 rückten französische Truppen ununterbrochen durch preußisches Gebiet vor und erzwangen oder akzeptierten die Kapitulation wichtiger Festungen. Am 7. und 8. Februar 1807 wurden sie jedoch bei Preußisch-Eylau von einer russischen Streitmacht mit einem kleinen preußischen Kontingent zurückgeworfen. Von diesem Rückschlag ernüchtert, erneuerte Napoleon das Waffenstillstandsangebot vom Oktober 1806, demzufolge Preußen lediglich auf seine Gebiete westlich der Elbe verzichten musste. Nunmehr lehnte jedoch Friedrich Wilhelm ab, weil er hoffte, dass weitere russische Angriffe die Waagschale zugunsten von Preußen neigen würden. Diese blieben allerdings aus. Die Russen versäumten es, den Vorteil, den sie sich bei Preußisch-Eylau verschafft hatten, auszunutzen; und die Franzosen unterwarfen während des Januars und Februars weitere preußische Festungen in Schlesien. Unterdessen handelte Hardenberg, seit April 1807 wieder Minister, einen Bündnisvertrag mit St. Petersburg aus, der am 26. April 1807 unterzeichnet wurde. Die neue Allianz war aber nur von kurzer Dauer: Nach einem französischen Sieg über die Russen bei Friedland am 14. Juni 1807 bat Zar Alexander Napoleon um einen Waffenstillstand.

Am 25. Juni 1807 trafen sich Kaiser Napoleon und Zar Alexander zu Friedensverhandlungen in einem ungewöhnlichen Ambiente, nämlich auf einem prächtigen Floß mitten auf der Memel bei Piktupönen in der Nähe der ostpreußischen Stadt Tilsit. Das Floß war auf Befehl Napoleons gebaut worden; da der Fluss offiziell die Demarkationslinie des Waffenstillstands war und die russischen und französischen Heere sich auf beiden Flussufern gegenüberlagen, war das Floß eine geniale Lösung. Es bildete den neutralen Boden, auf dem die beiden Herrscher sich auf Augenhöhe treffen konnten. Friedrich Wilhelm von Preußen wurde nicht eingeladen. Stattdessen wartete er stundenlang am Ufer, umgeben



25. Napoleon und Zar Alexander treffen sich auf der Memel bei Tilsit auf einem Floß.

Zeitgenössischer Kupferstich von Le Beau, nach Nadet.

von den Offizieren des Zaren und eingewickelt in einen russischen Mantel. Das war nur eine der unzähligen Maßnahmen, mit denen Napoleon der ganzen Welt den niederen Rang des unterlegenen Königs von Preußen kundtat. Das Floß war mit Girlanden und Kränzen geschmückt, welche die Buchstaben »A« und »N« trugen – die Buchstaben »F W« suchte man vergebens, obwohl die gesamte Zeremonie auf preußischem Boden stattfand. Während überall französische und russische Fahnen in der sanften Brise flatterten, glänzte die preußische Fahne durch Abwesenheit. Selbst als Napoleon am nächsten Tag Friedrich Wilhelm zu sich auf das Floß lud, hatte die folgende Unterhaltung eher die Aura einer Audienz als einer Begegnung zwischen zwei Monarchen. Friedrich Wilhelm III. musste in einem Vorzimmer warten, während der Kaiser überfälligen Papierkram erledigte. Napoleon weigerte sich, dem König seine Pläne für Preußen mitzuteilen, und hielt ihm stattdessen einen militärischen und politischen Fehler nach dem andern vor, die er während des Kriegs begangen hatte.

Napoleon behauptete F gering schätz

Auf Drängen des Zaren willigte Napoleon ein, Preußen als Staat zu erhalten. Doch nach den Bedingungen des Friedens von Tilsit (9. Juli 1807) wurde es bis auf die Kernlande zurückgestutzt: Brandenburg östlich der Elbe, Ost- und Westpreußen ohne Danzig, Pommern und Schlesien. Die polnischen Gebiete, die während der Zweiten und Dritten Teilung Preußen zugefallen waren, bildeten künftig die Basis für einen französischen Satellitenstaat Polen im Osten; die westlichen Territorien hingegen, von denen einige seit Beginn des 17. Jahrhunderts zu Brandenburg-Preußen gehörten, wurden von Frankreich annektiert oder in eine Reihe von von Napoleon abhängigen Staaten eingegliedert. Friedrich Wilhelm schickte sogar seine Frau Luise zum Kaiser, um eine großzügigere Regelung zu erbitten – unwillentlich schuf er damit eine Parallel zu den 1630er Jahren, als der unglückliche Kurfürst Georg Wilhelm die Frauen der Königsfamilie dem heranrückenden Gustav Adolf entgegengeschickt hatte, um mit ihm zu verhandeln. Napoleon zeigte sich zwar von der Entschlossenheit und der Anmut der preußischen Königin beeindruckt, machte aber keine Zugeständnisse.

Der Traum von einer Vorherrschaft Preußens in Norddeutschland – den die Neutralitätszone für kurze Zeit genährt hatte – schien für immer ausgeträumt. Auch die Vision von Preußen als Großmacht im Osten, die auf Augenhöhe mit Russland und Österreich verhandelte, hatte sich in Luft aufgelöst. Eine hohe Kriegsentschädigung wurde gefordert, deren exakte Höhe zu gegebener Zeit mitgeteilt werden sollte. Die Franzosen würden das Land so lange besetzt lassen, bis die Summe beglichen war. Ein kleines, aber bitteres Detail: Nachdem der Kurfürst von Sachsen im Dezember 1806 einen Separatfrieden mit den Franzosen unterzeichnet hatte und dem Rheinbund, einer Vereinigung französischer Satellitenstaaten in Deutschland, beigetreten war, empfing er aus den Händen Napoleons eine Königskrone und wurde zum König Friedrich August I. von Sachsen ernannt. Ein Jahr danach erhielt Sachsen zur Belohnung Cottbus, einen ehemals preußischen Besitz. Es sah fast so aus, als könnte Sachsen wiederum so stark werden, dass Dresden einmal mehr Berlin die Vorherrschaft in Norddeutschland streitig machen würde. Napoleon nährte diese Hoffnungen. In einer Ansprache an die Offiziere der geschlagenen sächsischen Armee im Schloss von Jena am Tag nach der Schlacht erklärte der Kaiser sich zum Befreier und behauptete sogar, er habe den Krieg gegen Preußen nur deshalb geführt, um die Unabhängigkeit Sachsens zu erhalten.<sup>40</sup> Das war eine neue Wende in der langjährigen

rigen Rivalität zwischen Preußen und Sachsen, in der das Bündnis von 1806 nur eine vorübergehende Unterbrechung gewesen war.

Jedes Regime ist nach einer Niederlage mit einem Makel behaftet – das ist eines der wenigen Gesetze der Geschichte. Viele Länder haben schon weit verheerendere militärische Rückschläge als die Preußen 1806/07 hinnehmen müssen, aber für ein Staatswesen, das sich so sehr mit seinem militärischen Können identifiziert, kamen die Niederlagen bei Jena und Auerstedt sowie die anschließenden Kapitulationen fast schon einem Todesstoß gleich. Sie trafen das preußische System in seinem Kern. Der König selbst war befehlshabender Offizier (wenn auch nicht sonderlich talentiert), er hatte seit seiner Kindheit im Militärdienst gestanden und pflegte in Uniform vor seinen vorrückenden Regimentern zu reiten. Die erwachsenen Prinzen der Königsfamilie waren allesamt bekannte Feldherren. Das Offizierskorps war die auf dem Lande herrschende Klasse in Uniform. Die gesamte politische Ordnung des alten Preußen war in Frage gestellt worden.

## KAPITEL 10

### Die Welt der Bürokraten

#### Flucht von F und Lise Die neue Monarchie

Im Dezember 1806, als Friedrich Wilhelm III. und Luise von Preußen vor den vorrückenden französischen Truppen nach Osten flüchteten, blieben sie für eine Nacht in der ostpreußischen Kleinstadt Ortelsburg. Es waren weder Lebensmittel noch sauberes Wasser aufzutreiben. Der König und seine Frau mussten notgedrungen mit derselben Schlafunterkunft in »einer der elenden Scheunen, die sie Häuser nannten«, vorlieb nehmen, wie der britische Gesandte George Jackson schrieb, der sie begleitete.<sup>1</sup> Hier fand Friedrich Wilhelm Zeit, ausgiebig über die Bedeutung der preußischen Niederlage nachzudenken. Im Zuge der Katastrophe von Jena und Auerstedt hatten zahlreiche preußische Festungen unter Umständen kapituliert, unter denen sie eigentlich noch hätten standhalten müssen. Stettin verfügte beispielsweise über eine Garnison mit rund 5000 Mann und hatte ausreichend Vorräte, dennoch hatte die Stadt sich einem kleinen Regiment aus gerade 800 feindlichen Husaren ergeben. Die Festung in Küstrin – dieser Schrein der preußischen Geschichte – hatte nur wenige Tage nach dem Abzug des Königs in Richtung Osten kapituliert. Der Zusammenbruch Preußens, so schien es, war ebenso sehr eine Frage des politischen Willens und der Motivation wie der technischen Unterlegenheit.

*Fam von P*  
Der Zorn des Königs über diese Kette von Kapitulationen kam in dem »Publikandum von Ortelsburg« zum Ausdruck, einer Erklärung, die Friedrich Wilhelm am 12. Dezember 1806 eigenhändig niederschrieb. Es sei noch zu früh, stellte er fest, Schlüsse zu ziehen, wer oder was denn nun verantwortlich für die »fast gänzliche Auflösung« der preußischen Truppen auf dem Feld sei, doch die Kapitulationen der Festungen seien ein »beispielloser« Skandal in der Geschichte der preußischen Armee. Künftig werde jeder Gouverneur oder Kommandant, der seine Festung »aus bloßer Besorgnis vor einem Bombardement oder aus sonst einem andern nichtigen Grunde, es sey welcher es wolle« übergebe, »ohne

Gnade erschossen«. Jeder Soldat, der »aus der Furcht seine Waffen wegwirft«, werde ebenfalls dem Erschießungskommando überstellt. Auch preußische Untertanen, die in den Dienst des Feindes eintraten und mit der Waffe in der Hand angetroffen wurden, würden »ohne Gnade erschossen«.<sup>2</sup> Das Dokument liest sich zum großen Teil wie ein Wutausbruch, mit dem der König seinem Zorn Luft machen wollte, doch eine unscheinbare Passage am Ende kündigte geradezu eine Revolution an. Künftig werde, so schrieb Friedrich Wilhelm, jeder, der sich im Kampf auszeichne, in das Offizierskorps befördert, unabhängig davon, ob er Soldat, Unteroffizier oder Fürst sei.<sup>3</sup> Mitten im Chaos der Flucht hatte ein Prozess der Reform und Selbsterneuerung begonnen.

Nach den Niederlagen und Demütigungen von 1806/07 erließ ein neuer Führungskader aus Ministern und Beamten eine Reihe von Regierungsendikten, die den Aufbau der preußischen Exekutive veränderten, die Wirtschaft deregulierten, die Grundregeln der Agrargesellschaft sowie die Beziehung zwischen Staat und Zivilgesellschaft neu formulierten. Gerade weil die Niederlage so vernichtend war, hatte sie die Tür zu Reformen weit aufgestoßen. Da jedes Vertrauen in die herkömmlichen Strukturen verloren gegangen war, konnten all jene die Gunst der Stunde nutzen, die schon seit langem danach getrachtet hatten, das System von innen heraus zu reformieren. Ihre einstigen Widersacher waren zwangsläufig verstummt.

Der Krieg brachte überdies eine finanzielle Bürde mit sich, die mit den herkömmlichen Mitteln nicht bewältigt werden konnte. Eine Entschädigung in Höhe von 120 Millionen Francs musste aufgebracht werden, doch die wahren Kosten der französischen Besatzung, die von August 1807 bis Dezember 1808 währte, wurden von einem Zeitgenossen auf rund 216,9 Millionen Taler geschätzt – eine gewaltige Summe, wenn man bedenkt, dass die Staatseinnahmen im Jahre 1816 gerade mal 31 Millionen Taler betrugen.<sup>4</sup> Das daraus resultierende Gefühl, dringend etwas unternehmen zu müssen, begünstigte all jene, die ein stimmiges Konzept hatten und es überzeugend zu vermitteln wussten. So gesehen hatte der Schock des Sieges Napoleons zur Folge, dass die Kräfte, die ohnehin bereits im preußischen Staat am Werk gewesen waren, konzentriert und verstärkt wurden.<sup>5</sup>

Im Zentrum des Reformprozesses, der 1807 einsetzte, stand der König von Preußen, Friedrich Wilhelm III. (auch wenn seine Rolle gelegentlich zu wenig gewürdigt wurde). So wichtig die Reformbürokraten waren,

*im Zentrum der Reformer stand König*

hätten sie ihre Pläne ohne seine Unterstützung nicht durchführen können. Friedrich Wilhelm III. ernannte den Freiherrn vom und zum Stein im Oktober 1807 zu seinem höchsten Berater, bis er von Napoleon gezwungen wurde, ihn 1808 zu entlassen (Stein habe angeblich eine Verschwörung gegen die Franzosen angezettelt). Nach der Ernennung Alexander Graf zu Dohna-Schlobittens und Karl von Altensteins (ein alter Freund aus der »Frankenclique«) zu gemeinsam leitenden Ministern berief der König dann im Juni 1810 Hardenberg in das Finanz- und Innenministerium, verlieh ihm den neuen Titel Staatskanzler und machte ihn damit zum ersten Regierungschef Preußens.

Friedrich Wilhelm III. bleibt jedoch eine schwer fassbare Gestalt. J. R. Seeley, der Autor eines dreibändigen Porträts von Stein aus dem 19. Jahrhundert, beschrieb den König als den »ehrenhaftesten und gewöhnlichsten Mann, der jemals Preußen regiert hat«<sup>6</sup>. Zu einer Zeit, als Preußens kulturelles und politisches Leben von herausragenden Persönlichkeiten dominiert wurde (Schleiermacher, Hegel, Stein, Hardenberg, die Brüder Humboldt), war der Monarch ein pedantischer und engstirniger Langweiler. Seine Äußerungen waren bruchstückhaft und brusk. Napoleon, der während der Sommertage in Tilsit häufig mit ihm speiste, erinnerte sich später, dass es schwer war, ihn dazu zu bringen, über ein anderes Thema zu sprechen als über »Tschakos, Knöpfe und lederne Tornister«<sup>7</sup>. Obwohl er in den Krisenjahren vor der Niederlage selten weit vom Zentrum der hohen Politik entfernt war, erscheint er uns als eine unbedeutende Figur, da er immer bemüht war, sich im Hintergrund zu halten, den Augenblick der Entscheidung stets hinauszögerte und sich auf die Ratschläge des engsten Kreises um ihn verließ. Als Kronprinz war Friedrich Wilhelm jede Gelegenheit verwehrt worden, das Regierungsgeschäft von innen zu erlernen. (Im Gegensatz dazu sollte er seinem eigenen Sohn, dem späteren Friedrich Wilhelm IV., eine Schlüsselrolle in der preußischen Innenpolitik anbieten – ein weiteres Beispiel für den dialektischen Wechsel der Regierungsmuster, der so charakteristisch ist für die Dynastie der Hohenzollern.) Sein Leben lang vereinte der König in sich einen scharfen, wenn auch wortkargen Verstand mit einem tiefen Mangel an Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten. Weit davon entfernt, die Chancen zu nutzen, die ihm die Königswürde bot, betrachtete Friedrich Wilhelm die Krone als eine »Last«, die er zu tragen hatte, eine Bürde, für die sich seiner Ansicht nach andere viel besser eignen würden als er.



26. König Friedrich Wilhelm III. und Königin Luise mit der Familie  
im Schlossgarten bei Charlottenburg, um 1805;  
Kupferstich von Friedrich Meyer nach Heinrich Anton Dähling.

Nach Friedrich Wilhelms Thronbesteigung im Jahre 1797 waren wie üblich die Gegensätze innerhalb der Hohenzollerndynastie zum Vorschein gekommen. Der Vater hatte jede sich bietende Gelegenheit zum Gebietsgewinn zu nutzen versucht; der Sohn war ein Mann des Friedens und scheute das Trachten nach Ruhm und Ehre. Die Herrschaft des Vaters war verbunden mit dem letzten Aufbüumen des ganzen Prunkes der Monarchie, mit der Zurschaustellung verschwenderischer Pracht und mit einem Schwarm Mätressen. Der Sohn lebte asketisch und blieb seiner Frau treu. Ihm war das Stadtschloss in Berlin viel zu imposant, er hielt sich lieber in der kleineren Residenz auf, die er als Kronprinz bewohnt hatte. Sein Lieblingswohnsitz war jedoch ein kleines ländliches Gut, das er bei Paretz in der Nähe von Potsdam gekauft hatte. Hier konnte er in ruhiger Häuslichkeit leben und so tun, als wäre er ein einfacher Landjunker. Friedrich Wilhelm III. zog, anders als seine Vorgänger, eine klare Trennlinie zwischen Privatleben und öffentlicher Funktion. Er war fürchterlich schüchtern und mochte große öffentliche

*schüchtern + lebte anders als sein Vater*

*Mit  
in mit  
drückt*

Anlässe bei Hofe überhaupt nicht. Er reagierte schockiert, als er 1813 erfuhr, dass seine Kinder die Gewohnheit hatten, ihn in seiner Abwesenheit »der König« statt »Papa« zu nennen. Er sah sich gern leichte Komödien im Theater an, nicht zuletzt, weil er es genoss, in Gesellschaft von Menschen zu sein, ohne gleichzeitig im Mittelpunkt zu stehen.

All das mag uns auf den ersten Blick banal erscheinen, doch zeitgenössische Kommentatoren haben dem durchaus große Bedeutung beigemessen. Während der ersten Jahre seiner Herrschaft hoben seine Zeitgenossen wiederholt Friedrich Wilhelms bescheidenes bürgerliches Benehmen lobend hervor. Im Jahr 1798, kurz nach der Thronbesteigung, pries der Berliner Theaterdichter Karl Alexander von Herklot den König in Versen:

Nicht dem Purpur, nicht der Krone  
räumt er eitlen Vorzug ein.  
Er ist Bürger auf dem Throne,  
und sein Stolz ist's Mensch zu sein.<sup>8</sup>

*König war einer*

Das Motiv des Königs als gewöhnlicher Familienvater (der Mittelschicht) durchzieht einen großen Teil der Kommentare zu den ersten Jahren der Herrschaft. Auch im folgenden an das Königspaar gerichteten Gedicht anlässlich der Thronbesteigung ist es zu finden:

Seid uns nicht Götter, ihr Fürsten, und nicht Göttinnen, ihr Frauen  
Unserer Könige, nein, verbleibet uns würdige Menschen,  
Zeigt uns im edelsten Vorbild, wie man Großes und Kleines  
Beides richtig im Leben harmonisch einander geselle,  
Hohes und strenges Geschäft und freundliches Leben im Hausstand.<sup>9</sup>

Aber am vielleicht verblüffendsten war die Prominenz und öffentliche Resonanz, die seit 1797 die preußische Königin genoss. Zum ersten Mal in der Geschichte der Dynastie wurde der König nicht allein als Monarch, sondern als Ehegatte wahrgenommen und gefeiert. Die prunkvollen, herrischen Porträts von der Herrschaft seines Vaters, in schimmernder Rüstung und mit Hermelinkragen, machten zurückhaltenden Familienzenen Platz, auf denen der König bei der Erholung mit Frau und Kindern gezeigt wurde. Die Königin trat – erstmalig – selbst als gefeierte Persönlichkeit auf. Im Jahr 1793, als Luise ihre Heimat Mecklenburg anlässlich der Verlobung mit ihrem künftigen Gemahl verlassen hatte, löste ihre Ankunft in Berlin eine wahre Sensation aus. Als ein kleines Mädchen sie auf der Prachtstraße Unter den Linden mit einem Gedicht begrüßte, da

*König als Familienvater*



27. Die Prinzessinnen Louise und Friederike von Preußen.  
*Die Prinzessinnengruppe*, von Johann Gottfried Schadow, 1795–1797.

*Luise*

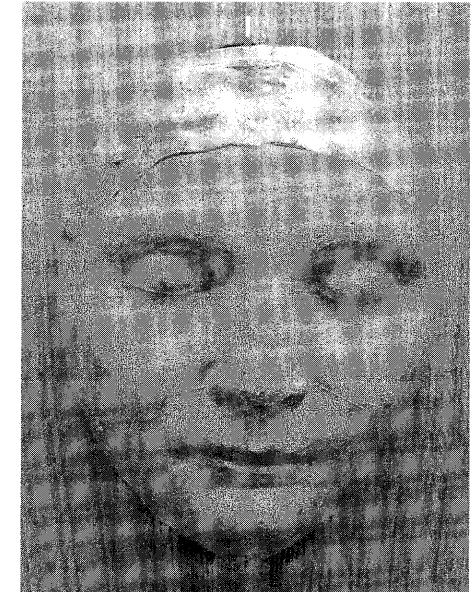
scherte sie sich nicht um das Protokoll, nahm das Mädchen in die Arme und küsste es. »Alle Herzen«, schrieb der Dichter de la Motte-Fouqué, »flogen ihr entgegen, und ihre Anmut und Herzensgüte ließen keinen unglücklich.«<sup>10</sup>

Luise war nicht nur wegen ihrer karitativen Tätigkeit, sondern auch wegen ihrer Schönheit berühmt. (Eine meisterhafte Doppelstatue des Bildhauers Johann Gottfried Schadow, auf der eine zehnjährige Luise Arm in Arm mit ihrer Schwester Friederike in einem fast durchsichtigen Sommerkleid steht, wurde viele Jahre lang vor der Öffentlichkeit versteckt, weil dies als allzu erotisch erschien.) Sie war eine in der Geschichte der Dynastie beispiellose Figur, eine weibliche Berühmtheit, die in den Augen der Öffentlichkeit Tugend, Bescheidenheit und souveräne Grazie mit Liebenswürdigkeit und äußerer Anziehung vereinte. Zudem blieb sie wegen des frühen Todes im Jahr 1810, im Alter von nur 34 Jahren, den folgenden Generationen jung im Gedächtnis.<sup>11</sup>

*Luis*

Als Königin nahm Luise einen weit prominenteren und sichtbareren Platz im Leben des Königreiches ein als ihre Vorgängerinnen im 18. Jahrhundert. In einem denkwürdigen Bruch mit der Tradition begleitete sie den König bei seiner Antrittsreise durch die preußischen Lande, um den Treueid von den Landständen zu empfangen. Während der endlosen Begegnungen mit lokalen Größen beeindruckte die neue Königin dem Vernehmen nach jeden mit ihrer Wärme und ihrem Charme. Ungewollt wurde sie sogar zu einer »Trendsetterin« in Sachen Mode. Das Halstuch, das sie trug, um sich vor Erkältungen zu schützen, wurde unversehens von Frauen in ganz Preußen und darüber hinaus übernommen. Sie war auch ein wichtiger Partner für Friedrich Wilhelm in seinem Amt, von Anfang an suchte er in Staatsangelegenheiten ihren Rat. Sie verkehrte mit den wichtigsten Ministern und machte es sich zur Aufgabe, sich über die politischen Entwicklungen bei Hofe auf dem Laufenden zu halten. Bezeichnenderweise hielt es Stein etwa für angebracht, sich mit seinem radikalen Reformvorschlag während der Krise von 1806 an die Königin zu wenden, und ebenso bemerkenswert ist, dass sie beschlossen haben soll, das Dokument nicht an ihren Mann weiterzuleiten mit der Begründung, dass es ihn in einer Phase extremer Belastung nur aufregen würde. Luise war dem zaghaften König eine psychische Stütze. »Ich darf Dich doch einmal bitten«, schrieb sie ihm im Juni 1806, »nehme mehr Zutrauen zu Dir selber, und führe das Ganze, es geht gewiß besser.«<sup>12</sup>

In gewisser Weise bedeutete die Prominenz der Königin die Rückkehr des weiblichen Elements im dynastischen Leben des preußischen Königreiches nach fast einem Jahrhundert, in dem Frauen an den Rand der monarchischen Auftritte gedrängt worden waren. Diese Wiedereinbeziehung der Frau in das öffentliche Leben der Monarchie fand jedoch unter den Vorzeichen einer neuen Auffassung von den beiden Geschlechtern und ihrer gesellschaftlichen Aufgabe statt. Luioses öffentliche Rolle war nicht die einer weiblichen Herrscherin mit einem eigenen Hof und allen dazu gehörenden Vorrechten samt eigenen außenpolitischen Ambitionen, sondern die einer Ehefrau und helfenden Hand. Ihre hervorragenden Fähigkeiten und ihre Klugheit standen ganz im Dienst ihres Gatten. Diese Unterordnung war für das öffentliche Ansehen der Königsfamilie entscheidend und erklärt, weshalb Luioses feminine Eigenschaften – Schönheit, Anmut, mütterliche Liebenswürdigkeit und weibliche Tugend – so wesentliche Elemente des Kultes waren, der um sie betrieben wurde. Luise machte die zunehmend zurückgezogene »Privatsphäre«



28. Totenmaske  
von Königin Luise, 1810

der Königsfamilie für das wachsende Publikum der Mittelschicht sichtbar. Ihre Rolle als Ehefrau und ihre persönliche Beliebtheit eröffneten neue Möglichkeiten einer emotionalen Identifikation und trugen dazu bei, die Distanz zwischen dem Königshaus und der Masse der preußischen Untertanen zu verringern.<sup>13</sup>

Luise unterstützte, wie gezeigt, die oppositionelle Gruppe, die sich herauskristallisierte und 1806 die Politik und die Verfahren der Regierung in Frage stellte. Sie drängte den König, sie nach dem Frieden von Tilsit wieder ins Amt zu rufen. »Wo bleibt denn Stein?«, fragte sie, nachdem die Nachricht von Tilsit Wirkung gezeigt hatte. »Das ist noch mein letzter Trost. Großer Kopf, umfassenden Geistes, weiß er vielleicht Auswege, die uns jetzt verborgen liegen. Wenn er nur käme!«<sup>14</sup> Der König musste regelrecht dazu überredet werden, Stein im Sommer 1807 zurückzurufen – er hatte ihn nur wenige Monate zuvor wegen Arroganz und Insubordination entlassen. Luise war auch eine Bewunderin und Anhängerin von Karl August von Hardenberg; tatsächlich war, nach einer Überlieferung, sein Name eines der letzten Worte, die sie auf dem Totenbett im Jahr 1810 ihrem verzweifelten Mann sagte.<sup>15</sup>

Friedrich Wilhelm war ebenfalls klar, dass die Notlage, die durch die militärische Katastrophe entstanden war, ein radikales Umdenken erfor-

Distanz  
zu  
Volk  
+  
König  
verringert  
Opposition  
→ Stein  
+ Königin  
Hardenberg

derte – er hatte schon lange vor 1806 Interesse an Reformen gezeigt. Im Jahr 1798 hatte er eine Königliche Finanzreformkommission eingesetzt und sie angewiesen, Änderungen in der Verwaltung der Zollvorschriften und der Gebühren- und Akziseeinnahmen in den preußischen Landen vorzuschlagen, doch die Mitglieder der Kommission konnten sich nicht auf einen Entwurf einigen. Carl August Graf von Struensee, der für Akzise, Zölle und Fabriken zuständige Minister, sah sich außerstande, eine kohärente Zusammenfassung der Erkenntnisse vorzulegen. Ein Jahr später befahl Friedrich Wilhelm seinen Beamten, Pläne für eine Reform des preußischen Gefängniswesens auszuarbeiten. Als Antwort schlug Großkanzler von Goldbeck ein umfassendes – und seinem Wesen nach aufgeklärtes – System aus abgestuften Belohnungen und Strafen vor, um die Häftlinge zur Besserung anzuspornen und ihre Rehabilitation zu fördern. Goldbecks Empfehlungen wurden anschließend in einen Generalplan für die Reform der preußischen Gefängnisse aufgenommen, der in den Jahren 1804/05 erschien.<sup>16</sup>

Der König hätte zweifellos mehr erreicht, wenn sich nicht viele Stellen, auch in der Bürokratie selbst, einer Reform widersetzt hätten. In einer Kabinettsorder vom Oktober 1798 wies der König an, dass die Finanzreformkommission über eine Erhöhung der Grundsteuer, die vom Adel gezahlt wurde, nachdenken solle. Noch bevor sich die Kommission getroffen hatte, um über diesen Vorschlag zu diskutieren, ließ ein hoher Beamter jedoch die Order an die Hamburger *Neue Zeitung* durchsickern, wo die Veröffentlichung scharfe Proteste seitens der preußischen Landstände provozierte.

Auch bezüglich einer Agrarreform ergriff der Monarch mehrmals die Initiative. Erstaunt über »die unglaublich große Anzahl von Beschwerden«, die er von Bauern erhalten hatte, war Friedrich Wilhelm III. entschlossen, die Leibeigenschaft auf den königlichen Domänen abzuschaffen, und erteilte auch 1799 einen entsprechenden Befehl. Doch die Bemühungen des Königs stießen auf zähen Widerstand aus dem Generaldirektorium, das argumentierte, eine Änderung des Status von Domänenbauern werde vergleichbare Bestrebungen unter den Bauern auf Adelsgütern wecken und einen »Aufstand der zahlreichsten Volksklasse« auslösen.<sup>17</sup> Erst nach 1803 ignorierte Friedrich Wilhelm diese Bedenken und wies die Kammerpräsidenten an, auf königlichen Domänen stufenweise alle verbliebenen Frondienste der Bauern abzuschaffen.<sup>18</sup>

*Widerstand gegen Reformer war gross*

## *Wichtigste Reformer*

### *Bürokraten und Offiziere*

Stein und Hardenberg, die beiden einflussreichsten Reformer innerhalb der preußischen Regierung seit 1806, standen für zwei unterschiedliche fortschrittliche Traditionen in Deutschland.

Als Abkömmling eines alten Reichsgeschlechts hegte Stein tiefen Respekt vor den ständischen Repräsentationsorganen. An der Universität Göttingen hatte er sich einen konservativen Liberalismus nach dem Vorbild der britischen Whigs angeeignet und sprach sich deshalb für die Übertragung eines Teils der Regierungsverantwortung an lokale Einrichtungen aus. Aus den Erfahrungen als oberster preußischer Beamter im westfälischen Kohlebergbau hatte er die Lehre gezogen, dass der Dialog und die Zusammenarbeit mit den lokalen und regionalen Eliten für eine effektive Verwaltungsarbeit unverzichtbar waren.<sup>19</sup>

Hardenberg hingegen war ein Mann der deutschen Aufklärung und ehemals Mitglied der Illuminaten, eines radikalen Ablegers des Freimaurerwesens. Obwohl auch er die historische Rolle des Adels in der gesellschaftlichen Ordnung würdigte, hatte Hardenberg eine längst nicht so exaltierte Auffassung von seinem Stand wie Stein. Seine Reformvision hatte in erster Linie die staatliche Legitimität und Machtkonzentration im Blick. Die beiden Männer hatten zudem sehr unterschiedliche Temperaturen. Stein war schwierig, impulsiv und hochnäsig. Hardenberg war gerissen, flexibel, berechnend und diplomatisch.

Immerhin hatten die beiden so viele Gemeinsamkeiten, dass eine fruchtbare Zusammenarbeit möglich war. Sie wussten nur zu gut, welchen Einfluss und welche Bedeutung die öffentliche Meinung mittlerweile hatte – in diesem Sinne waren sie beide von der europäischen Aufklärung geprägt. Beide waren fest von der Notwendigkeit struktureller Reformen auf höchster Regierungsebene überzeugt – während der erbitterten Grabenkämpfe von 1806 hatten sie ihre Positionen untereinander koordiniert. Darüber hinaus waren sie nicht allein: Während ihres raschen Aufstiegs durch die preußische Hierarchie über mehr als zwei Jahrzehnte hatte sich ein ansehnliches Netzwerk jüngerer Menschen um sie geschart. Einige Günstlinge oder Freunde waren darunter, andere hatten sich als Beamte in der fränkischen oder westfälischen Verwaltung die Hörner abgestoßen, und wieder andere waren einfach gleich gesinnte Kollegen, die zu den Reformkräften tendierten, als die Krise heraufzog.

*Stein → Adel*

*Hardenberg  
Aufklärung*

*Russe  
Adel  
Bauern  
Krieg*

*Ziel**Reform**zentrale Exekutive mit S. Ministerien*

Die erste und wohl dringendste Aufgabe, vor der die Reformer standen, war die neuerliche Etablierung Preußens als einer Macht, die imstande war, autonom auf der europäischen Bühne aufzutreten. Dabei konzentrierten sie sich auf zwei Bereiche: die zentrale Exekutive, in der Entscheidungen getroffen wurden, und das Militär. Wie gesagt, herrschte unter hohen Beamten weitgehend Einigkeit, dass Preußen eine effizientere Ministerialstruktur benötigte. Besonderen Anlass zur Sorge gab das so genannte Kabinettsystem, in dem ein oder mehrere »Außenminister« mit Kabinettsräten und -sekretären und anderen bevorzugten Ratgebern darum wetteiferten, wer im politischen Entscheidungsprozess denn nun das Sagen hatte. Dies sei, so hieß es, der eigentliche Grund für die Misere, die Preußen in die Katastrophe von 1806 geführt habe. Nach seiner Ernennung im Juli 1807 gab sich Stein deshalb alle Mühe, den König dazu zu überreden, sein Kabinett aus persönlichen Beratern aufzulösen und eine zentrale Exekutive zu schaffen, was im November 1808 verwirklicht wurde. Sie sollte fünf nach ihrer Funktion definierte Ministerien umfassen (Inneres, Außen, Finanzen, Krieg und Justiz), die wiederum von einem zuständigen Minister mit unmittelbarem Zugang zum König geleitet wurden. Mit diesen beiden Maßnahmen würde eine Doppelung der Beratungsfunktion unter Räten und Ministern vermieden, sowie die Ernennung mehrerer »Außenminister« im Tandem. Ferner wäre der König künftig – in der Theorie – gezwungen, sich offiziell von einem verantwortlichen Beamten beraten zu lassen, und könnte nicht länger rivalisierende Minister und Berater gegeneinander ausspielen.

Stein, Hardenberg und ihre Anhänger argumentierten natürlich, dass diese Maßnahmen unerlässlich seien, wenn Preußen wieder in eine Position versetzt werden sollte, von der aus es das Verdikt von 1807 rückgängig machen konnte. Diese Behauptung stützten sie auf die Annahme, dass die Katastrophe von 1806/07 von den Spannungen innerhalb der Regierung verursacht worden sei, die durch einen effizienteren Entscheidungsprozess hätten vermieden werden können. In diesem Falle hätte man nämlich den König dazu bringen können, die erforderlichen Entscheidungen zu treffen. Diesen Argumenten lag ein, um mit Carl Schmitt zu sprechen, »Entscheidungskult« zugrunde: Alles hing davon ab, ein System zu entwickeln, das so flexibel und transparent war, dass bezüglich sich verändernder Rahmenbedingungen rasch vernünftige und fundierte Entscheidungen getroffen werden konnten. In der emotional

*Leiner Wörter*

aufgeheizten Atmosphäre in Preußen nach Tilsit konnte man diesem Argument kaum etwas entgegensetzen.

Dabei war die Argumentation der Reformer längst nicht so schlüssig, wie es schien. Immerhin bestand das Problem der preußischen Außenpolitik in den Jahren 1804 bis 1806 nicht darin, dass der König eine zu breite Palette von Meinungen eingeholt hatte, sondern in der inhärenten Schwierigkeit der Lage, in der Preußen sich befunden hatte. Man vergisst allzu leicht, dass es eine Persönlichkeit wie Napoleon in der französischen Geschichte noch nie gegeben hatte – die Bemühungen um eine »Wiedervereinigung«, die Ludwig XIV. während der Herrschaft des Großen Kurfürsten am Rande des Heiligen Römischen Reiches unternommen hatte, verblassen neben dem Ausmaß und dem Ehrgeiz von Bonapartes Reichsprojekt. Es gab noch keine Regeln für den Umgang mit einem solchen Gegner, nicht einmal einen Präzedenzfall, nach dem man hätte vorhersagen können, wie er als Nächstes handeln würde. Als der Neutralitätspolitik der Boden entzogen wurde, war es außerordentlich schwer zu entscheiden, auf welche Seite Preußen sich schlagen sollte, umso mehr, weil sich das internationale Kräfteverhältnis und die ein treffenden Signale potenzieller Bündnispartner unablässig veränderten. Der Große Kurfürst hatte seinerzeit lange zwischen den Optionen, die sich während des Nordischen Krieges und den verschiedenen Kriegen gegen das Frankreich Ludwigs XIV. aufgetan hatten, hin und her geschwankt, allerdings nicht, weil er etwa von Natur aus unentschlossen oder furchtsam gewesen wäre oder weil er keine hinreichend effiziente Exekutive gehabt hätte, sondern weil die Zwangslage, in der er damals steckte, ein sorgfältiges Abwägen erforderte. Es war schon damals nicht einfach, einen Ausweg zu finden.

Die Entscheidungen, die Friedrich Wilhelm III. treffen musste, waren jedoch noch subtiler und mit noch höheren Risiken verbunden, außerdem waren mehr unbekannte Größen zu berücksichtigen. Es besteht kein Grund zu der Annahme, dass das System, das die Reformer befürworteten, etwa im Jahre 1804 günstigere Ergebnisse erzielt hätte als das Kabinettsystem, das sie so heftig attackierten – schließlich wurde die unselige Entscheidung des Königs, in den Krieg zu ziehen, 1806 gerade von jenen mitgetragen, die das alte System ablehnten.<sup>20</sup>

Wenn die Reformer dennoch darauf drängten, dass die Exekutive auf dem Feld der Außenpolitik effektiver arbeiten müsse, dann stand nicht zuletzt der Gedanke dahinter, dass durch eine Konzentration der Exe-

*Schlüsse - möglichkeiten von Plauso*

kutive mit Sicherheit die Macht der höchsten Staatsbeamten gefestigt wurde. Anstelle des Wetteiferns um Einfluss, das sich vor 1806 im Vorszimmer der Macht abgespielt hatte, versprach das neue System den fünf Ministern einen festen Platz in der Entscheidungsfindung. Nach dem alten System nahm der Einfluss eines bestimmten Beraters unvorhersagbar zu oder ab, je nachdem, wem der König gerade sein Ohr lieh. Die sorgfältige Argumentation und Überzeugungsarbeit des einen Tages konnte schon am nächsten zunichte sein. Unter den neuen Vereinbarungen wäre es jedoch möglich, gemeinsam mit den anderen Ministern zusammenzuarbeiten und auf diese Weise den König zu lenken. Und es fällt auf (kann allerdings kaum verwundern), dass so gut wie jeder hohe Beamte, der in der Phase zwischen 1805 und 1808 eine effizientere Regierung forderte, davon ausging, dass eines der Schlüsselressorts ihm selbst zufallen würde.<sup>21</sup>

*Gel. →  
Von einer  
bürgerlichen  
Kontrolle  
ausgehen*

Die Reformer hoben stets hervor – alles andere wäre außerordentlich unklug gewesen –, dass es ihr Ziel sei, die Autorität des Monarchen auszuweiten und zu stärken, indem sie ihm die Kontrolle über ein schärferes Instrument zur Entscheidungsfindung übertrugen. In Wahrheit schränkten sie aber seine Bewegungsfreiheit ein, indem sie ihm eine geschlossene Beraterriege gegenüberstellten. Ihr eigentliches Ziel war es, die Monarchie zu bürokratisieren, indem sie den Monarchen in eine umfassende Struktur von Verantwortlichkeiten und Rechenschaftspflicht einbanden.<sup>22</sup> Der König erkannte dies nur zu gut und sträubte sich deshalb, als Stein vorschlug, dass vom König erlassene Dekrete künftig nur dann in Kraft treten sollten, wenn sie die Unterschriften der fünf Minister trugen.<sup>23</sup>

Nach Jena und Auerstedt galt der preußischen Armee verständlicherweise das Hauptaugenmerk, doch die Debatte um eine Militärreform war keineswegs neu. Schon wenige Jahre nach dem Tod Friedrichs des Großen hatten sich zivile ebenso wie militärische Vertreter zu Wort gemeldet, die eine kritische Prüfung des friderizianischen Systems forderten. Die Debatte wurde bis nach 1800 fortgeführt, als die schlaueren militärischen Köpfe aus den Revolutionskriegen und ersten Feldzügen Napoleons ihre Lehren zogen. Der Adjutant und Militärtheoretiker Oberst Christian von Massenbach, ein Süddeutscher, der 1782 (im Alter von 24 Jahren) in den preußischen Dienst eingetreten war und Friedrich Wilhelm III. nahestand, war der Meinung, dass die neue Praxis des »großen Krieges«, die Napoleons Feldzüge exemplarisch vorführten, die



29. Gerhard Johann von Scharnhorst, vor 1813,  
von Friedrich Bury.

*Professionalisierung der militärischen Planung und Führung erforderlich machen*. Das Schicksal Preußens dürfe nicht davon abhängen, ob der Monarch ein begabter Strategie sei. Dauerhafte Strukturen sollten eingeführt werden, um zu gewährleisten, dass alle eingehenden Informationen wirklich geprüft und vor und während eines jeden Feldzugs auch berücksichtigt wurden. Die Befehlsfunktionen sollten in einem Organ zusammengefasst werden, das die Entscheidungen traf.<sup>24</sup> Es bestehen eindeutig Parallelen zwischen diesen ersten Konturen eines modernen Generalstabssystems und der zeitgenössischen Debatte um eine Reform der Regierung, in der Massenbach sich ebenfalls für mehr Effizienz aussprach.<sup>25</sup>

*Scharnhorst*

Das wichtigste Forum für die Debatte um eine Heeresreform war die 1802 gegründete Militärische Gesellschaft, in der Offiziere die Auswirkungen der gegenwärtigen militärischen Lage in Europa für Preußen erörterten. Die dominierende Figur in der Gesellschaft war Gerhard Johann David von (seit 1802) Scharnhorst, ein Mann bürgerlicher Herkunft, der in seiner Heimat Hannover rasch Karriere gemacht hatte und 1801 im Alter von 46 Jahren in den preußischen Dienst eingetreten war. Scharnhorst forderte die Einführung des napoleonischen Divisionssystems und die Gründung einer Art lokaler Bürgerwehr als Reservetruppe.

Andere wie Karl Friedrich von dem Knesebeck (ein gebürtiger Preuße) entwarfen ehrgeizige Pläne, welche die Schaffung einer echt »nationalen« preußischen Armee vorsahen.<sup>26</sup> Wie sich schon an diesen Bemühungen ablesen lässt, schottete sich das preußische Militär keineswegs ab gegen den Prozess der Kritik und Selbstkritik, der in den 1780er und 1790er Jahren allmählich das Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft veränderte.

Vor 1806 hatte man jedoch wenig unternommen, um diese Ideen umzusetzen. Jede größere Reform stieß auf den Widerstand einer oder mehrerer Interessengruppen, die ihre Pfründe gefährdet sahen. So trafen selbst zögerliche Bemühungen, 1803 ein rudimentäres Generalstabsystem einzuführen, auf den offenen Widerstand der Amtsinhaber in der Militärverwaltung. Die altgedienten hohen Offiziere, von denen einige wie Feldmarschall Möllendorff ihr Ansehen den großen Taten im Siebenjährigen Krieg verdankten, wehrten sich vehement gegen jede Innovation. Der Erzkonservative Möllendorff, ein unerschütterlicher Greis, der mit seinen 82 Jahren in aller Ruhe unter dem französischen Feuer in Jena auf und ab lief, erwiderte dem Vernehmen nach auf sämtliche Reformvorschläge: »Das ist mir zu hoch.« Aber solche Männer genossen in der alten preußischen Armee gewaltigen Respekt, und jeder, selbst der König, der im Schatten seines berühmten Onkels aufgewachsen war, tat sich außerordentlich schwer, sich gegen sie zu stellen. In einer aufschlussreichen Unterhaltung aus dem Jahr 1810 erinnerte Friedrich Wilhelm sich, dass er sich schon lange vor dem Krieg von 1806/07 eine grundlegende Reform des Militärs gewünscht hätte:

»... allein ich wagte dies bei meiner Jugend und Unerfahrenheit nicht, und vertraute jenen beiden Veteranen [dem Herzog von Braunschweig und dem Feldmarschall Möllendorff], die unter den Lorbeeren ergraut waren und meines Dafürhaltens dieses Alles besser als ich verstehen mussten [...] Trat ich wider die Meinung jener Veteranen als Reformatör auf, und es wäre dann schlecht gegangen, so hätte es wohl geheißen: ›Der junge Herr hat keine Erfahrung!‹«<sup>27</sup>

Mit den Niederlagen bei Jena und Auerstedt änderte sich die Lage schlagartig, und der König ergriff sofort die Initiative. Im Juli 1807, als der Schock von Tilsit noch frisch war, gründete er eine Reorganisationskommission, deren Aufgabe es war, alle erforderlichen Reformen auszuarbeiten. Es hatte fast den Anschein, als sei die Militärische Gesellschaft der Vorkriegsjahre als ein Organ der Regierung wiederauferstanden.

Führender Kopf war Scharnhorst, unterstützt von einem Quartett talentierter Schüler: August Wilhelm Neidhardt von Gneisenau, Hermann von Boyen, Carl Wilhelm Georg von Grolman und Carl von Clausewitz. Gneisenau war der Sohn eines nichtadeligen sächsischen Artillerieoffiziers. Er war als Mitglied der königlichen Suite (eines Vorläufers des Generalstabs) 1786 in preußische Dienste eingetreten. Der nach den Schlachten vom Oktober 1806 zum Major beförderte Gneisenau erhielt unversehens das Kommando über die Festung Kolberg an der pommerischen Ostseeküste, wo es ihm mit der Unterstützung patriotischer Stadtbewohner gelang, den französischen Truppen bis zum 2. Juli 1807 Widerstand zu leisten.

Boyen war der Sohn eines ostpreußischen Offiziers, der Vorlesungen von Immanuel Kant an der Universität Königsberg besucht hatte, und war seit 1803 Mitglied der Militärischen Gesellschaft. Grolman hatte unter Fürst Hohenlohe als Adjutant bei Jena gedient, bevor er nach Ostpreußen geflüchtet war. Dort war er in den Stab des Korps unter General L'Estocq eingetreten, des preußischen Kontingents, das an der Seite der Russen bei Preußisch-Eylau gegen die Franzosen gekämpft hatte. Wie Gneisenau hatte auch Grolman das Glück, dass man ihn eher mit dem fortgesetzten preußischen Widerstand im Jahre 1807 in Verbindung brachte als mit der Niederlage im vorigen Herbst. Clausewitz, der jüngste der Gruppe (1806 war er 26 Jahre alt), war als zwölfjähriger Kadett in die Armee eingetreten und durfte ab 1801 die Lehranstalt für junge Offiziere in Berlin besuchen, eine Eliteschule, an deren Spitze kurz zuvor Scharnhorst berufen worden war.

Diese Männer versuchten, aus den Trümmern der preußischen Armee eine neue militärische Einheit zu schmieden. Wichtige strukturelle und technische Verbesserungen wurden eingeführt. Die militärische Exekutive wurde anhand der von Stein vorgeschlagenen Linien gestrafft. Dazu gehörte, unter anderem, die Schaffung eines Kriegsministeriums, in dessen Rahmen sich allmählich die ersten Ansätze eines Generalstabs herauskristallisierten. Größere Bedeutung wurde dem Einsatz flexibler Lägerinheiten beigegeben, die in einer offenen Schlachtordnung operierten. Scharnhorst überwachte die wichtigsten Verbesserungen in der Ausbildung, Taktik und Bewaffnung persönlich. Beförderungen waren künftig ausschließlich an entsprechende Verdienste geknüpft, wie es in einer (von Grolman geschriebenen) Order vom 6. August 1808 hieß: »Aller bisher stattgehabte Vorzug des Standes hört beim Militär ganz auf

*Soldaten  
Krieger  
der  
Politik*

und jeder hat gleiche Pflichten und gleiche Rechte.«<sup>28</sup> Der psychologische Effekt dieser und anderer Innovationen wurde noch dadurch gesteigert, dass sie mit einer beispiellosen Säuberung der preußischen Militärführung einhergingen. Insgesamt wurden über 200 Offiziere nach einer detaillierten Analyse der Niederlage, die ein Komitee der Reorganisationskommission durchgeführt hatte, vom Dienst suspendiert. Von den 142 Generälen wurden 17 einfach entlassen und weitere 86 mit allen Ehren verabschiedet; nur knapp mehr als ein Viertel aller preußischen Offiziere überstand die Säuberung.

*Offizier  
Wehrpflicht*

Das unmittelbare Ziel des Befehls vom 6. August 1808 war es, schnellstmöglich einen besseren Führungskader für die Zukunft aufzubauen. Die Reformer hatten darüber hinaus aber auch langfristige Ziele. Sie wollten die kastenartige Exklusivität des Offizierskorps überwinden. Die Armee sollte die Quelle eines aufrichtigen Patriotismus werden, der ihr seinerseits den Elan und das Engagement verleihen sollte, an denen es 1806 so eklatant gefehlt hatte. Das Ziel lautete, wie Scharnhorst es formulierte, »den Geist der Armee zu beheben und beleben, die Armee und Nation inniger zu vereinen ...«<sup>29</sup> Um diese neue Beziehung zwischen der Armee und der preußischen »Nation« uneingeschränkt zu verwirklichen, plädierten die Reformer für eine allgemeine Wehrpflicht; wer nicht direkt in die Armee einberufen wurde, sollte zum Dienst in einer Landwehr verpflichtet werden. Die so genannten Exemtionen, also Befreiungen vom Wehrdienst, die (vor allem in Städten) ein wesentlicher Bestandteil der preußischen Gesellschaft gewesen waren, sollten abgebaut werden.

*Soldaten  
Krieger  
der  
Politik*

Seit der Herrschaft Friedrich Wilhelms II. hatten militärische Bestrafungen immer wieder auf dem Prüfstein gestanden. Jetzt wurden stufenweise die drakonischsten Körperstrafen für disziplinarische Verstöße abgeschafft, insbesondere der berüchtigte »Spießrutenlauf«, weil sie als unvereinbar mit der Würde eines bürgerlichen Rekruten empfunden wurden. Ein Offizier hatte nicht die Aufgabe, seine Untergebenen zu schlagen oder zu kränken, sondern sie zu »erziehen«.<sup>30</sup>

*Soldaten  
Krieger  
der  
Politik*

Der einflussreichste Ausdruck dieses Wertewandels war Clausewitzens Werk *Vom Kriege*, ein umfassendes philosophisches Traktat über den militärischen Konflikt, das unvollendet blieb, als der Autor im Jahr 1831 an der Cholera starb. Nach Clausewitzens Typologie der Kampfhandlungen waren Soldaten kein Vieh, das sich willenlos über das Schlachtfeld treiben ließ, sondern Menschen, die den Schwankungen von Stimmungen,

*Nat  
Muster  
line*

Moral, Hunger, Kälte, Müdigkeit und Angst ausgesetzt waren. Eine Armee sollte nicht als Maschine verstanden werden, sondern als ein bewusster Organismus mit einem Willen und mit einem eigenen kollektiven »Genius«. Folglich war die Militärtheorie eine unbestimmte Wissenschaft, bei der auch subjektive Variablen berücksichtigt werden mussten. Flexibilität und Selbstsicherheit, insbesondere unter jungen Kommandeuren, waren lebenswichtig. Mit dieser Einsicht ging das Beharren auf dem Primat der Politik einher. Man dürfe nie zulassen, so Clausewitz, dass Kampfhandlungen zum Selbstzweck würden – eine implizite Kritik an Napoleons endlosen Kriegen. Vielmehr mussten sie immer einem klar definierten, politischen Ziel dienen. Damit stellte *Vom Kriege* einen ersten Versuch dar, die neuen und unberechenbaren Kräfte zu erkennen und theoretisch zu erfassen, die von dem napoleonischen »großen Krieg« entfesselt worden waren, und sie gleichzeitig in den Dienst lebenswichtiger ziviler Zwecke zu stellen.<sup>31</sup>

*Krieg  
Sache  
Ziel  
hebt  
Hypothese als  
Landreform → Verteilung  
Ursache  
→ Ziel F III Ursache*

»Die Aufhebung der Erbuntertänigkeit [ist] seit meinem Regierungsantritt das Ziel gewesen, wonach ich unverrückt gestrebt habe«, vertraute Friedrich Wilhelm III. kurz nach dem Frieden von Tilsit zwei Beamten an. »Ich wollte es allmählig erreichen, indessen wird ein schnellerer Schritt durch die unglückliche Lage des Landes zugleich gerechtfertigt und abgenöthigt.«<sup>32</sup> Auch hier war der durch Napoleon erlittene Schock lediglich der Katalysator, nicht die Ursache. Das System des »feudalen« Grundbesitzes wurde schon seit langem immer schärfer kritisiert. Zum Teil war die Kritik ideologisch bedingt und auf das Einsickern physiokratischen und liberalen, von Adam Smith beeinflussten Gedankenguts in die preußische Verwaltung zurückzuführen. Aber auch der wirtschaftliche Beweggrund für die Beibehaltung des alten Systems verlor an Bedeutung. Durch den verstärkten Einsatz bezahlter Arbeitskräfte, die in einer Ära des Bevölkerungswachstums reichlich und billig zu haben waren, waren viele Gutsbesitzer nicht länger auf Frondienste ihrer bäuerlichen Untertanen angewiesen.<sup>33</sup> Darüber hinaus geriet das System auch wegen des Anstiegs der Getreidepreise Ende des 18. Jahrhunderts aus dem Gleichgewicht. Die bessergestellten Bauern brachten ihre Getreideüberschüsse auf den Markt und nutzten den Boom voll aus, während sie

Lohnarbeiter dafür bezahlten, dass sie an ihrer Stelle die Frondienste ausübten. Unter diesen Bedingungen erschien die Existenz einer unfreien Bauernschaft, deren gesicherter Landbesitz in Form einer Arbeitspacht bezahlt wurde, aus wirtschaftlicher Sicht kontraproduktiv.<sup>34</sup>

Zwei Gesinnungsgenossen Steins, Heinrich Theodor von Schön und Friedrich Leopold von Schrötter, wurden beauftragt, einen Gesetzentwurf zur Reform des Agrarsystems auszuarbeiten. Das Ergebnis war das Edikt vom 9. Oktober 1807, das so genannte Oktoberedikt, das erste und berühmteste Gesetzesdokument der Reformära. Wie so viele Reformdekrete war es eher eine Absichtserklärung als ein echtes Gesetz. Das Edikt kündigte grundlegende Änderungen der Verfassung der ländlichen Gesellschaft an, doch viele Formulierungen waren schwülstig und vage gehalten. Im Grunde sollten dadurch zwei Ziele erreicht werden: Erstens sollten latent vorhandene wirtschaftliche Energien freigesetzt werden – in der Präambel heißt es ausdrücklich, dass es jedem Bürger freistehen müsse, »den Wohlstand zu erlangen, den er nach dem Maß seiner Kräfte zu erreichen fähig« sei. Zweitens sollte eine Gesellschaft geschaffen werden, in der alle Preußen »Bürger des Staates« waren, die vor dem Gesetz gleich waren. Diese Ziele sollten durch drei konkrete Maßnahmen erreicht werden: Erstens wurden sämtliche Einschränkungen auf den Kauf von adeligem Grundbesitz abgeschafft. Der Staat gab am Ende den vergeblichen Kampf um den Erhalt des adeligen Monopols auf privilegierten Grundbesitz auf und schuf zum ersten Mal so etwas wie einen freien Grundstücksmarkt. Zweitens standen künftig alle Gewerbe für Personen aus sämtlichen Bevölkerungsschichten offen. Zum ersten Mal sollte ein freier Arbeitsmarkt entstehen, ungehindert von ständischen Beschäftigungseinschränkungen. Auch diese Maßnahme hatte eine lange Vorgeschichte: Seit Anfang der 1790er Jahre war die Abschaffung der Zunftaufsicht Gegenstand mehrfacher Gespräche zwischen dem Generaldirektorium und dem Fabrikendepartement in Berlin gewesen.<sup>35</sup> Drittens wurde jede Erbuntertänigkeit abgeschafft – in einer immens suggestiven, aber irritierend ungenauen Formulierung kündigte das Edikt an, dass es »nach dem Martinstag [11. November] 1810 nur freie Leute« im Königreich Preußen geben werde.

Diese letzte Klausel alarmierte die ländliche Gesellschaft des Königreiches. Gleichzeitig ließ sie viele Fragen offen. Die Bauern sollten offiziell »frei« werden – hieß das, dass sie nicht länger verpflichtet waren, ihre Frondienste auszuüben? Die Antwort darauf war längst nicht so

naheliegend, wie es scheinen mag, weil die meisten Frondienste keine Kennzeichen persönlicher Leibeigenschaft waren, sondern Pachtformen, die für das Land bezahlt werden mussten. Dennoch war es den Grundherren in vielen Bezirken, in denen das Edikt bekannt wurde, so gut wie unmöglich, die Bauern zu überreden, ihre Dienste zu leisten. Die Behörden in Schlesien scheiterten etwa mit ihren Bemühungen zu verhindern, dass die Nachricht die Dörfer erreichte; und im Sommer 1808 brach unter den Bauern ein Aufstand aus, weil sie meinten, sie würden nunmehr in einer unrechtmäßigen Abhängigkeit leben.<sup>36</sup>

Überdies blieb die dringende Frage offen, wem das Bauernland letztlich gehören sollte. Da das Edikt nicht auf den Grundsatz des Bauernschutzes verwies, der traditionell die preußische Agrarpolitik beseelt hatte, betrachteten einige Gutsherren es als Freischein für die Einziehung – oder Rückforderung, in ihren Augen – des Landes, das von Bauern bebaut wurde. Eine Kette wilder Aneignungen war die Folge. Ein gewisses Maß an Klarheit wurde durch die Verordnung vom 14. Februar 1808 erreicht, in dem festgelegt wurde, dass der Landbesitz von den früheren Besitzverhältnissen abhing. Bauern mit starken Besitzrechten waren vor unilateralen Enteignungen geschützt. Diejenigen, die einen der unzähligen zeitlich befristeten Pachtverträge hatten, befanden sich in einer schwächeren Position; ihre Ländereien konnten eingezogen werden, allerdings nur mit Genehmigung der Behörden. Viele Details blieben umstritten, und erst im Jahr 1816 wurden die Fragen des Landbesitzes und der Entschädigung der Gutsherren für Dienste und Land, das sie verloren hatten, endgültig geklärt.

Nach der abschließenden Haltung, wie sie im Regulierungsedit von 1811 und der Erklärung von 1816 dargelegt wurde, wurde eine Reihe hierarchisch abgestufter früherer, bärlicher Besitztümer definiert und ihnen entsprechend differenzierte Rechte zugesprochen. Im Großen und Ganzen gab es zwei Optionen: Das Land konnte geteilt werden, und in diesem Fall behielten Bauern mit erblichen Besitzansprüchen das Nutzungsrecht für zwei Drittel des Landes, das sie traditionell bebaut hatten (die Hälfte im Falle nichterblicher Besitzansprüche); oder der Bauer konnte es direkt kaufen, in diesem Fall musste der herrschaftliche Anteil ausgezahlt werden. Die Entschädigungszahlungen durch Bauern für Land, Dienste und Naturalabgaben zogen sich in manchen Fällen über ein halbes Jahrhundert hin. Bauern am unteren Ende der Hierarchie hatten keinen Anspruch, das Land, das sie bebauten, in eigenen

Grundbesitz umzuwandeln, ihr Boden stand am ehesten in der Gefahr, eingezogen zu werden.<sup>37</sup>

Idee  
Diese Maßnahmen standen im Einklang mit der damals geltenden physiokratischen Lehre der späten Aufklärung, wonach Bauern nämlich durch die Befreiung von Frondiensten und anderen lästigen Lehnspflichten produktiver arbeiten würden. Und laut den Schriften Adam Smiths, dessen Werke von den jüngeren Beamten der preußischen Bürokratie (darunter Schröter und Schön) hoch geschätzt wurden, war es womöglich das Beste, die schwächsten Bauern ihr Land verlieren zu lassen, weil sie als unabhängige Bauern ohnehin nicht lebensfähig wären.<sup>38</sup>

Einige Adelige ärgerten sich maßlos über diese stümperhafte Einmischung in die Agrarverfassung des alten Preußen. Die konservativen Neopietisten um die Brüder Leopold und Ernst Ludwig von Gerlach in Berlin gelangten in den Jahren der Reform zu der Erkenntnis, dass der monarchische Staat eine ebenso große Gefahr für die traditionelle Lebensweise sei wie die Revolution. Der wachsende Machtanspruch der zentralen Bürokratie ersetzte, nach Ansicht Leopold von Gerlachs, die persönliche Macht des Monarchen durch einen neuen administrativen Despotismus, der wie Ungeziefer alles verschlinge.<sup>39</sup> Der schärfste und denkwürdigste Vertreter dieser Anschauung war Friedrich August Ludwig von der Marwitz, ein Gutsbesitzer aus Friedersdorf in der Nähe von Küstrin am Rande des Überschwemmungsgebiets der Oder. Marwitz verurteilte die Reformen als einen Angriff auf die traditionell patriarchalische Struktur auf dem Lande. Die Erbuntertänigkeit sei keineswegs ein Überrest der Sklaverei, sondern der Ausdruck eines familiären Bandes, das den Bauern mit dem Adeligen verbinde. Dieses Band zu lösen bedeute den Zusammenhalt der gesamten Gesellschaft zu untergraben. Marwitz war ein Melancholiker, der gern in Nostalgie schwelgte; er trug seine reaktionären Ansichten sehr klug und redegewandt vor, blieb aber ein Einzelkämpfer. Die meisten Adeligen erkannten die Vorteile der neuen Aufteilung, die den meisten Bauern vergleichsweise wenig zusprach und es den Gutsbesitzern ermöglichte, den agrarischen Produktionsprozess mit billigen Lohnarbeitern auf einem Land zu intensivieren, das nicht mit undurchschaubaren Erbrechten belastet war.<sup>40</sup>

### Bürgerschaft

*Büd  
Bürg*  
Mit dem Oktoberedikt sollten die gesetzlichen Überreste des »Feudalismus« dem Adelsstand entzogen und so die Entstehung einer politisch enger verbundenen Gesellschaft in Preußen erleichtert werden. »Untertanen« sollten zu »Bürgern des Staates« umerzogen werden. Dabei erkannten die Reformer, dass weitere Maßnahmen erforderlich waren, um den Patriotismus der Bevölkerung zu mobilisieren. »Vergeblich sind alle Bemühungen«, schrieb Karl von Altenstein 1807 an Hardenberg, »wenn die Erziehung widerstrebt, flache Staatsbeamte gebildet werden [...] und kraftlose Bürger erzogen werden.«<sup>41</sup> Neuerungen in der Verwaltung und dem Rechtswesen allein reichten nicht aus; mit ihnen einhergehen musste eine breite Bildungsreform, die der emanzipierten Bürgerschaft Preußens die nötige Kraft für die bevorstehenden Aufgaben verleihen sollte.

*Ritter*  
Mit der Erneuerung des Bildungssystems wurde Wilhelm von Humboldt beauftragt, ein Mitglied einer pommerschen Militärfamilie, der im aufgeklärten Berlin der 1770er und 1780er Jahre aufgewachsen war. Zu seinen Hauslehrern hatten der Befürworter der Judenemanzipation, Christian Wilhelm von Dohm, und der fortschrittliche Jurist Ernst Ferdinand Klein gezählt. Auf Steins Drängen hin wurde Humboldt am 20. Februar 1809 zum Leiter der »Sektion des Kultus und des öffentlichen Unterrichts« im Innenministerium ernannt. Unter den ranghöchsten Reformern war er gewissermaßen das fünfte Rad am Wagen. Er war von Natur aus kein Politiker, sondern Forscher mit kosmopolitischen Neigungen, der beschlossen hatte, einen großen Teil seines Erwachsenenlebens im Ausland zu verbringen. Im Jahre 1806 lebte Humboldt mit seiner Familie in Rom und arbeitete gerade an einer Übersetzung des *Agamemnon* von Aischylos. Erst nach dem Zusammenbruch Preußens und der Plünderung des humboldtschen Familiensitzes in Tegel durch französische Truppen beschloss er, in seine besetzte Heimat zurückzukehren. Nur sehr zögerlich willigte er ein, einen Posten in der neuen Regierung zu übernehmen.<sup>42</sup>

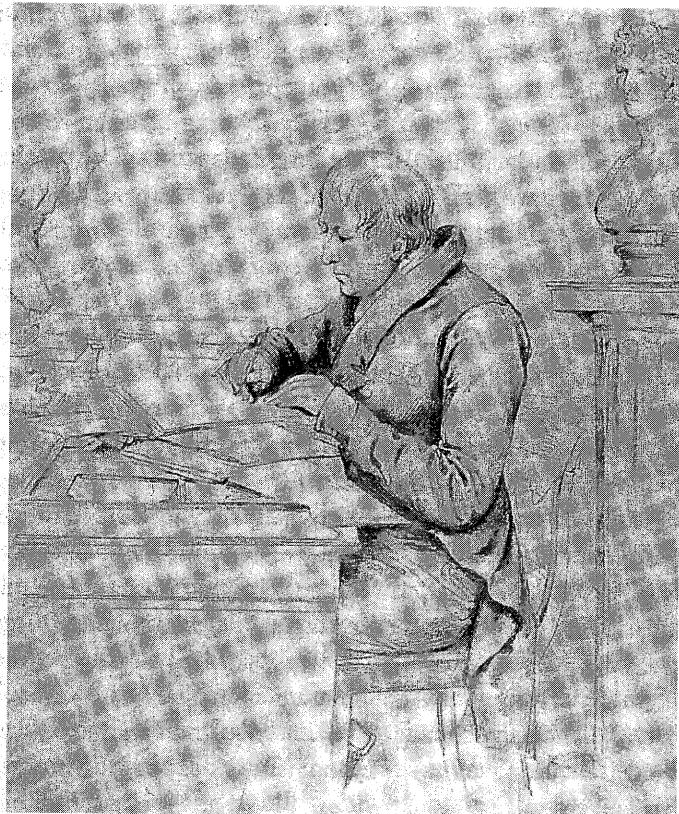
*Ritter  
Bildungssystem*  
Doch nachdem er sich einmal entschieden hatte, legte Humboldt ein überaus liberales Reformprogramm vor, das die Bildung in Preußen völlig umkrempelte. Zum ersten Mal bekam das Königreich ein einheitliches, standardisiertes öffentliches Bildungssystem, das an die aktuellen Trends in der Pädagogik des progressiven Europa angelehnt war. Bil-

dung als solche, erklärte Humboldt, müsse fortan von der Vorstellung technischer oder beruflicher Ausbildung losgekoppelt werden. Ihr Ziel sei es nicht, »den Schusterjungen zum Schuster auszubilden«, sondern »das Menschenkind zum Menschen zu bilden«. Die reformierten Schulen sollten Schüler nicht einfach in einem konkreten Fach unterrichten, sondern ihnen die Fähigkeit vermitteln, selbstständig zu denken und zu lernen. »Der Schüler ist reif«, schrieb er, »wenn er soviel bei andern gelernt hat, daß er nun für sich selbst zu lernen imstande ist.«<sup>43</sup> Damit dieser Ansatz auch wirklich seinen Weg in das Schulsystem fand, gründete Humboldt neue Lehrerkollegien, um Kandidaten für die chaotischen Grundschulen des Königreiches auszubilden. Er führte ein standardisiertes System staatlicher Prüfungen und Inspektionen ein und schuf innerhalb des Ministeriums eine eigene Abteilung, welche die Erstellung von Lehrplänen, Lehrbüchern und Lernhilfen überwachte.

Der Kern – und das dauerhafteste Denkmal – der humboldtschen Reformen war die Universität, die 1810 in Berlin gegründet wurde. Sie wurde in dem leer stehenden Palast Prinz Heinrichs untergebracht, des jüngeren Bruders Friedrichs des Großen, an der Straße Unter den Linden. Auch hier trachtete Humboldt danach, seine kantsche Vision von Bildung als ein Prozess der Selbstanzipation durch autonome, rationale Individuen zu verwirklichen.

»Wenn also der Elementarunterricht den Lehrer erst möglich macht, so wird er durch den Schulunterricht entbehrlich. Darum ist auch der Universitätslehrer nicht mehr Lehrer, der Studirende nicht mehr Lernender, sondern dieser forscht selbst, und der Professor leitet seine Forschung und unterstützt ihn darin. Denn der Universitätsunterricht setzt nun in Stand, die Einheit der Wissenschaft zu begreifen und hervorzu bringen, und nimmt daher die schaffenden Kräfte in Anspruch.«<sup>44</sup>

Daraus folgte, dass akademische Forschung eine Tätigkeit ohne vorherbestimmten Endpunkt war, ohne Ziel, das man in rein utilitaristischen Begriffen hätte definieren können. Sie war ein Prozess, der von einer immanenten Dynamik immer weiter vorangetrieben wurde. Dabei ging es weniger um Wissen in dem Sinn, dass Fakten angehäuft wurden, sondern um Reflexion und Argumentation. Dies war eine Hommage an den pluralistischen Skeptizismus der Kritik Kants an der menschlichen Vernunft und zugleich eine Rückkehr zu jener Vision von einer alles umfassenden Konversation, die Preußens Aufklärung angeregt hatte. Für den Erfolg des Unterfangens war es unerlässlich, dass die Bildung



30. Wilhelm von Humboldt, Zeichnung von Luise Henry, 1826.

frei von jeder politischen Intervention blieb. Der Staat sollte sich jeder Einmischung in das intellektuelle Leben der Universitäten enthalten, abgesehen von der Rolle als »Garant der Freiheit« in Fällen, wo eine dominierende Professorenriege drohte, den akademischen Pluralismus in ihren eigenen Reihen zu unterdrücken.<sup>45</sup>

Die Friedrich-Wilhelms-Universität (1949 in Humboldt-Universität umbenannt) erlangte schon bald eine vorherrschende Stellung unter den Universitäten der protestantischen deutschen Staaten. Wie die Universität Halle zur Zeit des Großen Kurfürsten hatte die neue Institution die Funktion, die kulturelle Autorität des preußischen Staates zu verbreiten. Tatsächlich war die Gründung nicht zuletzt auf die Notwendigkeit zurückzuführen, einen Ersatz für Halle zu finden, das die preu-

ßische Krone im Zuge der von Napoleon durchgesetzten territorialen Neuregelung verloren hatte. So gesehen half die neue Universität, wie Friedrich Wilhelm III. es sinngemäß ausdrückte, mit geistigen Mitteln das zu ersetzen, was der Staat an physischer Stärke verloren hatte. Doch sie war auch – und darin liegt ihre wahre Bedeutung – institutioneller Ausdruck einer neuartigen Auffassung des Zwecks höherer Bildung.

Von den emanzipierten Bürgern, die aus jeder Stufe von Humboldts Bildungssystem hervorgingen, wurde erwartet, dass sie sich aktiv am politischen Leben des preußischen Staates beteiligten. Stein hoffte dies durch die Schaffung gewählter Organe der städtischen Selbstverwaltung zu erreichen, die zu einer aktiveren Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten anspornen sollten. Unmittelbar vor seinem Abschied aus dem Amt im Jahre 1810 setzte das Ministerium die Städteordnung vom November 1808 durch. Die Kategorie »Bürger«, die einst auf die privilegierten Mitglieder der Ständeorganisationen wie Zünfte beschränkt war, wurde dahingehend ausgeweitet, dass sie nunmehr alle Personen umfasste, die ein Haus besaßen (auch alleinstehende Frauen) oder ein »Gewerbe« in den Stadtgrenzen ausübten. Alle männlichen Bürger, die ein bescheidenes Mindestvermögen vorweisen konnten, waren berechtigt, sich an den städtischen Wahlen zu beteiligen und ein Amt zu übernehmen. Das Gleichgewicht zwischen *Teilhabe* und *Teilnahme*, das hiermit eingeführt wurde, sollte im Liberalismus des 19. Jahrhunderts ein Dauerthema werden.

*Volksbeteiligung*  
Dasselbe Projekt – das Engagement der Bürger als aktive Teilnehmer an öffentlichen Angelegenheiten – wurde während Hardenbergs Amtszeit auf das ganze Königreich übertragen. Der Hintergrund für dieses bemerkenswerte Experiment der Volksbeteiligung, das selbst über die Programme hinausging, die den meisten aufgeklärten Reformern vor 1806 vorgeschwebt hatten, war eine massive Finanzkrise. Im Jahr 1810 erneuerte Napoleon seine Forderung nach Zahlung einer Kriegsentschädigung und bot dem Ministerium unter Dohna und Altenstein die Wahl zwischen der Auszahlung und der Abtretung eines Teils von Schlesien an. Als die Minister ernsthaft einen Gebietsverzicht in Erwägung zogen, entband Friedrich Wilhelm III. sie von ihren Ämtern und ernannte Hardenberg zum Staatskanzler, der versprach, die französische Rechnung durch eine radikale Reform der Staatsfinanzen zu begleichen. Die Staats Schulden waren unaufhaltsam angestiegen, von 35 Millionen Talern 1806 auf 66 Millionen im Jahre 1810, und die Inflationsspirale wurde durch

die Wertminderung des Münzgeldes, die Ausgabe neuen Papiergeldes und die Aufnahme neuer Kredite zu hohen Zinssätzen angekurbelt.

Um eine weitere Geldentwertung zu verhindern, erließ Hardenberg gleich eine ganze Reihe von Edikten, die grundlegende fiskalische und wirtschaftliche Reformen ankündigten. Die Steuerlast sollte durch die Einführung einer »Landeskonsumationssteuer«, einer Verbrauchssteuer, gleichmäßig verteilt werden, die Gewerbefreiheit, die im Oktoberedikt und in der Städteordnung angekündigt worden war, sollte im ganzen Königreich in Kraft treten, Kirchen- und Staatseigentum sollten verkauft werden, und das Abgaben- und Zollsystem sollte gründlich überholt und rationalisiert werden. Um diese umstrittenen Vorschläge durchzusetzen, berief der Kanzler im Februar 1811 eine Notabelnversammlung aus 60 Personen ein, die von den regionalen und lokalen Eliten nominiert worden waren, und teilte ihnen mit, dass sie sich als »Bürger des ganzen Staates« betrachten durften, deren Hilfe bei der Gründung einer freien und gleichen preußischen Gesellschaft benötigt werde.<sup>46</sup> Das Ziel, wie Hardenberg es in einer Denkschrift vom März 1809 ausgedrückt hatte, war es, einen Weg zu finden, die benötigten Mittel einzuziehen, ohne »das Band der Liebe und des Zutrauens unter der Regierung und dem Volke« zu beschädigen. Indem die Notabeln gewissermaßen sich selbst neue Steuern auferlegten, »ersparen [sie] dem Regenten den Schmerz, ein empfindliches Opfer zu verlangen, und mildern in dem Gefühl der Staatsbürger den übeln Eindruck, sie erhalten in Absicht der Modalitäten freiere Hände, beweisen ihren Patriotismus und beleben so den nötigen Gemeinsinn<sup>47</sup>.

Letztlich war die Versammlung – wie so viele historische Versammlungen, die man zum selben Zweck einberufen hatte – eine Enttäuschung. Hardenberg hatte gehofft, dass die gemeinsinnigen Mitglieder der Versammlung konstruktive Vorschläge einbringen würden, wie man denn die notwendigen Veränderungen umsetzen könnte, und dass sie weitere innovative Projekte entwickelten, ehe sie die Koffer packten und als Fürsprecher für die Regierung in ihre Provinzen zurückkehrten. Stattdessen trugen die Repräsentanten lautstark ihre Einwände gegen Hardenbergs Pläne vor, und die Versammlung geriet zu einem Forum der Reformgegner. Sie wurde rasch aufgelöst. Mit demselben Problem hatten auch die so genannten interimistischen Nationalrepräsentationen fortwährend zu kämpfen, die von lokalen Verwaltungsorganen gewählt und vom Kanzler 1812 und 1814 einberufen wurden. Aus heutiger

*versammlungen von Hardenberg → bringt nicht viel.*

Sicht scheint es fast unmöglich, dass Hardenberg diese pseudodemokratischen Versammlungen jemals zu einem Erfolg führen können. Vor allem hatte er keineswegs die Absicht, ihnen die Befugnisse eines regelrechten Parlaments einzuräumen; sie hatten eine rein beratende Funktion. Sie sollten Kommunikationskanäle zwischen der Regierung und der Nation bilden. Hier zeigte sich unverkennbar der Traum der Aufklärung von einer vernünftigen »Konversation« zwischen Staat und Zivilgesellschaft.

*versammlungen werden von Reformregierung gegen*

Wie sich bei der Versammlung und den beiden interimistischen Präsentationen zeigte, lieferte diese eigentlich recht sympathische Vorstellung in einer Phase verschärfter Konflikte und Krisen keine geeigneten Mechanismen für die Versöhnung entgegengesetzter sozialer und wirtschaftlicher Interessen. Hardenbergs Versuche veranschaulichen ein Problem im Kern des Reformprojekts, nämlich dass die Rituale der Beteiligung in den Fällen, wo die Regierungsmaßnahmen umstritten waren, tendenziell eher den Widerstand verstärkten und bündelten, statt einen Konsens herzustellen. Das gleiche Problem war in den Städten zu beobachten, wo die von Stein geschaffenen Versammlungen häufig als Gegner der Reformmaßnahmen auftraten.<sup>48</sup>

*versammlungen werden von Reformregierung gegen*

Zu den Nutznießern der Bemühungen, eine freiere, gleichere und politisch kohärentere Gesellschaft aus Bürgern zu schaffen, zählten die Juden in den preußischen Landen. Ungeachtet einer teilweisen Lockerrung der Kontrollen für die privilegierteste Schicht unter Friedrich Wilhelm II. unterlagen die preußischen Juden immer noch zahlreichen Sonderbestimmungen, und ihre Angelegenheiten wurden nach einer eigenen Gesetzgebung behandelt. Erste Vorboten einer umfassenden Reform kamen mit der Städteordnung von 1808, die es »vermögenden Schutzjuden« gestattete, zur Wahl zu gehen und als Mitglieder von Stadträten kommunale Ämter zu übernehmen. Dieser Liberalisierung war es zu verdanken, dass David Friedländer, ein Schüler Mendelssohns, als erster Jude einen Sitz im Berliner Stadtrat innehatte. Eine generelle Emanzipation war in der Regierung jedoch weiterhin umstritten.<sup>49</sup> Im Jahre 1809 wurde Friedrich von Schrötter damit beauftragt, einen Vorschlag zum künftigen Status der Juden auszuarbeiten. Schrötter schlug ein stufenweises Vorgehen vor, das mit der allmählichen Abschaffung von Beschränkungen begann und den Juden danach schrittweise die vollen Bürgerrechte einräumte. Sein Entwurf zirkulierte durch die verschiedenen Regierungsabteilungen mit der Bitte um Kommentar.

Die Reaktionen aus den Reihen der Verwaltung waren gemischt. Die Konservativen, die das Finanzministerium kontrollierten, bestanden darauf, dass die Gleichberechtigung an die Bedingung geknüpft werden müsse, auf die Einhaltung sämtlicher Riten zu verzichten und die jüdische Handelsaktivität einzustellen. Weit liberaler fiel die Antwort von Wilhelm von Humboldt aus. Er plädierte für eine klare Trennung von Staat und Kirche; in einem Staat, der weltlich organisiert sei, so betonte er, müsse die Religion des einzelnen Bürgers eine rein private Angelegenheit sein, die sich nicht auf die Wahrnehmung der Bürgerrechte auswirken dürfe. Doch selbst Humboldt war der Auffassung, dass die Emanzipation früher oder später zur freiwilligen Selbstauflösung des Judentums führen werde. »Die [jüdischen] Individuen werden gewahr werden, dass sie nur ein Ceremonial-Gesetz haben und eigentlich keine Religion hatten«, argumentierte er, »und werden, getrieben von dem angeborenen menschlichen Bedürfnis nach einem höheren Glauben, sich von selbst der christlichen [Religion] zuwenden«.<sup>50</sup> Beide Anschauungen gingen davon aus – genau wie Christian Wilhelm von Dohm mehr als 20 Jahre zuvor –, dass Gleichberechtigung die »Erziehung« der Juden weg von ihrem Glauben und ihren Bräuchen hin zu einer höheren gesellschaftlichen und religiösen Ordnung nach sich ziehen werde. Der Unterschied bestand darin, dass Humboldt sich diesen Prozess als eine freiwillige Folge der Emanzipation vorstellte, die Beamten des Finanzministeriums hingegen betrachteten dies als eine staatlich auferlegte Voraussetzung.

*Emanzipation Hardenberg wird von Schrötter vorgelegt*

Das Emanzipationsprojekt hätte durchaus bis nach den Napoleonischen Kriegen in den Schubladen landen können, wenn Hardenberg die Angelegenheit nicht gleich nach seiner Ernennung zum Kanzler am 6. Juli 1810 in Angriff genommen hätte. Hardenberg sprach sich grundsätzlich für eine allgemeine Gleichberechtigung aus, allerdings hatte diese Fürsprache auch einen persönlichen Aspekt. Er war häufig Gast in den jüdischen Salons gewesen und zählte viele Juden zu seinen Freunden und Bekannten. (Als sich Hardenberg zur Zeit der Trennung von seiner ersten Frau verschuldet hatte, da half der westfälische Hofbankier Israel Jacobson – ein leidenschaftlicher Fürsprecher der jüdischen religiösen Reform und Emanzipation – ihm mit einem günstigen Kredit aus der Klemme.) David Friedländer, der in denselben Kreisen wie Hardenberg verkehrt hatte, wurde gebeten, eine Denkschrift vorzulegen, die die Haltung der Gemeinde zur Emanzipation darlegte – zum ersten Mal

wurde ein Jude zu offiziellen Beratungen über eine preußische Staatsangelegenheit hinzugezogen. Das Ergebnis von Hardenbergs eingehender Prüfung und Überlegung war das Edikt betreffend die bürgerlichen Verhältnisse der Juden im preußischen Staate vom 11. März 1812, das erklärte, dass alle jüdischen Einwohner in Preußen, die im Besitz von Generalprivilegien, Einbürgerungsurkunden, Schutzbürgern oder besonderen Konzessionen waren, künftig als »Einländer« und »Staatsbürger« des Staates Preußen betrachtet werden sollten. Das Edikt hob alle bisherigen Beschränkungen auf jüdische kommerzielle und berufliche Tätigkeit auf, schaffte alle Sondersteuern und -abgaben ab und verfügte, dass Juden ihren Wohnort frei wählen und heiraten durften, wen sie wollten (auch wenn gemischte Ehen zwischen Juden und Christen weiterhin unzulässig waren).

Diese Bestimmungen beinhalteten mit Sicherheit eine deutliche Verbesserung und wurden von einer aufgeklärten, jüdischen Berliner Zeitschrift gebührend als der Anbruch einer »neuen und glücklichen Ära« gefeiert.<sup>51</sup> Die jüdischen Gemeindeältesten von Berlin dankten Hardenberg für sein gutes Werk und brachten ihre »tiefste Dankbarkeit für den Urheber der unschätzbarsten Wohltat« zum Ausdruck.<sup>52</sup> Die durch das Edikt erreichte Emanzipation war jedoch in mehreren wichtigen Aspekten eingeschränkt. Vor allen Dingen beantwortete es nicht die Frage, ob man Stellungen im Staatsdienst für jüdische Bewerber öffnen müsse. Damit blieb das Edikt entscheidend hinter der französischen Emanzipation von 1791 zurück, das die jüdischen Ansprüche in eine allgemeine Verleihung der Staatsbürgerschaft samt aller politischen Rechte eingebettet hatte. Im Gegensatz dazu machte das preußische Edikt die »Fortdauer dieser ihnen beigelegten Eigenschaft als Einländer und Staatsbürger« von der Erfüllung gewisser Verpflichtungen abhängig, woraus eindeutig hervorging, dass mit dem Edikt ein Status zugestanden wurde, nicht etwa Rechte anerkannt wurden.<sup>53</sup> Hier klang die Ambivalenz des berühmten Traktats von Dohm zur »bürgerlichen Verbesserung« der Juden nach. Die Mehrheit der Reformer teilte Dohms Ansicht, dass es einige Zeit dauern würde, bis die negativen Folgen der Diskriminierung nachließen und die Juden bereit wären, ihren Platz als gleichwertige Teilnehmer im öffentlichen Leben der Nation einzunehmen. Ein preußischer Beamter meinte: »Die Unterdrückung [...] hat nun einmal die Juden niederträchtig gemacht und die plötzlich erteilte Freiheit kann nicht den natürlichen Menschenadel mit einem Male in ihnen wieder-

herstellen.«<sup>54</sup> Folglich schaffte das Edikt einen großen Teil der alten, diskriminierenden Gesetze ab, ohne jedoch das Werk der politischen Emanzipation zu vollenden, das als ein Prozess angesehen wurde, der sich wohl über Generationen hinziehen würde.

### Worte

Im Laufe des 19. Jahrhunderts umgab die Ära der preußischen Reformen ein geradezu mythischer Nimbus, in dessen Glanz Stein, Hardenberg, Scharnhorst und ihre Kollegen als die Urheber einer gewaltigen Revolution von oben erschienen. Wenn man sich genauer ansieht, was wirklich erreicht wurde, so wirken die Leistungen der Reformer eher bescheiden. Lässt man einmal den propagandistischen Wirbel um die Edikte beiseite, geht es eigentlich nur um eine ereignisreiche Episode innerhalb einer langen Phase der preußischen Staatsreform zwischen den 1790er und 1840er Jahren.<sup>55</sup>

Die Reformen waren nicht auf ein einziges, gemeinsames Ziel ausgerichtet, und viele wichtige Vorschläge wurden durch den erbitterten Streit unter den Reformern abgeschwächt, verzögert oder völlig blockiert.<sup>56</sup> Betrachten wir zum Beispiel die Patrimonialgerichte auf den herrschaftlichen Gütern. Stein und seine Minister waren von Anfang an entschlossen, diese Form der Gesetzsprechung abzuschaffen, weil sie, wie Schön sagte, »dem Kulturzustand des Volkes als so wenig angemessen« empfunden wurde, »dass beim größten Theil des Volks deshalb die Anhänglichkeit an den Staat, in dem wir leben, geschwächt wird«<sup>57</sup>. Hardenberg und sein Partner Altenstein vertraten hingegen die Auffassung, dass die Regierung die Interessen der Gutsbesitzer berücksichtigen müsse. Folglich blieb die Frage umstritten und verlor auch an Dringlichkeit, nachdem Napoleon 1808 Steins Rücktritt erzwungen hatte. Entschlossener Widerstand seitens des Adels, vor allem in Ostpreußen, wo das Standesbewusstsein noch stark entwickelt war, bremste den Prozess weiter ab, ebenso die Bauernunruhen – eine ernüchternde Ermahnung, dass flexible und gebliebene Justizorgane auf dem Lande dringend erforderlich waren.<sup>58</sup> Als Nächstes kam die Finanzkrise von 1810; der Geldmangel war ein weiterer Grund dafür, einer kostspieligen Generalüberholung des ländlichen Justizwesens aus dem Weg zu gehen – ein Beispiel dafür, inwiefern die Belastung durch Krieg und Besatzung Re-

formen zugleich anregen und bremsen können.<sup>59</sup> Jedenfalls wurden die Patrimonialgerichte von der Agenda der Regierung gestrichen.

Das gleiche Schicksal ereilte das Gendarmerieedikt vom 30. Juli 1812, das die Einführung eines bürokratisierten Regierungssystems auf dem Lande nach dem französischen Vorbild sowie die Schaffung einer paramilitärischen Staatspolizei für alle ländlichen Gegenden vorsah. Der Plan wurde zunächst während Steins Amtszeit skizziert. Auf Drängen des Direktors des Polizeidepartements in Berlin beauftragte Hardenberg seinen alten, fränkischen Protegé Christian Friedrich Scharnweber damit, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten. Scharnweber verband die Schaffung einer neuen, staatlichen Polizeitruppe mit einem grundlegenden Umbau der preußischen Verwaltung. Nach den Bestimmungen des Edikts sollte die gesamte Landesfläche Preußens (mit Ausnahme der sieben größten Städte) in ungefähr gleich große Kreise mit einer einheitlichen Verwaltung eingeteilt werden, die auch ein lokales Repräsentationsorgan einschloss.<sup>60</sup> Das Gendarmerieedikt war eines der kompromisslosesten Reformvorhaben der Hardenberg-Ära; wenn man es erfolgreich durchgesetzt hätte, dann wäre ein großer Teil der trügen Zellstruktur des alten Regimes für die Verwaltung auf dem Lande auf einen Schlag abgeschafft worden.

Tatsächlich löste das Edikt jedoch einen Proteststurm aus und stieß auf verbreiteten zivilen Ungehorsam seitens des Landadels (vor allem in Ostpreußen) und konservativer Mitglieder der Verwaltung. Die vom Adel dominierte, interimistische Nationalrepräsentation, die 1812 in Berlin tagte, sah das Gendarmerieedikt als einen weiteren Versuch an, dem landbesitzenden Adel seine traditionellen Rechte zu entziehen, und verabschiedete einen Antrag, der jede Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit zurückwies – ein Musterbeispiel dafür, dass sich politische Teilnahme und Reform nicht immer miteinander vereinbaren ließen.<sup>61</sup> Zwei Jahre später wurde das Gendarmerieedikt nach weiteren Debatten innerhalb der Regierung aufgegeben. Weitere Bemühungen, sämtliche Formen ländlicher Verwaltung einer zentralisierten Behörde unterzuordnen, scheiterten in den letzten Jahren der Hardenberg-Regierung – mit dem Ergebnis, dass Preußens kommunales Verwaltungssystem bis in die Anfangsjahre der Weimarer Republik zu den antiquiertesten in Deutschland zählte.<sup>62</sup>

Aus Angst vor einem politischen Gegenschlag seitens des Adels verzichteten die Reformer ferner darauf, eine radikalere Reform des Steuer-

systems anzustreben. Hardenberg hatte versprochen, die Steuer auf dem Land anzugeleichen und die unzähligen Befreiungen abzuschaffen, von denen der Landadel immer noch profitierte. Er hatte sogar von der Einführung einer ständigen Einkommensteuer gesprochen. Aber diese Pläne wurden angesichts der Proteste des Adelsstandes gestrichen. Stattdessen wurde den Preußen eine ganze Reihe von Verbrauchssteuern aufgelegt, die in erster Linie die Ärmsten der Bevölkerung belasteten. Die Regierung befasste sich im Jahr 1817 und noch einmal 1820 mit der Steuer auf dem Land, aber die versprochene Reform kam nie zustande.<sup>63</sup>

Die wohl größte Enttäuschung war das Scheitern der Reformer, ein repräsentatives gesamtgesellschaftliches Organ für das Königreich zu schaffen. Hardenbergs Finanzedikt vom 27. Oktober 1810 kündigte an, dass der König die Absicht habe, »der Nation eine zweckmäßig eingerichtete Repräsentation, sowohl in den Provinzen als für das Ganze zu geben, deren Rat Wir gern benutzen« werden.<sup>64</sup> Auf Drängen seiner Minister erneuerte der König dieses Versprechen in der Verordnung zur künftigen Repräsentation des Volkes, die am 22. Mai 1815 veröffentlicht wurde. Abermals hieß es, dass die Regierung die Absicht habe, »Provinzialstände« zu gründen und aus diesen eine »Landes-Repräsentation« mit Sitz in Berlin zu bilden. Doch es wurde kein Landesparlament gebildet. Stattdessen mussten die Preußen sich mit relativ einflusslosen Provinzialtagen bzw. -ständen zufrieden geben, die nach Hardenbergs Tod mit dem »Allgemeinen Gesetz wegen Anordnung der Provinzialstände« vom 5. Juni 1823 eingerichtet wurden. Das waren nicht die starken, modernen Repräsentationsgremien, die sich die radikalsten Reformer gewünscht hatten. Sie wurden nach ständischen Kriterien gewählt und organisiert, und ihre Zuständigkeitsbereiche waren sehr eng gefasst.

Um sich die Besonderheiten der Entwicklung in Preußen klarzumachen, bietet es sich an, sie in den allgemeineren Kontext der Reformen in den deutschen Staaten unter Napoleon zu stellen. Baden, Württemberg und Bayern durchliefen in diesen Jahren alle drei eine Phase intensiver Verwaltungsreform. Was am Ende dabei herauskam, war eine deutlich weiter reichende Verfassungsreform: Alle drei Staaten erhielten Verfassungen, Landeswahlen und Parlamente, deren Zustimmung für die Verabsiedlung von Gesetzen erforderlich war. Vor diesem Hintergrund verblassten die nach 1823 in Preußen gegründeten, neokorporativen Landtage eher. Andererseits gingen die Preußen bei der Modernisierung der Wirtschaft viel radikaler und konsequenter vor. Während die Reformation

mer in München und Stuttgart an den protektionistischen Mechanismen des Merkantilismus festhielten, strebten die Preußen eine Deregulierung des Handels, der Produktion und des Arbeitsmarktes an – ein beredtes Zeugnis für die kulturellen und geoökonomischen Auswirkungen der Nähe Preußens zu den Märkten Großbritanniens, in dem die Industrialisierung bereits in vollem Gange war. Baden, Württemberg und Bayern leiteten vergleichbare Reformen erst in den Jahren 1862 und 1868 ein. Der Elan der preußischen Wirtschaftsreform hielt noch lange nach 1815 bis zu den großen Zollunionen der Nachkriegsära an. Somit ging Preußen aus der Zeit Napoleons mit einem nicht so »modernen« Verfassungssystem wie die drei süddeutschen Staaten hervor, dafür aber mit einer eher »moderneren« Volkswirtschaft.<sup>65</sup>

Wie die Leistung der Reformer zu beurteilen ist, hängt davon ab, ob man das Erreichte hervorhebt, oder ob man sich auf das noch nicht überwundene Vermächtnis der Vergangenheit konzentriert. Es ist zu unterstreichen, daß Grundbesitzer von den Entschädigungsregelungen profitierten, Folge der unzähligen Revisionen Hardenbergs zu Steins Bauernbefreiungsedikt. Oder man kann auf die Anzahl und den Wohlstand der Klein- und Mittelbauern verweisen, die aus der Aufteilung der Adelsgüter hervorgingen.<sup>66</sup> Die liberale Pädagogik Humboldts in den preußischen Volksschulen wurde nach 1819 verwässert, aber das preußische Schulsystem wurde weltweit bewundert wegen der Humanität seines Ethos und der Qualität der Absolventen. Die Friedrich-Wilhelms-Universität mit ihrer starken Verpflichtung zur Freiheit der Forschung entwickelte sich zu einem Vorbild, das in ganz Europa bewundert und dem auch in den Vereinigten Staaten nachgeifert wurde, wo Humboldts Empfehlungen dazu beitrugen, den Gedanken einer modernen Akademie zu verankern.<sup>67</sup> Es ist absolut legitim, die Grenzen des jüdischen Emanzipationsedikts von 1812 zu unterstreichen, aber es ist ebenso wichtig, die zentrale Stellung des Edikts in der Geschichte der Judenemanzipation im Deutschland des 19. Jahrhunderts anzuerkennen.<sup>68</sup> Man kann das Scheitern der Reformer bei der Abschaffung der Patrimonialgerichtsbarkeit auf dem Lande beklagen, man kann aber auch das Augenmerk auf die gesellschaftlichen Kräfte richten, die in dem Jahrzehnt nach 1815 die Patrimonialgerichte zu juristischen Werkzeugen des Staates machten.<sup>69</sup>

Auch in anderer Hinsicht initiierten und verstärkten die Reformer einen Wandel, der sich nach 1815 als unumkehrbar erweisen sollte. Der

1817 gegründete Staatsrat hatte zwar vielleicht nicht ganz so viele Vollmachten, wie Stein ihm zugesagt hatte, doch er spielte im Laufe der Zeit eine entscheidende Rolle bei der Formulierung von Gesetzen. Im Zuge der daraus resultierenden Ministerialisierung der Regierung wurde tendenziell in der Praxis, wenn auch nicht in der Theorie, die Unabhängigkeit des Monarchen eingeschränkt und der Einfluss der Ministerialbürokratie gestärkt.<sup>70</sup> Nach 1815 hatten die Minister weit größere Vollmachten als noch in den 1780er und 1790er Jahren. Die Landtage entwickelten sich letztlich, trotz ihrer beschränkten Befugnisse, zu wichtigen Plattformen für politischen Widerstand.

Kein Edikt veranschaulicht besser die langfristige Wirkung der Reformen als die Verordnung wegen der künftigen Behandlung des gesamten Staatsschuldenwesens vom 17. Januar 1820, einem der letzten und wichtigsten Gesetzesprojekte Hardenbergs. Der Gesetzestext begann damit, dass er die gegenwärtige Staatsschuld Preußens (in Höhe von knapp über 180 Millionen Taler) »auf immer für geschlossen« erklärte. Und für den Fall, dass der Staat künftig neue Kredite aufnehmen müsse, »so kann solches nur mit Zuziehung und unter Mitgarantie der künftigen reichsständischen Versammlung geschehen«. Mit diesem Gesetz legte Hardenberg eine konstitutionelle Zeitbombe in das Gerüst des preußischen Staates. Sie tickte in aller Ruhe bis 1847 vor sich hin, als die Regierung sich wegen der unvorhergesehenen finanziellen Anforderungen des heraufziehenden Eisenbahnzeitalters gezwungen sah, einen Vereinigten Landtag in Berlin einzurufen und damit das Tor zur Revolution öffnete.

Die Reformen waren in erster Linie ein Akt der Kommunikation. Der propagandistische, exaltierte Ton der Edikte war neu; insbesondere das Oktoberedikt war ein Musterbeispiel plebisizitärer Rhetorik. Nie zuvor hatten preußische Regierungen auf diese Weise mit der Öffentlichkeit kommuniziert. Die innovativste Figur auf diesem Feld war Hardenberg, der eine pragmatische, aber respektvolle Haltung gegenüber der öffentlichen Meinung als notwendig für den Erfolg von Regierungsinitiativen ansah. Während seiner Amtszeit in Ansbach und Bayreuth tat er sein Möglichstes, den Sicherheitsanforderungen nachzukommen, ohne dabei die Freiheit, zu denken und öffentlich die eigene Meinung zu äußern, zu beeinträchtigen. In seiner berühmten Rigaer Denkschrift von 1807 unterstrich er die Bedeutung einer kooperativen anstelle einer antagonistischen Beziehung zwischen Staat und öffentlicher Meinung und

*Offenheit vom Hardenberg wichtig.*

argumentierte, dass Regierungen sich keineswegs scheuen sollten, die Öffentlichkeit durch den Einsatz guter Schreiber für sich zu gewinnen. Als Staatskanzler sprach sich Hardenberg 1810/11 als Erster für die regelmäßige kommentierte Veröffentlichung neuer Gesetze aus, und zwar mit der Begründung, dass dieser Abschied von der Heimlichtuerei früherer Regierungen das Vertrauen in die Verwaltung stärken werde. Besonders innovativ war die Einstellung freier Schriftsteller und Redakteure als Propagandisten im Dienste des Staates.<sup>71</sup>

Eine wenig bekannte, aber außerordentlich sinnbildliche Initiative unter Hardenberg war die Reform des alten Kanzleistils in den amtlichen Verlautbarungen. Das Thema wurde erstmals im März 1800 angesprochen, als vorgeschlagen wurde, das langatmige *nomine regis*, das mit den Worten »Wir Friedrich Wilhelm III.« begann und anschließend sämtliche Titel des Königs in absteigender Ordnung aufzählte, aus dem Kopf der Regierungsdokumente zu streichen. Bei der Diskussion der Angelegenheit im Staatsministerium am 7. April 1800 waren so gut wie alle Minister dagegen und argumentierten, dass durch die Entfernung des vollen Titels die Autorität von Äußerungen gemindert werde, die von der Regierung kämen. Einen Tag später legte Hardenberg jedoch eine eigene Einschätzung vor, in der er sich für eine weit radikalere Reform der Sprache in der öffentlichen und amtlichen Kommunikation aussprach. Der Kanzleistil, der gegenwärtig verwendet werde, schrieb er, sei »der des gemeinen Lebens voriger Zeiten«; während die Zeiten sich inzwischen geändert hätten, sei der Stil jedoch der gleiche geblieben. Folglich bestehe überhaupt kein Grund für die staatliche Behörde, »die barbarische Schreibart ungebildeter Zeiten« beizubehalten. Die beherzte Initiative von 1800 brachte nichts ein, doch zehn Jahre später, am 27. Oktober 1810, wurde das *nomine regis* durch ein Gesetz abgeschafft, das die Unterschrift Hardenbergs und des Königs trug.<sup>72</sup>

Diese scheinbar belanglose Innovation führt zum eigentlichen Kern des Reformprojekts Hardenbergs. Ihm ging es vor allen Dingen – und das gilt auch für viele ältere Reformer – um Transparenz und Kommunikation. In diesem Sinn war Hardenberg kein Liberaler, sondern ein Mann der Aufklärung. Für ihn war die Öffentlichkeit keine autonome Kraft, die die Funktion hatte, den Staat zu kontrollieren oder ein Gegen gewicht zu bilden. Und er (und in dieser Sache auch Stein) hatte auch nicht die Absicht, die »liberale Öffentlichkeit« als eine Domäne des kritischen Dialogs zu festigen.<sup>73</sup> Im Gegenteil, er wollte einen derartigen

*Transparenz + Kommunikation*

Widerstand überflüssig und geradezu undenkbar machen, indem er Kanäle für die Verständigung öffnete, indem er die gebildete Bürgerschaft zu einem harmonischen Gespräch über das Gemeinwohl einlud. Diese Logik steckte hinter der Notabelnversammlung und den interimistischen Nationalrepräsentationen, hinter der übertriebenen, einnehmenden Sprache der Edikte und den endlosen Regierungspublikationen. Das erklärt auch seine Bereitschaft zu zensieren, wo es ihm nötig schien.<sup>74</sup>

Hardenberg übersah dabei jedoch, dass Worte unter Umständen ein Eigenleben entwickeln. Wenn er von »Repräsentation« sprach, dann dachte er an willfährige und rechtschaffene Gremien aus würdigen Persönlichkeiten. Andere hingegen dachten dabei an ständische Interessen gruppen oder ein Parlament und eine konstitutionelle Monarchie. Wenn er »Beteiligung« sagte, meinte er Kooperation und Konsultation, andere meinten aber Mitentscheidung und die Vollmacht, die Regierung zu überwachen. Wenn er »Nation« sagte, meinte er die politisch bewusste Bevölkerung Preußens, andere dachten an eine allgemeinere deutsche Nation, deren Interessen und Schicksal nicht unbedingt mit denen Preußens übereinstimmte. Nicht zuletzt aus diesem Grund erscheint die Reformära gleichzeitig so reich an Versprechungen und so arm an Ergebnissen. In diesem Punkt bestehen Parallelen zu einer anderen viel geplagten historischen Persönlichkeit: Michail Gorbatschow. Auch er war ein Mann der Reform und Transparenz (*Glasnost*), nicht der revolutionären Umwälzungen. Er setzte sich, wie Hardenberg, zum Ziel, das staatliche System an die Erfordernisse der Gegenwart anzupassen. Doch es wäre kleinkariert, einem der beiden seinen Anteil an den anschließenden Veränderungen streitig zu machen.

*Sicher  
mäßig*

- 114 Bär, *Westpreußen*, Bd. 2, S. 465f.; Corni, *Stato assoluto*, S. 305.
- 115 Bär, *Westpreußen*, Bd. 1, S. 574–581.
- 116 Bömelburg, *Zwischen polnischer Ständesgesellschaft*, S. 411, 413.
- 117 August Carl Holsche, *Der Netzedistrikt. Ein Beitrag zur Länder- und Völkerkunde mit statistischen Nachrichten*, Königsberg 1793, zitiert in: Wojahn, *Netzedistrikt*, S. 29.
- 118 Neumeyer, *Westpreußen*, S. 313f.; Bömelburg, *Zwischen polnischer Ständesgesellschaft*, S. 367.
- 119 Siehe Bär, *Westpreußen*, Bd. 2, passim.
- 120 Friedrich II., Politisches Testament von 1752, in: Dietrich, *Die politischen Testamente*, S. 283.
- 121 Zitiert in Kunisch, *Friedrich der Große*, S. 245.
- 122 Friedrich II., Politisches Testament von 1752, in: Dietrich, *Die politischen Testamente*, S. 329.
- 123 Kunisch, *Friedrich der Große*, S. 128.
- 124 Zu Wolffs Rolle für die Herausbildung eines stärkeren Staatssystems in Preußen siehe Blanning, *The Culture of Power*, S. 200. Wolff war 1721 nach einem Streit mit den Pietisten an der Universität Halle aus Preußen verbannt worden; mit zu den ersten Dingen, die Friedrich II. nach seiner Thronbesteigung tat, gehörte, ihn nach Berlin zurückzurufen. Siehe auch Christian Freiherr von Wolff, *Vernünftige Gedanken von dem gesellschaftlichen Leben der Menschen und insonderheit dem gemeinen Wesen*, Halle 1756, S. 212f., 216f., 238, 257, 345, 353, 357.
- 125 Zitiert in: Hubatsch, *Friedrich der Große*, S. 75.
- 126 Ebenda, S. 85.
- 127 Blanning, *The Culture of Power*, S. 92; Hans-Joachim Giersberg, »Friedrich II. und die Architektur«, in: Hans-Joachim Giersberg und Claudia Meckel (Hg.), *Friedrich II. und die Kunst*, 2 Bde., Potsdam 1986, Bd. 2, S. 54; Hans-Joachim Giersberg, *Friedrich II. als Bauherr. Studien zur Architektur des 18. Jahrhunderts in Berlin und Potsdam*, Berlin 1986, S. 23.
- 128 Das Opernhaus war theoretisch geladenen Gästen vorbehalten; tatsächlich aber wurde es auch von Berlinern und Besuchern frequentiert. Um Zutritt zu erhalten, musste man lediglich dem Portier ein Trinkgeld geben. Auch die Königliche Bibliothek war zu bestimmten Tageszeiten der allgemeinen Öffentlichkeit zugänglich.
- 129 Siehe Martin Engel, *Das Forum Fridericianum und die monumentalen Residenzplätze des 18. Jahrhunderts*, Dissertation in Kunstgeschichte, Freie Universität Berlin (2001), S. 302f. Diese Doktorarbeit kann online über die Website der Digitalen Naturwissenschaftliche Bibliothek der FU Berlin (Darwin) gelesen werden: <http://www.diss.fu-berlin.de/2004/161/indexe.html#information>; letzter Zugriff am 24. Februar 2005. Zum Forum siehe auch Kunisch, *Friedrich der Große*, S. 258f., 282.
- 130 Hubatsch, *Friedrich der Große*, S. 233; Reinhart Koselleck, *Preußen zwischen Reform und Revolution. Allgemeines Landrecht, Verwaltung und soziale Bewegung von 1791 bis 1848*, Stuttgart 1967, S. 23–149; Hans Hattenhauer, »Preußen auf dem Weg zum Rechtsstaat«, in: Jörg Wolff (Hg.), *Das Preußische Allgemeine Landrecht: politische, rechtliche und soziale Wechsel- und Fortwirkungen*, Heidelberg 1995, S. 49–67.
- 131 ALR §75, Hans Hattenhauer (Hg.), *Allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten von 1794*, Frankfurt am Main 1970.
- 132 Friedrich II., Politisches Testament von 1752, in: Dietrich, *Die politischen Testamente*, S. 381.
- 133 Kunisch, *Friedrich der Große*, S. 293–299.
- 134 Friedrich II., Politisches Testament von 1768, in: Dietrich, *Die politischen Testamente*, S. 519.
- 135 Neuchâtel blieb im Besitz der Hohenzollern bis 1857, als es an die Schweizer Eidgenossenschaft abgetreten wurde. Wolfgang Stríbrny, *Die Könige von Preußen als Fürsten von Neuenburg-Neuchâtel (1707–1848)*, Berlin 1998, S. 296.

- 136 Friedrich II., Politisches Testament von 1768, in: Dietrich, *Die politischen Testamente*, S. 619.
- 137 Ebenda, S. 510f. Das »Rétablissement« Ostpreußens wurde 1743 eingestellt; siehe Notbohm, *Das evangelische Schulwesen*, S. 186.
- 138 Walter Martineit, *Die fridericianische Verwaltung in Ostpreußen. Ein Beitrag zur Geschichte der preußischen Staatsbildung*, Heidelberg 1958, S. 179.
- 139 Ebenda, S. 183ff.
- 140 Friedrich II., Politisches Testament von 1752, in: Dietrich, *Die politischen Testamente*, S. 325ff.
- Kapitel 8: Sapere aude!**
- 1 Immanuel Kant, »Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?«, in: *Berlinische Monatsschrift*, (datiert 30. September 1784, veröffentlicht Dezember 1784), nachgedruckt in: *Berlinische Monatsschrift (1783–1796)*, Leipzig 1986, S. 89–96, hier S. 89.
- 2 Ebenda, S. 90.
- 3 Richard van Dülmen, *Die Gesellschaft der Aufklärer. Zur bürgerlichen Emanzipation und aufklärerischen Kultur in Deutschland*, Frankfurt am Main 1986, S. 48ff. Zu Kant und der »Sprache der Vernunft« siehe Hans Saner, *Kants Weg vom Krieg zum Frieden. Widerstreit und Einheit. Wege zu Kants politischem Denken*, München 1967, S. 89–96, hier S. 93.
- 4 Ferdinand Runkel, *Geschichte der Freimaurerei in Deutschland*, 3 Bde., Berlin 1931/32, Bd. 1, S. 154–158. Allgemeinere Informationen zu den Freimaurern siehe Ulrich Im Hof, *Das Europa der Aufklärung*, München 1993, S. 126–130.
- 5 Vgl. dazu Norbert Schindler, »Freimaurerkultur im 18. Jahrhundert. Zur sozialen Funktion des Geheimwissens in der entstehenden bürgerlichen Gesellschaft«, in: Robert Berdahl u. a. (Hg.), *Klassen und Kultur*, Frankfurt am Main 1982, S. 205–262, hier S. 208.
- 6 *Berlinische Monatsschrift*, 2 (1783), S. 516.
- 7 Friedrich Gedike und J. E. Biester, »Vorrede«, in: *Berlinische Monatsschrift*, 1 (1783), S. 1.
- 8 Im Hof, *Europa der Aufklärung*, S. 106–109.
- 9 Joseph Kohnen, »Druckerei-, Verlags- und Zeitungswesen in Königsberg zur Zeit Kants und Hamanns. Das Unternehmen Johann Jakob Kanfers«, in: Derselbe (Hg.), *Königsberg. Beiträge zu einem besonderen Kapitel der deutschen Geistesgeschichte des 18. Jahrhunderts*, Frankfurt am Main 1994, S. 1–30, insbesondere S. 9f., 12f., 15.
- 10 Nachruf von Leopold Friedrich Günther von Goeckingh (1748–1828), zitiert in Eberhard Fromm, »Der poetische Exerziermeister«, in: *Deutsche Denker*, S. 58–63, online zugänglich unter <http://www.luise-berlin.de/bms/bmstext/9804deua.htm>; letzter Zugriff am 18. Dezember 2003.
- 11 Zu den »Praktikern der Zivilgesellschaft«, siehe Isabel V. Hull, *Sexuality, State and Civil Society in Germany, 1700–1815*, Ithaca, NY, 1996, insbesondere Kap. 5.
- 12 Horst Möller, *Vernunft und Kritik. Deutsche Aufklärung im 17. und 18. Jahrhundert*, Frankfurt am Main 1986, S. 295f.
- 13 Kant, »Was ist Aufklärung?«, S. 95.
- 14 Randbemerkung auf die Anfrage des Generaldirektoriums, ob ein Katholik in Frankfurt an der Oder Bürgerrechte erwerben dürfe (Juni 1740), in: Otto Bardong (Hg.), *Friedrich der Große*, Darmstadt 1982, S. 542. Diese Stelle wird ausführlich diskutiert in Blanning, »Frederick the Great«, in: Scott (Hg.), *Enlightened Absolutism*, S. 265–288, hier S. 282.
- 15 Mittenzwei, *Friedrich II.*, S. 44f.
- 16 Richard J. Evans, *Rituals of Retribution. Capital Punishment in Germany, 1600–1987*, London 1997, S. 113 (dt.: *Rituale der Vergeltung. Die Todesstrafe in der deutschen Geschichte 1532–1987*, Berlin 2001).

- 17 Matthias Schmoeckel, *Humanität und Staatsraison. Die Abschaffung der Folter in Europa und die Entwicklung des gemeinen Strafprozeß- und Beweisrechts seit dem hohen Mittelalter*, Köln 2000, S. 19–33.
- 18 Evans, *Rituals*, S. 122.
- 19 Blanning, »Frederick the Great«, S. 282.
- 20 Jonathan I. Israel, *Radical Enlightenment. Philosophy and the Making of Modernity 1650–1750*, Oxford 2001, S. 659–663.
- 21 Kant, »Was ist Aufklärung?«, S. 96. Ähnlich argumentiert Kant in dem Aufsatz »Über den Gemeinspruch: ›Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis!‹« (erstmals veröffentlicht in *Berlinische Monatsschrift*, 1793); siehe Immanuel Kant, *Political Writings*, hg. von Hans Reiss, übersetzt von H. B. Nisbet, 2. Aufl., Cambridge 1991, S. 61–92, hier insbesondere S. 79, 81, 84f.
- 22 Blanning, *The Culture of Power*, S. 103–182.
- 23 Möller, *Vernunft und Kritik*, S. 303.
- 24 Dieses Zitat geht auf den hohen preußischen Justizbeamten Leopold von Kirchhausen zurück und stammt aus dem Jahre 1792, sechs Jahre nach dem Tod Friedrichs II. Zitiert nach Hull, *Sexuality, State and Civil Society*, S. 215.
- 25 John Moore, *A View of Society and Manners in France, Switzerland and Germany*, 2 Bde, 4. Aufl., Dublin 1789; erstmals veröffentlicht anonym 1779, Bd. 2, S. 130, zitiert in: Blanning, »Frederick the Great«, S. 287.
- 26 Friedrich Nicolai, *Beschreibung der Königlichen Residenzstädte Berlin und Potsdam, aller daselbst befindlicher Merkwürdigkeiten und der umliegenden Gegend*, 2 Bde, Berlin 1786, Bd. 2, S. 839f.
- 27 Hilde Spiel, *Fanny von Arnstein oder die Emanzipation. Ein Frauenleben an der Zeitenwende*, Frankfurt am Main 1962, S. 24f.
- 28 Stern, *Der preußische Staat*, Teil 3, Bd. 2: *Die Zeit Friedrichs des Großen*, Tübingen 1971, passim.
- 29 Instruktion König Friedrich Wilhelms I. von 1722, in: Dietrich (Hg.), *Die Politischen Testamente*, S. 221–243, hier S. 236.
- 30 Politisches Testament Friedrichs des Großen von 1768, in: Dietrich (Hg.), *Die Politischen Testamente*, S. 462–697, hier S. 507.
- 31 Mordechai Breuer, »The Early Modern Period«, in: Michael A. Meyer und Michael Brenner (Hg.), *German-Jewish History in Modern Times*, 4 Bde, New York 1996, Bd. 1: *Tradition and Enlightenment 1600–1780*, S. 79–260, hier S. 146–149 (dt.: Mordechai Breuer, Michael Graetz (Hg.), *Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit*, Bd. 1: *Tradition und Aufklärung, 1600–1780*, München 1996).
- 32 Stefi Jersch-Wenzel, »Minderheiten in der preußischen Gesellschaft«, in: Büsch und Neugebauer (Hg.), *Moderne preußische Geschichte*, Bd. 1, Teil 2, S. 486–506, hier S. 492.
- 33 Dorwart, *Prussian Welfare State*, S. 129; Stern, *Der preußische Staat*, Teil 2: *Die Zeit Friedrich Wilhelms I.*, Bd. 2: Akten, Dok. Nr. 7, 8, 211 und passim.
- 34 J. H. Callenberg, *Siebente Fortsetzung seines Berichts von einem Versuch, das arme jüdische Volck zur Annehmung der christlichen Wahrheit anzuleiten*, Halle 1734, S. 92f., 126, 142. Siehe auch derselbe, *Relation von einer weiteren Bemühung, Jesum Christum als den Heyland des menschlichen Geschlechts dem Jüdischen Volcke bekannt zu machen*, Halle 1738, S. 134, 149.
- 35 Michael Graetz, »The Jewish Enlightenment«, in: Meyer und Brenner (Hg.), *German-Jewish History*, Bd. 1, S. 261–380, hier S. 311.
- 36 Charlene A. Lea, »Tolerance Unlimited: The ›Noble Jew‹ on the German and Austrian Stage (1750–1805)«, in: *The German Quarterly*, 64/2 (1991), S. 167–177.
- 37 Spiel, *Fanny von Arnstein*, S. 19; David Sorkin, *The Transformation of German Jewry, 1780–1840*, New York 1987, S. 8 und passim.
- 38 Mendelssohn an Lessing, Berlin, 2. August 1756, in: Moses Mendelssohn, *Gesammelte Schriften. Jubiläumsausgabe*, Bd. 11: *Briefwechsel I*, Stuttgart-Bad Cannstatt 1974, S. 55; zur Freundschaft zwischen Mendelssohn, Lessing und Nicolai siehe

- Michael Graetz, »The Jewish Enlightenment«, in: Meyer und Brenner (Hg.), *German-Jewish History*, Bd. 1, S. 274.
- 39 Deborah Hertz, *Jewish High Society in Old-regime Berlin*, New Haven und London 1988, S. 95–118; Steven M. Lowenstein, *The Berlin Jewish Community. Enlightenment, Family and Crisis, 1770–1830*, New York 1994, S. 104–110.
- 40 Christian Wilhelm Dohm, *Über die bürgerliche Verbesserung der Juden*, 2 Bde, Berlin und Stettin 1781–1783, Bd. 1, S. 130.
- 41 Dohm, *Über die bürgerliche Verbesserung*. Zu Kommentaren zu diesem Buch und seinem historischen Kontext siehe insbesondere R. Liberles, »The Historical Context of Dohm's Treatise on the Jews«, in: Friedrich-Naumann-Stiftung (Hg.), *Das deutsche Judentum und der Liberalismus—German Jewry and Liberalism*, Königs-winter 1986, S. 44–69; Horst Möller, »Aufklärung, Judenemanzipation und Staat. Ursprung und Wirkung von Dohms Schrift über die bürgerliche Verbesserung der Juden«, in: W. Gräb (Hg.), *Deutsche Aufklärung und Judenemanzipation. Internationales Symposium anlässlich der 250. Geburtstage Lessings und Mendelssohns (Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte, Suppl. 3)*, Tel Aviv 1980, S. 119–149.
- 42 Spiel, *Fanny von Arnstein*, S. 279.
- 43 Ebenda, S. 280.
- 44 Karl Borromäus Sessa, *Unser Verkehr. Eine Posse in einem Aufzuge*, 2. Aufl., Leipzig 1815, S. 18. Das Stück wird diskutiert in Michael A. Meyer, »Becoming German, Remaining Jewish«, in: Meyer und Brenner (Hg.), *German-Jewish History*, Bd. 2, S. 199–250, hier S. 204ff. Allgemeiner zur judenfeindlichen Satire siehe Charlene A. Lea, *Emancipation, Assimilation and Stereotype. The Image of the Jew in German and Austrian Drama (1800–1850)*, Bonn 1978; Mark H. Gelber, »Wandlungen im Bild des ›gebildeten Juden‹ in der deutschen Literatur«, in: *Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte*, 13 (1984), S. 165–178.
- 45 Das Problem der Konversion wird erörtert in Hertz, *Jewish High Society*; siehe auch dieselbe, »Seductive Conversion in Berlin, 1770–1809«, in: Todd Endelman (Hg.), *Jewish Apostasy in the Modern World*, New York und London 1990, S. 48–82; Lowenstein, *The Berlin Jewish Community*, S. 120–133.
- 46 Zitiert nach James Sheehan, *German History 1770–1866*, Oxford 1993, S. 293; dt.: *Der Ausklang des Alten Reiches. Deutschland seit dem Ende des Siebenjährigen Krieges bis zur gescheiterten Revolution, 1763–1850*, Berlin 1994, S. 268.
- 47 Da Friedrich II. kinderlos blieb, ging das Recht der Thronfolge auf seinen jüngeren Bruder August Wilhelm über, der 1758 gestorben war, aber seinen Sohn als Thronerben zurückgelassen hatte.
- 48 Kunisch, *Friedrich der Große*, S. 285.
- 49 David E. Barclay, »Friedrich Wilhelm II. (1786–1797)«, in: Kroll (Hg.), *Preußens Herrscher*, S. 179–196.
- 50 Thomas S. Saine, *The Problem of Being Modern. Or, the German Pursuit of Enlightenment from Leibniz to the French Revolution*, Detroit, MI, 1997, S. 300.
- 51 Dirk Kemper (Hg.), *Mißbrauchte Aufklärung? Schriften zum preußischen Religionsedikt vom 9. Juli 1788*, Hildesheim 1996; Ian Hunter, »Kant and the Prussian Religious Edict. Metaphysics within the Bounds of Political Reason Alone«, Thesen-papier, Centre of the History of European Discourses, University of Queensland, online zugänglich unter <http://eprint.uq.edu.au/archive/00000396/01/hunterkant.pdf>; letzter Zugriff am 30. Dezember 2003.
- 52 Siehe die Kommentare der Herausgeber und Übersetzer in A. W. Wood und G. Di Giovanni (Hg.), *Immanuel Kant: Religion and Rational Theology*, Cambridge 1996; Saine, *The Problem of Being Modern*, S. 289–309; Paul Schwartz, *Der erste Kulturmampf in Preußen um Kirche und Schule (1788–1798)*, Berlin 1925, S. 93–107; Klaus Epstein, *The Genesis of German Conservatism*, Princeton, NJ, 1966, S. 360–368 (dt.: *Die Ursprünge des Konservatismus in Deutschland. Der Ausgangspunkt: Die Herausforderung durch die Französische Revolution 1770–1806*, Frankfurt am Main 1973).

- 53 Diese Sichtweise der Tätigkeit Wöllners wird überzeugend dargelegt in Michael J. Sauter, »Visions of the Enlightenment: The Edict on Religion of 1788 and Political Reaction in Eighteenth-century Prussia«, Diss., Department of History, University of California, Los Angeles, CA, 2002.
- 54 Kemper, *Missbrauchte Aufklärung?*, S. 227.
- 55 Eine interessante Diskussion des Edikts, die nützliche Vergleiche zur Sprache des preußischen Gesetzestextes zieht, bietet Nicholas Hope, *German and Scandinavian Protestantism, 1700 to 1918*, Oxford 1995, S. 312f. Zu den aufklärerischen Zügen des Ediktes siehe insbesondere Fritz Valjavec, »Das Woellnersche Religionsedikt und seine geschichtliche Bedeutung«, in: *Historisches Jahrbuch*, 72 (1952), S. 386–400. Zu zweckorientierten Sichtweisen der Religion siehe Epstein, *Genesis*, S. 150.
- 56 Kurt Nowak, *Geschichte des Christentums in Deutschland. Religion, Politik und Gesellschaft vom Ende der Aufklärung bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts*, München 1995, S. 15–36.
- 57 Hunter, »Kant and the Prussian Religious Edict«, S. 7.
- 58 Ebenda S. 11f.
- 59 Kabinettschluss Friedrich Wilhelms II. vom 10. September 1788, zitiert in Klaus Berndl, »Neues zur Biographie von Ernst Ferdinand Klein«, in: Eckhart Hellmuth, Immo Meenken und Michael Trauth (Hg.), *Zeitenwende? Preußen um 1800*, Stuttgart 1999, S. 139–182, hier S. 161, Anm. 118.
- 60 Saine, *The Problem of Being Modern*, S. 294–308.
- 61 Berndl, »Ernst Ferdinand Klein«, S. 162ff.
- 62 Wilhelm Schrader, *Geschichte der Friedrichs-Universität zu Halle*, 2 Bde, Berlin 1894, Bd. 1, S. 521; Epstein, *Genesis*, S. 364–367; Berndl, »Ernst Ferdinand Klein«, S. 167–170.
- 63 Horst Möller, *Aufklärung in Preußen. Der Verleger, Publizist und Geschichtsschreiber Friedrich Nicolai*, Berlin 1974, S. 213.
- 64 Axel Schumann, »Berliner Presse und Französische Revolution: Das Spektrum der Meinungen unter preußischer Zensur 1789–1806«, Ph. D. thesis, Technische Universität, Berlin (2001), online zugänglich unter [http://edocs.tu-berlin.de/diss/2001/schumann\\_axel.pdf](http://edocs.tu-berlin.de/diss/2001/schumann_axel.pdf); letzter Zugriff am 31 Dezember 2003, insbesondere, S. 227–241.
- 65 »Theatralische Gaukelspiele in Berlin«, in: *Journal des Luxus und der Moden*, 11 (1796), S. 422–429, hier 428, zitiert nach Hellmuth, »Die ›Wiedergeburt««, S. 23–52, hier S. 26.
- 66 Einen ausgezeichneten Überblick über das damalige Gesellschaftsleben in Berlin, auf den sich die folgenden beiden Absätze stützen, bietet Florian Maurice, *Freimaurerei um 1800. Ignaz Aurelius Feßler und die Reform der Großloge Royal York in Berlin*, Tübingen 1997, S. 129–166.
- 67 Gerhard Ritter, *Stein. Eine politische Biographie*, Stuttgart 1958, S. 29, 31, 34, 37, 39, 40; Guy Stanton Ford, *Stein and the Era of Reform in Prussia, 1807–1815*, 2. Aufl., Gloucester, MA, 1965, S. 4–26, 31f.
- 68 Ford, *Stein*, S. 33f.
- 69 Ritter, *Stein*, S. 71.
- 70 Silke Lesemann, »Prägende Jahre. Hardenbergs Herkunft und Amtstätigkeit in Hannover und Braunschweig (1771–1790)«, in: Thomas Stamm-Kuhlmann (Hg.), »Freier Gebrauch der Kräfte. Eine Bestandsaufnahme der Hardenberg-Forschung«, München 2001, S. 11–30, hier S. 11–18.
- 71 Lesemann, »Prägende Jahre«, S. 18–25.
- 72 Es war schon seit langem vereinbart, dass Ansbach und Bayreuth nach dem Tod des regierenden Markgrafen der Hohenzollern an Preußen fallen sollten. Im Jahr 1792 ließ er es jedoch, unter dem Druck der Ereignisse in Frankreich und seines immensen Schuldenbergs, zu, dass er vorzeitig von Berlin »aufgekauft« wurde.
- 73 Andrea Hofmeister-Hunger, *Pressepoltik und Staatsreform. Die Institutionalisierung staatlicher Öffentlichkeitsarbeit bei Karl August von Hardenberg (1792–1822)*, Göttingen 1994, S. 32–47; Rudolf Endres, »Hardenbergs fränkisches Reform-

- modell«, in: Stamm-Kuhlmann (Hg.), *Hardenberg-Forschung*, S. 31–49, hier S. 38.
- 74 Rudolf Endres, »Hardenbergs fränkisches Reformmodell«, S. 45f.
- 75 Rolf Straubel, *Carl August von Struensee. Preußische Wirtschafts- und Finanzpolitik im ministeriellen Kräftespiel (1786–1804/06)*, Potsdam 1999, S. 112–117.
- 76 Manfred Gailus, »Moralische Ökonomie und Rebellion in Preußen vor 1806: Havelberg, Halle und Umgebung«, in: *FBPG (Neue Reihe)*, 11 (2001), S. 77–100, insbesondere S. 95ff.
- 77 Zur Nutzung der neuen polnischen Randprovinzen in Süd- und Neuostpreußen als »Experimentierfelder« für Verwaltungsreformen siehe Ingeborg Charlotte Bussenius, *Die Preußische Verwaltung in Süd- und Neuostpreußen 1793–1806*, Heidelberg 1960, S. 314f.
- 78 Hans Hattenhauer, »Das ALR im Widerstreit der Politik«, in: Jörg Wolff (Hg.), *Das Preußische Allgemeine Landrecht. Politische, rechtliche und soziale Wechsel- und Fortwirkungen*, Heidelberg 1995, S. 31–48, hier S. 48.
- 79 ALR §1 Einleitung, zitiert nach Hans Hattenhauer (Hg.), *Allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten von 1794*, 3. erw. Aufl., Neuwied 1996. Die betreffende Passage wird ausführlich erörtert in Hattenhauer, »Preußen auf dem Weg«, in: Wolff (Hg.), *Das Preußische Allgemeine Landrecht*, S. 49–67, hier S. 62.
- 80 ALR §22 Einleitung.
- 81 Thilo Ramm, »Die friderizianische Rechtskodifikation und der historische Rechtsvergleich«, in: Wolff (Hg.), *Das Preußische Allgemeine Landrecht*, S. 1–30, hier S. 12.
- 82 Siehe dazu Günther Birtsch, »Die preußische Sozialverfassung im Spiegel des Allgemeinen Landrechts für die preußischen Staaten von 1794«, in: Wolff (Hg.), *Das Preußische Allgemeine Landrecht*, S. 133–147, hier S. 133. Eine allgemeinere Erörterung der ständischen Aspekte im Landrecht bietet Andreas Schwennicke, *Die Entstehung der Einleitung des Preußischen Allgemeinen Landrechts von 1794*, Frankfurt am Main 1993, S. 34–43, 70–105.
- 83 ALR §§ 147, 161–172, 185ff., 227–230, 308, 309. Birtsch, »Die preußische Sozialverfassung«, S. 143. Zum ALR als Versuch, absolutistische mit ständischen Grundsätzen zu vereinbaren siehe Günther Birtsch, »Gesetzgebung und Representation im späten Absolutismus. Die Mitwirkung der preußischen Provinzialstände bei der Entstehung des Allgemeinen Landrechts«, in: *Historische Zeitschrift*, 202 (1969), S. 265–294; Koselleck, *Preußen zwischen Reform und Revolution*, S. 23–149.
- 84 ALR Einleitung, »Quelle des Rechts«. Dazu siehe auch Monika Wienfort, »Zwischen Freiheit und Fürsorge. Das Allgemeine Landrecht im 19. Jahrhundert«, in: Patrick Bahners und Gerd Roellecke (Hg.), *Preußische Stile. Ein Staat als Kunststück*, Stuttgart 2001, S. 294–309.
- 85 Ähnlich argumentiert etwa Detlef Merten, »Die Rechtsstaatlichkeit im Allgemeinen Landrecht«, in: Friedrich Ebel (Hg.), *Gemeinwohl – Freiheit – Vernunft – Rechtsstaat. 200 Jahre Allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten*, Berlin 1995, S. 109–138.
- 86 Heinrich von Treitschke, *Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert*, 5 Bde, Leipzig 1927, Bd. 1, S. 77.
- 87 Staël-Holstein, Anne Louise Germaine de, *Über Deutschland*, übers. von Friedrich Buchholz, u. a., vollst., durchges. Fassung der dt. Erstausgabe von 1814, Frankfurt am Main 1985, S. 104.
- Kapitel 9: Hybris und Nemesis: 1789–1806*
- 1 Ernst Wangermann, »Preußen und die revolutionären Bewegungen in Ungarn und den österreichischen Niederlanden zur Zeit der französischen Revolution«, in: Otto Büsch und Monika Neugebauer-Wölk (Hg.), *Preußen und die revolutionäre Herausforderung seit 1789*, Berlin 1991, S. 22–85, hier S. 81, 83.

- 2 Monika Neugebauer-Wölk, »Preußen und die Revolution in Lüttich. Zur Politik des Christian Wilhelm von Dohm, 1789/90«, in: Büsch und Neugebauer-Wölk (Hg.), *Preußen und die revolutionäre Herausforderung*, S. 59–76, hier S. 63.
- 3 Wangermann, »Preußen und die revolutionären Bewegungen«, S. 82.
- 4 Paul W. Schroeder, *The Transformation of European Politics 1763–1848*, Oxford 1994, S. 66, 76; Brendan Simms, *The Struggle for Mastery in Germany, 1779–1850*, London 1998, S. 56f.
- 5 Zitiert nach Wolfgang Lautemann, Manfred Schlenke (Hg.), *Geschichte in Quellen*, Bd.4: *Amerikanische und Französische Revolution*, München 1981, S. 266.
- 6 Ebenda.
- 7 Zu den Folgen von Pillnitz, siehe Gary Savage, »Favier's Heirs. The French Revolution and the Secret du Roi«, in: *Historical Journal*, 41/1 (1998), S. 225–258; Gunther E. Rothenberg, »The Origins, Causes and Extension of the Wars of the French Revolution and Napoleon«, in: *Journal of Interdisciplinary History*, 18/4 (1988), S. 771–793, insbesondere S. 780f.; T. C. W. Blanning, *Origins of the French Revolutionary Wars*, London 1986, S. 100f.; Patricia Chastain Howe, »Charles-François Dumouriez and the Revolutionizing of French Foreign Affairs in 1792«, in: *French Historical Studies*, 14/3 (1986), S. 367–390, hier S. 372f.
- 8 Die Erklärung des Herzogs von Braunschweig ist abgedruckt in Lautemann (Hg.), *Amerikanische und Französische Revolution*, S. 304ff. Der Text kann auch online eingesehen werden unter dem Hanover Historical Texts Project, <http://history.hanover.edu/texts/bruns.htm>; letzter Zugriff am 13 Januar 2004. Zum Hintergrund des Manifests siehe Hildor Arnold Barton, »The Origins of the Brunswick Manifesto«, in: *French Historical Studies*, 5 (1967), S. 146–169.
- 9 Zitiert in Lukowski, *Partitions*, S. 140.
- 10 Hertzberg an Lucchesini, zitiert in ebenda, S. 143.
- 11 Eine allgemeinere Darstellung der zweiten Teilung enthält Michael G. Müller, *Die Teilungen Polens: 1772, 1793, 1795*, München 1984, insbesondere S. 43–50; Lukowski, *Partitions*, S. 128–158.
- 12 Diese Auswahl von Attributen stammt aus Heinrich von Sybel, *Geschichte der Revolutionszeit von 1789 bis 1805*, 5 Bde., Stuttgart 1898, Bd. 3, S. 276; Heinrich von Treitschke, *Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert*, 5 Bde., Leipzig 1894, Bd. 1, S. 207; Rudolf Ibbeken, *Preußen. Geschichte eines Staates*, Stuttgart 1970, S. 106f.; Golo Mann, *Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Frankfurt am Main 1992. Die Sichtweisen werden diskutiert und analysiert in Philip G. Dwyer, »The Politics of Prussian Neutrality 1795–1805«, in: *German History*, 12 (1994), S. 351–373.
- 13 Zur Finanzkrise siehe Aretin, *Reich*, Bd. 1, S. 318. Zu Verbindungen zur »Friedenspartei«, siehe Willy Real, »Die preußischen Staatsfinanzen und die Anbahnung des Sonderfriedens von Basel 1795«, in: FBPG, 1 (1991), S. 53–100.
- 14 Dwyer, »Politics«, S. 357.
- 15 Schroeder, *Transformation*, insbesondere S. 144–150.
- 16 Siehe Brendan Simms, *The Impact of Napoleon. Prussian High Politics, Foreign Policy and Executive Reform, 1797–1806*, Cambridge 1997, S. 101–105.
- 17 Aretin, *Reich*, Bd. 1, S. 277; Sheehan, *German History*, S. 278; Simms, *Struggle for Mastery*, S. 62.
- 18 Zitiert in Simms, *Struggle for Mastery*, S. 60f.
- 19 Leszczinski (Hg.), *Kriegerleben des Johann von Borcke, weiland Kgl. Preuss. Oberstleutnant. 1806–1815*, Berlin 1888, S. 46ff.; zitiert nach Eckart Klessmann (Hg.), *Deutschland unter Napoleon in Augenzeugenberichten*, München 1976, S. 132–141.
- 20 Friedrich Nippold (Hg.), *Erinnerungen aus dem Leben des Generalfeldmarschalls Hermann von Boyen*, 3 Bde., Leipzig 1889/90, Bd. 1, S. 171f.; dazu auch Sheehan, *Der Ausklang des Alten Reiches*, Berlin 1994, S. 214.
- 21 Zitiert in Dwyer, »Politics«, S. 361. Zum Übergang von einer zweckdienlichen zu einer prinzipiellen Neutralität siehe S. 358–67.

- 22 Simms, *Impact of Napoleon*, S. 148–56; Dwyer, »Politics« S. 365.
- 23 Gregor Schöllgen, »Sicherheit durch Expansion? Die außenpolitischen Lageanalysen der Hohenzollern im 17. und 18. Jahrhundert im Lichte des Kontinuitätsproblems in der preußischen und deutschen Geschichte«, in: *Historisches Jahrbuch*, 104 (1984), S. 22–45.
- 24 Klaus Zernack, »Polen in der Geschichte Preußens«, in: Otto Büsch u.a. (Hg.), *Handbuch der preußischen Geschichte*, Bd. 2: *Das neunzehnte Jahrhundert und große Themen der Geschichte Preußens*, Berlin, 1992, S. 377–448, hier S. 430; derselbe, »Preußen–Frankreich–Polen. Revolution und Teilung«, in: Büsch und Neugebauer-Wölk (Hg.), *Preußen*, S. 22–40; William W. Hagen, »The Partitions of Poland and the Crisis of the Old Regime in Prussia, 1772–1806«, in: *Central European History*, 9 (1976), S. 115–28.
- 25 Diese Punkte werden ausführlich erörtert in Torsten Riotte, »Hanover in British Policy 1792–1815«, Diss., University of Cambridge (2003).
- 26 Darauf hat Reinhold Koser hingewiesen in »Die preußische Politik, 1786–1806«, in: Derselbe, *Zur preußischen und deutschen Geschichte*, Stuttgart 1921, S. 202–268, hier S. 248f.
- 27 Zur Krise um Sir Rumbold siehe Simms, *The Impact of Napoleon*, S. 159–167, 277, 285.
- 28 J. G. Droysen, *Geschichte der preußischen Politik*, Berlin 1855–1886, Bd. 3, 3, S. 15, Anm. 1; dazu auch McKay, *Great Elector*, S. 105.
- 29 Brendan Simms, »The Road to Jena: Prussian High Politics, 1804–06«, in: *German History*, 12 (1994), S. 374–394. Eine umfassendere Analyse der Rolle, welche die gegenseitigen Rivalitäten spielten, findet sich in derselbe, *Impact of Napoleon*, insbesondere S. 285–291.
- 30 Haugwitz an Lucchesini, 15. Juni 1806, zitiert in Simms, »The Road to Jena«, S. 386.
- 31 Diese Rivalitäten werden analysiert in Simms, ebenda.
- 32 Diese Zusammenfassung ist entnommen aus Ford, *Stein*, S. 105f.
- 33 Zitiert nach Erich Botzenhart und Gunther Ipsen (Hg.), *Freiherr vom Stein. Ausgewählte politische Briefe und Denkschriften*, 2. Aufl., Stuttgart 1986, 2/1, S. 71–77; Auszüge aus der Denkschrift veröffentlicht in Lautemann, *Amerikanische und Französische Revolution*, S. 622ff.; siehe auch Ford, *Stein*, S. 106.
- 34 Hardenberg, Denkschrift vom 18. Juni 1806, in Leopold von Ranke (Hg.), *Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers Fürsten von Hardenberg*, 5 Bde., Leipzig, 1877, Bd. 3, S. 35; dazu Simms, »The Road to Jena«, S. 388f.
- 35 Thomas Stamm-Kuhlmann, *König in Preußens großer Zeit. Friedrich Wilhelm III., der Melancholiker auf dem Thron*, Berlin 1992, S. 229ff.
- 36 Friedrich Wilhelm III. an Napoleon, Naumburg, 26. September 1806, in Ranke (Hg.), *Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers Fürsten von Hardenberg*, Bd. 3, S. 179–187; zitiert nach Klessmann (Hg.), *Deutschland unter Napoleon*, S. 101.
- 37 Napoleon an Friedrich Wilhelm III., 12. Oktober 1806, in: Klessmann (Hg.), *Deutschland unter Napoleon*, S. 123–126.
- 38 Eine ausgezeichnete Diskussion der militärischen Verbesserungen und ein Vergleich mit den französischen Fähigkeiten findet sich in Dennis Showalter, »Hubertusberg to Auerstedt: The Prussian Army in Decline?«, in: *German History*, 12 (1994), S. 308–333.
- 39 Michel Kérautret, »Frédéric II et l'opinion française (1800–1870). La compétition posthume avec Napoléon«, in: *Francia*, 28/2 (2001), S. 65–84, hier S. 69.
- 40 Memoiren des sächsischen Offiziers Karl Heinrich von Einsiedel, zitiert in Klessmann (Hg.), *Deutschland unter Napoleon*, S. 147f.; Karl-Heinz Blaschke, »Von Jena 1806 nach Wien 1815: Sachsen zwischen Preußen und Napoleon«, in: Gerd Fesser und Reinhard Jonscher (Hg.), *Umbruch im Schatten Napoleons. Die Schlachten von Jena und Auerstedt und ihre Folgen*, Jena 1998, S. 143–156.

*Kapitel 10: Die Welt der Bürokraten*

- 1 Lady Jackson, *The Diaries and Letters of Sir George Jackson from the Peace of Amiens to the Battle of Talavera*, 2 Bde, London 1872, Bd. 2, S. 53.
- 2 Friedrich Wilhelm III., »Eigenhändiges Konzept des Königs zu dem Publicandum betr. Abstellung verschiedener Missbräuche bei der Armee, Ortelsburg«, 1. Dezember 1806, GStA Berlin-Dahlem, HA VI, NL Friedrich Wilhelm III., Nr. 45/1, Bl. 13–17.
- 3 Ebenda, Bl. 17; dieser Aspekt des Dokuments wird ausführlicher erörtert in Stamm-Kuhlmann, *König in Preußens großer Zeit*, S. 245f. Zu den Strafen, die gegen Offiziere verhängt wurden, die den Pflichtverletzungen schuldig gesprochen wurden, siehe Craig, *Politics of the Prussian Army*, S. 42. Allgemeiner zum Anteil des Königs an der Militärreform siehe Alfred Herrmann, »Friedrich Wilhelm III. und sein Anteil an der Heeresreform bis 1813«, in: *Historische Vierteljahrsschrift*, 11 (1908), S. 484–516.
- 4 Berdahl, *Politics of the Prussian Nobility*, S. 107f.; Bernd Münchow-Pohl, *Zwischen Reform und Krieg. Untersuchungen zur Bewußtseinslage in Preußen 1809–1812*, Göttingen 1987, S. 94–131, insbesondere S. 108f.
- 5 Die Frage, ob dem preußischen Staat die Reform durch den Schock von außen gewissermaßen aufgezwungen wurde oder ob sie in einer eigenen Reformtradition wurzelte, ist umstritten. Zu den Umrissen der Diskussion siehe T. C. W. Blanning, »The French Revolution and the Modernisation of Germany«, in: *Central European History*, 22 (1989), S. 109–129; Paul Nolte, »Preußische Reformen und preußische Geschichte: Kritik und Perspektiven der Forschung«, in: *FBPG*, 6 (1996), S. 83–95. Zur Niederlage als »traumatische Erfahrung« siehe Ludger Herrmann, »Die Schlachten von Jena und Auerstedt und die Genese der politischen Öffentlichkeit in Preußen«, in: Fesser und Jonscher (Hg.), *Umbruch im Schatten Napoleons*, S. 39–52.
- 6 J. R. Seeley, *Life and Times of Stein, or Germany and Prussia in the Napoleonic Age*, 3 Bde, Cambridge 1878, Bd. 1, S. 32 (dt.: Stein. Sein Leben und seine Zeit. Deutschland und Preußen im Zeitalter Napoleons, 3 Bde, Gotha 1883–1887).
- 7 Zitiert in Stamm-Kuhlmann, *König in Preußens großer Zeit*, S. 255.
- 8 Zu diesem Gedicht siehe Thomas Stamm-Kuhlmann, »War Friedrich Wilhelm III. von Preußen ein Bürgerkönig?«, in: *Zeitschrift für Historische Forschung*, 16 (1989), S. 441–460.
- 9 Zitiert in ebenda.
- 10 Zitiert in Joachim Bennewitz, »Königin Luise in Berlin«, in: *Berlinische Monatschrift*, 7 (2000), S. 86–92, hier S. 86, online zugänglich unter <http://www.berlinische-monatschrift.de/bms/bmstxtoo/0007gesa.htm>; letzter Zugriff am 21. März 2004.
- 11 Siehe Rudolf Speth, »Königin Luise von Preußen – deutscher Nationalmythos im 19. Jahrhundert«, in: Sabine Bergahn und Sigrid Koch (Hg.), *Mythos Diana – von der Princess of Wales zur Queen of Hearts*, Gießen 1999, S. 265–285.
- 12 Luise an Friedrich Wilhelm III., Weimar, 8 Uhr abends, 13. Oktober 1806, in Paul Bailleu, *Königin Luise. Ein Lebensbild*, Berlin 1908, S. 201.
- 13 Siehe Philipp Demandt, *Luisenkult. Die Unsterblichkeit der Königin von Preußen*, Köln 2003, S. 8.
- 14 Zitiert in Bailleu, *Königin Luise*, S. 258.
- 15 Stamm-Kuhlmann, *König in Preußens großer Zeit*, S. 318.
- 16 Richard J. Evans, *Tales from the German Underworld*, New Haven, CT, 1998, S. 31–35, 46 (dt.: *Szenen aus der deutschen Unterwelt. Verbrechen und Strafe, 1800–1914*, übers. von Claudia Preuschoff, Reinbek 1997). Zur Reform des Strafgesetzbuches dieser Jahre siehe Jürgen Regge, »Das Reformprojekt eines ›Allgemeinen Criminalrechts für die preußischen Staaten‹ (1799–1806)«, in: Hans Hattenhauer und Götz Landwehr (Hg.), *Das nachfriderizianische Preußen 1786–1806*, Heidelberg 1988, S. 189–233.
- 17 Zitat von Friedrich Wilhelm III. aus Rudolf Stadelmann, *Preußens Könige in ihrer Tätigkeit für die Landeskultur*, 4 Bde, Leipzig, 1878–1887, nachgedruckt Osnabrück,

- 1965, Bd. 4, S. 209f., 213f.; Bericht des Generaldirektoriums, 15. März 1800, zitiert in Stamm-Kuhlmann, *König in Preußens großer Zeit*, S. 156.
- 18 Otto Hintze, »Preußische Reformbestrebungen vor 1806«, in: *Historische Zeitschrift*, 76 (1896), S. 413–443; Hartmut Harnisch, »Die agrarpolitischen Reformmaßnahmen der preußischen Staatsführung in dem Jahrzehnt vor 1806–1807«, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, 3 (1977), S. 129–154.
- 19 Thomas Welskopp, »Sattelzeitgenossen. Freiherr Karl vom Stein zwischen Bergbauverwaltung und gesellschaftlicher Reform in Preußen«, in: *Historische Zeitschrift*, 271/2 (2000), S. 347–372.
- 20 Zur Halbherzigkeit und Wankelmütigkeit der Außenpolitik Hardenbergs vor 1806 siehe Reinholt Koser, »Umschau auf dem Gebiete der brandenburg-preußischen Geschichtsforschung«, in: *FBPG*, 1 (1888), S. 1–56, hier S. 50.
- 21 Hans Schneider, *Der preußische Staatsrat, 1817–1914. Ein Beitrag zur Verfassungs- und Rechtsgeschichte Preußens*, München 1952, S. 21f.
- 22 Die These, dass die Reformen zugleich die Bürokratisierung der preußischen Monarchie beschleunigt hätten, stammt von Rosenberg, *Bureaucracy*, passim. Rosenbergs allgemeine Behauptung, dass die Verwaltungsreform einem ständischen Griff nach der Macht durch das Beamtentum gleichkam, das gewissermaßen als »vierter Stand« versuchte, die Autorität des Monarchen zu usurpierten, ist überzeugend kritisiert worden von Simms in *Impact of Napoleon*, S. 25, 306–312.
- 23 Ritter, *Stein*, S. 145–155.
- 24 Ernst Rudolf Huber, *Heer und Staat in der deutschen Geschichte*, Heidelberg 1938, S. 115–123, 312–320.
- 25 Craig, *Politics of the Prussian Army*, S. 31 (dt.: *Die preußisch-deutsche Armee, 1640–1945. Staat im Staafe*, Düsseldorf 1960, S. 50); Simms, *Impact of Napoleon*, S. 132, 323.
- 26 William O. Shanahan, *Prussian Military Reforms (1786–1813)*, New York 1945, S. 75–82; Craig, *Politics of the Prussian Army*, S. 24, 28.
- 27 Craig, *Preußisch-deutsche Armee*, S. 48–51. Friedrich Wilhelms Unterhaltung mit dem Erzieher seines Sohnes, General Johann Heinrich von Minutoli, wird zitiert in Stamm-Kuhlmann, *König in Preußens großer Zeit*, S. 340f. Zur Unterstützung des Königs der Militärreform siehe Seeley, *Stein*, Bd. 2, S. 118.
- 28 Emil Karl Georg von Conrady, *Leben und Wirken des Generals Carl von Grolman*, 3 Bde, Berlin 1894–1896, Bd. 1, S. 159–162.
- 29 Zitiert in Huber, *Heer und Staat*, S. 128.
- 30 Showalter, »Hubertusberg to Auerstedt«, S. 315; Manfred Messerschmidt, »Menschenführung im preußischen Heer von der Reformzeit bis 1914«, in: Militär-geschichtliches Forschungsamt (Hg.), *Menschenführung im Heer*, Herford 1982, S. 81–112, insbesondere S. 84f.
- 31 Carl von Clausewitz, *Vom Kriege*, vollst. Ausgabe im Urtext, bearb. von Werner Hahlweg, 18. Aufl., Bonn 1973; siehe dazu die einleitenden Worte in der englischen Fassung von Peter Paret, »The Genesis of On War«, und Michael Howard, »The influence of Clausewitz«, in: Carl von Clausewitz, *On War*, hrsg. und übers. von Michael Howard und Peter Paret, London 1993, S. 3–28, 29–49.
- 32 Zitiert in Stadelmann, *Preußens Könige*, Bd. 4, S. 327.
- 33 Hagen, *Ordinary Prussians*, S. 598.
- 34 Ich möchte Sean Eddie, der zur Zeit eine Dissertation über die preußische Agrarpolitik um 1750 bis 1850 ausarbeitet, dafür danken, dass er diesen Aspekt des Agrarsystems klären konnte.
- 35 Karl Heinrich Kaufhold, »Die preußische Gewerbepolitik im 19. Jahrhundert (bis zum Erlaß der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund 1869) und ihre Spiegelung in der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik Deutschland«, in: Bernd Sösemann (Hg.), *Gemeingeist und Bürgersinn. Die preußischen Reformen*, Berlin 1993, S. 137–160, hier S. 141; Passagen aus dem Edikt zitiert nach Lautemann (Hg.), *Amerikanische und Französische Revolution*, S. 649–652.
- 36 Hagen, *Ordinary Prussians*, S. 612, 614; Berdahl, *Politics of the Prussian Nobility*, S. 118.

- 37 Hartmut Harnisch, »Vom Oktoberedikt des Jahres 1807 zur Deklaration von 1816. Problematik und Charakter der preußischen Agrarreformgesetzgebung zwischen 1807 und 1816«, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* (Sonderband, 1978), S. 231–293.
- 38 Einen Überblick über die zeitgenössische Diskussion zu dieser Frage bietet Georg Friedrich Knapp, *Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Theilen Preußens*, 2 Bde., Leipzig 1887, Bd. 2, S. 213. Zu Schöns wirtschaftlichem Liberalismus siehe Berdahl, *Politics of the Prussian Nobility*, S. 116f.
- 39 Tagebuch des Leopold von Gerlach, 1. Mai 1816, BA Potsdam, NL von Gerlach, 90 Ge 2, Bl. 9.
- 40 Ewald Frie, *Friedrich August Ludwig von der Marwitz, 1777–1837. Biographie eines Preußens*, Paderborn 2001, insbesondere S. 333–341.
- 41 Altenstein, Denkschrift für Hardenberg, Riga, 11. September 1807, zitiert in Clemens Menze, *Bildungsreform Wilhelm von Humboldts*, Hannover 1975, S. 72.
- 42 Martina Bretz, »Blick in Preußens Blüte: Wilhelm von Humboldt und die ›Bildung der Nation‹«, in: Bahners und Roellecke (Hg.), *Preußische Stile*, S. 235–248, hier S. 230; Tilman Borsche, *Wilhelm von Humboldt*, München 1990, S. 26.
- 43 Borsche, *Humboldt*, S. 60.
- 44 Wilhelm von Humboldt, »Der Königsberger und der litauische Schulplan«, in: Albert Leitzmann (Hg.), *Gesammelte Schriften*, 17 Bde., Berlin 1903–1936, Bd. 13, S. 259–283, hier S. 260f.
- 45 Menze, *Bildungsreform*, S. 320f.; Borsche, *Humboldt*, S. 62–65.
- 46 Koselleck, *Preußens*, S. 194.
- 47 Hardenberg, Denkschrift vom 5. März 1809, zitiert in Ernst Klein, *Von der Reform zur Restauration. Finanzpolitik und Reformgesetzgebung des preußischen Staatskanzlers Karl August von Hardenberg*, Berlin 1965, S. 23.
- 48 Ilja Mieck, »Die verschlungenen Wege der Städtereform in Preußen (1806–1856)«, in: Bernd Sösemann (Hg.), *Gemeingeist und Bürgersinn*, S. 53–83, insbesondere S. 82f.
- 49 Stefi Jersch-Wenzel, »Legal Status and Emancipation«, in: Michael A. Meyer und Michael Brenner (Hg.), *German-Jewish History in Modern Times*, Bd. 2: *Emancipation and Acculturation: 1780–1871*, New York 1997, S. 5–49, hier S. 24–27 (dt.: Michael Brenner, Stefi Jersch-Wenzel, Michael A. Meyer (Hg.), *Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit*, Bd. 2: *Emancipation und Akkulturation, 1780–1871*, München 1996).
- 50 Humboldt, Bericht vom 17. Juli 1809, in: Ismar Freund (Hg.), *Die Emancipation der Juden in Preußen unter besonderer Berücksichtigung des Gesetzes vom 11. März 1812. Ein Beitrag zur Rechtsgeschichte der Juden in Preußen*, 2 Bde., Berlin 1912, Bd. 2, S. 269–82, hier S. 276.
- 51 Zitat von Sulamith im Bildarchiv preußischer Kulturbesitz (Hg.), *Juden in Preußen. Ein Kapitel deutscher Geschichte*, Dortmund 1981, S. 159.
- 52 Horst Fischer, *Judentum, Staat und Heer in Preußen im frühen 19. Jahrhundert. Zur Geschichte der staatlichen Judenpolitik*, Tübingen 1968, S. 28f.
- 53 Der Text des Edikts ist zu finden in Anton Doll, Hans-Josef Schmidt, Manfred Wilmanns, *Der Weg zur Gleichberechtigung der Juden* (= Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz, 13, Koblenz 1979, S. 45–48).
- 54 Denkschrift vom 13. Mai 1809 durch Staatsrat Köhler, in Freund, *Emancipation der Juden in Preußen*, Bd. 2, S. 251f.
- 55 Die Langfristigkeit des gesellschaftlichen und administrativen Wandels in der Periode von um 1780 bis 1847 hob Koselleck in seiner Darstellung *Preußen zwischen Reform und Revolution* hervor. Eine ähnliche langfristige Perspektive der Reformära in Bayern wählt Walter Demel, *Der bayerische Staatsabsolutismus 1806/08–1817. Staats- und gesellschaftspolitische Motivationen und Hintergründe der Reformära in der ersten Phase des Königreichs Bayern*, München 1983. Demel ordnet diese lange Phase der Anpassung und Abstimmung in die Rubrik »Reformabsolutismus« ein. Die historiografische Debatte um diese Fragen wird erörtert in Paul Nolte,

- »Vom Paradigma zur Peripherie der historischen Forschung? Geschichten der Verfassungspolitik in der Reformzeit«, in: Stamm-Kuhlmann, »Freier Gebrauch der Kräfte«, S. 197–216.
- 56 Interne Spannungen und Streitigkeiten in der Bürokratie sind ein zentrales Thema in Barbara Vogel, *Allgemeine Gewerbefreiheit. Die Reformpolitik des preußischen Staatskanzlers Hardenberg (1810–1820)*, Göttingen 1983, S. 224f. und passim.
- 57 Kommentar von Theodor von Schön, zitiert in Monika Wienfort, *Patrimonialgerichte in Preußen. Ländliche Gesellschaft und bürgerliches Recht 1770–1848/49*, Göttingen 2001, S. 86.
- 58 Zu der Frage, inwiefern Bauernunruhen sich verzögernd auswirkten, siehe Clemens Zimmermann, »Preußische Agrarreformen in neuer Sicht«, in: Sösemann (Hg.), *Gemeingeist und Bürgersinn*, S. 128–136, hier S. 132.
- 59 Wienfort, *Patrimonialgerichte*, S. 92.
- 60 Manfred Botzenhart, »Landgemeinde und staatsbürgerliche Gleichheit. Die Auseinandersetzungen um eine allgemeine Kreis- und Gemeindeordnung während der preußischen Reformzeit«, in: Sösemann (Hg.), *Gemeingeist und Bürgersinn*, S. 85–105, hier S. 99f.
- 61 Wienfort, *Patrimonialgerichte*, S. 94.
- 62 Botzenhart, »Landgemeinde und staatsbürgerliche Gleichheit«, S. 104f.
- 63 Zitiert in Klein, *Von der Reform zur Restauration*, S. 34–52.
- 64 Edikt über die Finanzen des Staats und die neuen Einrichtungen wegen der Abgaben vom 27. Oktober 1810, *Preußische Gesetzesammlung 1810*, S. 25; auszugsweise zitiert in Lautemann (Hg.), *Amerikanische und Französische Revolution*, S. 633f.; online unter: <http://www.uni-heidelberg.de/institute/fak2/mussgnug/reform.doc>; letzter Zugriff am 18.10.2006.
- 65 Eine Analyse dieser Gegensätze bietet Paul Nolte, *Staatsbildung als Gesellschaftsreform. Politische Reform in Preußen und den süddeutschen Staaten 1800 bis 1820*, Frankfurt am Main 1990, S. 124; Horst Möller, *Fürstenstaat oder Bürgernation. Deutschland 1763–1815*, Berlin 1998, S. 620f.
- 66 Hagen, *Ordinary Prussians*, S. 595f., 632; Helmut Bleiber, »Die preußischen Agrarreformen in der Geschichtsschreibung der DDR«, in: Sösemann (Hg.), *Gemeingeist und Bürgersinn*, S. 109–125, hier S. 122. Eine vergleichbar positive Einschätzung der Lage der Bauern nach der Befreiung im Bezirk Marienwerder enthält Horst Mies, *Die preußische Verwaltung des Regierungsbezirks Marienwerder (1830–1870)*, Köln 1972, S. 109; Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 1, S. 409–428.
- 67 Zu den Grenzen des Erreichten siehe Menze, *Bildungsreform*, S. 337–468. Zum Modellcharakter der preußischen Einrichtungen siehe Hermann Lübbe, »Wilhelm von Humboldts Bildungsziele im Wandel der Zeit«, in: Bernfried Schlerath (Hg.), *Wilhelm von Humboldt. Vortragszyklus zum 150. Todestag*, Berlin 1986, S. 241–258.
- 68 Siehe Stefan Hartmann, »Die Bedeutung des Hardenbergschen Edikts von 1812 für den Emotionsprozess der preußischen Juden im 19. Jahrhundert«, in: Sösemann (Hg.), *Gemeingeist und Bürgersinn*, S. 247–260.
- 69 Siehe Wienforts Analyse der wechselnden Funktion der Patrimonialgerichte in *Patrimonialgerichte*, passim.
- 70 Schneider, *Staatsrat*, S. 47, 50; Paul Haake, »König Friedrich Wilhelm III., Hardenberg und die preußische Verfassungsfrage«, in: *FBPG*, 26 (1913), S. 523–573; 28 (1915), S. 175–220; 29 (1916), S. 305–369; 30 (1917), S. 317–365; 32 (1919), S. 109–180; hier 29 (1916), S. 305–310; derselbe, »Die Errichtung des preußischen Staatsrats im März 1817«, in: *FBPG*, 27 (1914), S. 247–265, hier S. 247, 265.
- 71 Andrea Hofmeister-Hunger, *Pressepolitik*, S. 195–209.
- 72 Hermann Granier, »Ein Reformversuch des preußischen Kanzleistils im Jahre 1800«, in: *FBPG*, 15 (1902), S. 168–180, insbesondere S. 169f., 179f.
- 73 Zu Stein siehe insbesondere Andrea Hofmeister, »Presse und Staatsform in der Reformzeit«, in: Heinz Duchhardt und Karl Teppe (Hg.), *Karl vom und zum Stein*:

- Der Akteur, der Autor, seine Wirkungs- und Rezeptionsgeschichte*, Mainz 2003, S. 29–48.
- 74 Matthew Levinger, »Hardenberg, Wittgenstein and the Constitutional Question in Prussia, 1815–22«, in: *German History*, 8 (1990), S. 257–277.

### Kapitel 11: Eine eiserne Zeit

- 1 Sack an Innenminister Graf Dohna, Berlin, 15. April 1809, zitiert in Hermann Granier, *Berichte aus der Berliner Franzosenzeit 1807–1809*, Leipzig 1913, S. 401.
- 2 Stamm-Kuhlmann, *König in Preußens großer Zeit*, S. 299.
- 3 Münchow-Pohl, *Zwischen Reform und Krieg*, S. 133f.
- 4 Friedrich Wilhelm III., handschriftliche Notiz vom 24. Juni 1809, zitiert in Stamm-Kuhlmann, *König in Preußens großer Zeit*, S. 302.
- 5 Zu diesen Vorfällen siehe Münchow-Pohl, *Zwischen Reform und Krieg*, S. 139; Heinz Heitzer, *Insurrectionen zwischen Weser und Elbe. Volksbewegungen gegen die französische Fremdherrschaft im Königreich Westfalen (1806–1813)*, Berlin 1959, S. 158ff.
- 6 Zitiert in Münchow-Pohl, *Zwischen Reform und Krieg*, S. 140.
- 7 Die folgende Darstellung stützt sich im Wesentlichen auf Georg Bärsch, *Ferdinand von Schill's Zug und Tod im Jahre 1809. Zur Erinnerung an den Helden und die Kampfgenossen*, Berlin [1860].
- 8 Ebenda, S. 25.
- 9 Klessmann (Hg.), *Deutschland unter Napoleon*, S. 358.
- 10 Polizeipräsident Gruner an Innenminister Graf Dohna, Bericht vom 2. Mai 1809, zitiert in Stamm-Kuhlmann, *König in Preußens großer Zeit*, S. 308.
- 11 Bärsch, *Schill*, S. 55, 72, 74, 100–112. Zum Verbleib von Schills Kopf siehe Wolfgang Menzel, *Wolfgang Menzel's Geschichte der Deutschen bis auf die neuesten Tage*, 3. verm. Aufl. in einem Band, Stuttgart, Tübingen 1837, S. 966.
- 12 Kabinetsorder an Goltz, 9. Mai 1809, zitiert in Stamm-Kuhlmann, *König in Preußens großer Zeit*, S. 309.
- 13 Zitiert in ebenda, S. 306.
- 14 Blücher an Friedrich Wilhelm, Stargard, 9. Oktober 1809, in: Wilhelm Capelle, *Blüchers Briefe*, Leipzig [1915], S. 31ff.
- 15 Der vollständige Wortlaut der Denkschrift vom 8. August 1811 ist abgedruckt in Georg Heinrich Pertz, *Das Leben des Generalfeldmarschalls General Grafen Neidhardt von Gneisenau*, 5 Bde, Berlin, 1864–1869, Bd. 2, S. 108–142.
- 16 Heinrich von Kleist, »Germania an ihre Kinder« (1809–14), nachgedruckt mit einem Kommentar in Helmut Sembdner, »Kleists Kriegslyrik in unbekannten Fassungen«, in: derselbe, *In Sachen Kleist. Beiträge zur Forschung*, 3. Aufl., München 1994, S. 88–98, online verfügbar unter <http://www.textkritik.de/bka/dokumente/materialien/sembdnerkk.htm>; letzter Zugriff am 21. April 2004.
- 17 Friedrich Ludwig Jahn, *Die Deutsche Turnkunst*, 2. Aufl., Berlin 1847, S. vii, 97.
- 18 Ebenda, S. 97.
- 19 Zum egalitären Charakter der Turneruniform siehe George L. Mosse, *The Nationalization of the Masses. Political Symbolism and Mass Movements in Germany from the Napoleonic Wars through the Third Reich*, Ithaca, NY, 1975, S. 28 (dt.: *Die Nationalisierung der Massen. Politische Symbolik und Massenbewegungen in Deutschland von den Napoleonischen Kriegen bis zum Dritten Reich*, Frankfurt am Main 1976).
- 20 Zitiert in Simms, *Struggle for Mastery*, S. 95.
- 21 Pertz, *Gneisenau*, Bd. 2, S. 121, 137.
- 22 Eine ausgezeichnete Analyse des Hintergrunds für den französisch-russischen Konflikt, mit Literaturhinweisen, findet sich in Schroeder, *Transformation*, S. 416–426.

- 23 Diese Zitate stammen alle aus Münchow-Pohl, *Zwischen Reform und Krieg*, S. 352–356.
- 24 Ompteda an Münster, Berlin, 26. Juni 1812, in: Friedrich von Ompteda, *Politischer Nachlaß des hannoverschen Staats- und Cabinets-Ministers Ludwig v. Ompteda aus den Jahren 1804 bis 1813*, 5 Bde, Jena 1862–1869, Bd. 2, S. 281.
- 25 Berichtsentwurf vom 12. November 1812, zitiert in Münchow-Pohl, *Zwischen Reform und Krieg*, S. 373f.
- 26 Zitiert aus einer veröffentlichten Erinnerung aus dem Jahr 1825 von Johann Theodor Schmidt, in Münchow-Pohl, *Zwischen Reform und Krieg*, S. 377.
- 27 Bericht von Schön, 21. Dezember 1812, zitiert in ebenda, S. 378.
- 28 Stamm-Kuhlmann, *König in Preußens großer Zeit*, S. 362.
- 29 Friedrich Wilhelm III., Notizen vom 28. Dezember 1812, zitiert und diskutiert in ebenda, S. 362ff.
- 30 Wilhelm von Schramm, *Clausewitz. Leben und Werk*, Esslingen 1977, S. 401, 406ff.
- 31 Zur Debatte um die Frage, ob Yorcks Aktion in irgendeiner Form autorisiert war, siehe Theodor Schiemann, »Zur Würdigung der Konvention von Tauroggen«, in: *Historische Zeitschrift*, 84 (1900), S. 210–243, hier S. 210ff. Nähere Einzelheiten zu Yorcks Motiv und Planung, siehe Peter Paret, *Yorck and the Era of Prussian Reform 1807–1815*, Princeton, NJ, 1966, insbesondere S. 192ff.
- 32 Yorck an Friedrich Wilhelm III., 3. Januar 1813. Der vollständige Wortlaut ist abgedruckt in Schiemann, »Würdigung«, S. 229–232, hier S. 231.
- 33 Johann Gustav Droysen, *Das Leben des Feldmarschalls Grafen Yorck von Wartenburg*, 3 Bde, 7. Aufl., Berlin 1875, Bd. 1, S. 209, 215, 226; Paret, *Yorck*, S. 155ff.
- 34 Yorck an Bülow, 13. Januar 1813, zitiert in Droysen, *Yorck von Wartenburg*, Bd. 1, S. 426.
- 35 Ebenda, S. 426, 428f., 434, 439–443.
- 36 Zitiert in Stamm-Kuhlmann, *König in Preußens großer Zeit*, S. 369.
- 37 Zitiert in ebenda, S. 371.
- 38 Der volle Wortlaut der Ansprache »An Mein Volk« ist online zugänglich unter Martin Henrich, <http://www.davier.de/anmeinvolk.htm>; letzter Zugriff am 5. April 2004.
- 39 Stamm-Kuhlmann, *König in Preußens großer Zeit*, S. 373.
- 40 Carl Euler, *Friedrich Ludwig Jahn. Sein Leben und Wirken*, Stuttgart 1881, S. 225, 262–280; Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte, 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat*, München 1983, S. 83ff.; Eckart Klessmann (Hg.), *Die Befreiungskriege in Augenzeugeberichten*, Düsseldorf 1966, S. 41.
- 41 Leopold von Gerlach, Tagebuch [Februar/März] 1813, Bundesarchiv Potsdam, 90 Ge 6 Tagebuch Leopold von Gerlach, 1, Bl. 42.
- 42 Schroeder, *Transformation*, S. 457.
- 43 Eine Analyse dieser Phase des Feldzugs, auf die sich die vorliegende Zusammenfassung stützt, bietet Michael V. Leggiere, *Napoleon and Berlin. The Franco-Prussian War in North Germany, 1813*, Norman, OK, 2002, insbesondere S. 256–277.
- 44 Zitiert in Klessmann, *Befreiungskriege*, S. 168.
- 45 Etienne-Jacques-Joseph-Alexandre Macdonald, *Souvenirs du maréchal Macdonald, duc de Tarente*, Paris 1892, zitiert in Klessmann, *Befreiungskriege*, S. 173.
- 46 Leggiere, *Napoleon and Berlin*, S. 293.
- 47 Craig, *Preußisch-deutsche Armee*, S. 84f.
- 48 Eine sehr ausführliche Analyse der Schlacht, auf die sich die vorliegende Darstellung stützt, bietet Peter Hofschroer, 1815. *The Waterloo Campaign. Wellington, His German Allies and the Battles of Ligny and Quatre Bras*, London 1999; derselbe, 1815. *The Waterloo Campaign. The German Victory: From Waterloo to the Fall of Napoleon*, London 1999, insbesondere S. 116–129; David Hamilton-William, *Waterloo. New Perspectives. The Great Battle Reappraised*, London 1993, S. 332–353.
- 49 Hans-Wilhelm Möser, »Commandement et problèmes de commandement dans l'armée prussienne de Basse-Rhénanie«, in: Marcel Watelet und Pierre Courreir